Donnerstag, den 10. Mai 1928. Einzelnummer 10 Pfennig. 39. Jahrgang — Nr. 109

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung". „Rundfunk". „Sozialistische Literatur-Rundschau". „Für die Frauen". „Arbeiter-Sportbewegung" u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Taschenstraße 11, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmk + 8 Pf Trägerlohn = 0,50 Rmk., monatlich 1,75 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn = 2,10 Rmk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2,18 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141

Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Neue Blamage der Justiz.

Der Justizmord im Fall Jakubowski bewiesen.

Im Jahre 1925 ist der russische Landarbeiter Jakubowski zum Tode verurteilt und hingerichtet worden, weil das Gericht der Ansicht war, daß Jakubowski, ein ehemaliger russischer Kriegsgefangener, sein angebliches Kind ermordet hatte. **Der Prozeß ist recht leichtfertig geführt worden.** Das Gericht hat den Russen, der die deutsche Sprache nicht beherrschte, keinen Dolmetscher zur Verfügung gestellt und hat ihn schließlich auf Grund genügender Indizienbeweise verurteilt. **Seit Jahren ist auf die Wahrscheinlichkeit des Justizmordes immer wieder hingewiesen worden.** Von der Justizbehörde geschah jedoch nichts, um in diesem Falle die Wahrheit festzustellen.

Jetzt, unter dem Regime des sozialdemokratischen Ministers von Reibnitz hat das Landeskriminalamt Neu-Strehlitz den Fall Jakubowski untersucht. Der Münchener Kriminalpsychologe Dr. Hans von Hentig ist zehn Tage am Tatort und in seiner Umgebung gewesen. **Drei Personen wurden unter Mordverdacht verhaftet.** Zwei der Verhafteten haben sich gegenseitig des Mordes beschuldigt und schließlich ein Geständnis abgelegt. Damit ist der Indizienbeweis, auf den hin Jakubowski im Jahre 1925 zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde, erledigt. Was schwerfällige Justizbehörden in Jahren nicht fertig bringen konnten, ist durch das energische Eingreifen des Ministers von Reibnitz in wenigen Tagen möglich gewesen.

Berlin, 10. Mai. (Eigener Funkbericht.)

Die auf Veranlassung des sozialdemokratischen Ministers von Reibnitz eingeleitete neue Untersuchung ergab zunächst das Geständnis des August Rogens, **daß er Jakubowski in der Voruntersuchung und vor dem Schwurgericht wissentlich falsch belastet hat.** Seine Aussagen vor Gericht seien ihm von dem ebenfalls verhafteten Paul Kreuzfeld suggeriert worden, der als erster den Plan gefaßt habe, den kleinen Ewald Rogens zu beseitigen. Paul Kreuzfeld hatte gehofft, in dem armseligen Häuschen, das Jakubowski bewohnte, ein Zimmer zu erhalten. Er glaubte, dieses Ziel nur erreichen zu können, wenn der kleine Ewald Rogens, der als uneheliches Kind Jakubowskis bezeichnet wurde, verschwand. Der vierjährige Ewald war das einzige Kind, das zu jener Zeit als lebensfähig zu betrachten war. Von den übrigen Geschwistern glaubte man, daß sie, verhungert und krank wie sie waren, ohnedies nicht mehr lange am Leben bleiben würden.

Während Kreuzfeld sich im Hintergrunde hielt, gingen Rogens und Blöker an die Tat. Welcher von beiden wirklich der Mörder ist, läßt sich noch nicht entscheiden. August Rogens gibt eine genaue Schilderung der Tat, die im wesentlichen wohl zutrifft, in der er aber Blöker als Täter bezeichnet, während Blöker behauptet, daß August Rogens das Kind umgebracht habe.

Aus der Darstellung des Rogens erscheinen folgende Punkte bemerkenswert: Während er immer behauptet hat, am 9. November 1924, dem Mordtage, weit weggewesen zu sein, gibt er jetzt zu, gegen ½6 Uhr verkleidet mit einem Fahrrade nach Palingen gefahren zu sein, angeblich, um Jakubowski zu besuchen. Er traf ihn nicht an und wollte schon wieder zurückfahren, als er in der Abenddämmerung Blöker bemerkte, der den kleinen Ewald auf dem Arm trug. Das Kind habe nicht gewimmert. Rogens habe sofort vermutet, daß etwas mit dem Kinde geschehen sollte, nachdem Blöker einige Andeutungen gemacht hatte fallen lassen. Er fuhr, wie er behauptet, Blöker nach und bat ihn bei den Tannen nahe dem Petrusmoor Halt machen. Dort habe Blöker das Kind an einer Tanne erhängt. Er habe gesehen, wie Blöker dann das Kind aufhob, über die Heide nach dem Petrusmoor trug, dem Kinde einen Stein angehängt und es dann ins Wasser geworfen habe. Dann sei Blöker zurückgegangen.

Soweit die Aussage des August Rogens. Blöker weist die Beschuldigung der Täterschaft weit von sich und belastet August Rogens und dessen Bruder Fritz, den einzigen Mitwisser der Mordtat, der bisher noch nicht festgenommen werden konnte, da er geflüchtet ist. Wenn man den Aussagen Blökers trauen darf, hat August Rogens den Mord begangen.

* * *

Zum Justizmord an dem russischen Arbeiter Jakubowski ist ergänzend zu bemerken:

Jakubowski wurde im November 1924 unter der schweren Beschuldigung verhaftet, seinen vier Jahre alten uneheligen Sohn Ewald Rogens, dessen Leiche in einem Kaninchenloch der Palinger Heide gefunden wurde, ermordet zu haben. Er wurde am 22. April 1925 vor das Emminger Schwurgericht gestellt und zum Tode verurteilt. **Hauptbelastungszeugen waren ein Idiot und die drei jetzt Verhafteten,** der Pferdeknecht Heinrich Blöker, der Arbeiter August Rogens und der Landarbeiter Paul Kreuzfeld sowie ein flüchtiger Mittäter. Das Gericht verurteilte Jakubowski zu Tode, weil es annahm, daß er das Kind umgebracht habe, um die Alimente zu sparen.

Als sich die große Oeffentlichkeit des Falles annahm, erklärte der Oberstaatsanwalt in einem Kommuniqué: „Die in unverantwortlicher Weise einzelne Sätze aus dem Zusammenhang herausreißende Bemängelungen des Schwurgerichtsurteils sind lediglich gewissenlose, die Ehre ihrer Mitmenschen in leichtfertigster Weise verunglimpfende und die Justiz herabsetzende Klatschereien."

Auslandsanleihen deutscher Städte.

Berlin, 9. Mai. Amtlich wird mitgeteilt: Die Beratungsstelle für Auslandskredite befürwortete in ihrer gestrigen Sitzung den Antrag des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, im Laufe der nächsten Zeit eine Sammelanleihe deutscher Städte in Höhe von ungefähr 17½ Millionen Dollar an den Auslandsmarkt zu bringen. Die Beratungsstelle wird dafür Sorge tragen, daß alle die Städte, die im Rahmen der Anleihe der Girozentrale zu berücksichtigen sind, anteilmäßig nach Maßgabe der von der Beratungsstelle befürworteten Beträge an dem Erlös der Anleihe teilnehmen. Ferner befürwortete die Beratungsstelle die alsbaldige Ausgabe von Anleihen der Städte Berlin und Frankfurt a. M. Die Feststellung der endgültig den Städten im Rahmen der Anleihe der Girozentrale zufallenden Beträge und die endgültige Feststellung der auf Berlin und Frankfurt a. M. entfallenden Beträge ist noch vorbehalten.

Für den Herbst ist die Ausgabe eines zweiten Teils der Anleihe des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes und die Ausgabe einiger weniger Einzelanleihen großer deutscher Städte vorgesehen.

Die Konferenz der kleinen Entente vertagt.

Berlin, 10. Mai. Wie Wiener Blätter aus Bukarest melden, ist die Konferenz der Kleinen Entente auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Die russische Anklageschrift.

Ein kommunistisches Manöver zur Reichstagwahl?

Die Anklageschrift wegen der angeblichen Verschwörung gegen die Sowjetunion im Donezgebiet ist endlich erschienen. Sie enthält eine ganze Reihe von Einzelheiten über die in diesen Prozeß hineingezogenen deutschen Firmen und ihre Angestellten. Was man an derartigen Einzelheiten erfährt, ist gerade nicht überraschend und erschütternd. Dem Monteur Badstieber wird vorgeworfen, die Bestrebungen zur Lieferung untauglicher Maschinen unterstützt zu haben, der Monteur Meyer — ein eingeschriebener Kommunist — soll Weisungen für die Ausführungen von Sabotageakten gegeben haben, und dem Ingenieur Otto wird schließlich vorgeworfen, „konspirative" Briefe überbracht zu haben. Alles Handlungen, die teils wenig wahrscheinlich sind oder sich auf ungezwungene Weise als harmlos erklären lassen. Abgesehen davon wird man es den Angeschuldigten selbst überlassen können, im Verlauf des Prozesses ihre Aussagen zu machen. Voraussetzung dazu ist allerdings, daß sie offen und ohne Druck aussagen können. Viel Wahrscheinlichkeit besteht dafür nicht, denn Dutzende von Präzedenzfällen haben gezeigt, daß die russische Polizei es versteht, durch Drohungen und Versprechungen von den Gefangenen bestimmte Geständnisse zu erpressen.

Als deutsche Firmen, die mit der staatsfeindlichen Organisation im Donezgebiet in Verbindung stehen sollen, werden die AEG. und die Firma Knapp genannt. Am schwersten wird die AEG. belastet, deren Rußland-Abteilung geradezu als Organisationszentrale für die Verbindung zwischen den sowjetfeindlichen Organisationen in Rußland und dem Ausland bezeichnet wird. **Merkwürdigerweise hat freilich der Leiter dieser Rußland-Abteilung, Bleymann, noch vor wenigen Wochen unbehelligt in Rußland weilen und mit den Vertretern der bolschewistischen Behörden über kapitalistische Geschäfte verhandeln können.**

Die beschuldigten deutschen Firmen haben inzwischen in kategorischer Form die Behauptungen der russischen Anklageschrift als falsch und frei erfunden bezeichnet. Man braucht im allgemeinen den Wert von Dementis nicht allzu hoch einzuschätzen. Im vorliegenden Falle kann man unseres Erachtens aber sagen — ohne in den Verdacht einer Unterstützung des Kapitalismus zu geraten — daß die deutschen Firmen sich nicht zu der ihnen unterschobenen Rolle hergeben würden. In ihrem eigenen kapitalistischen Interesse lag und liegt es, das russische Geschäft zu entwickeln. Insbesondere die AEG. ist mit großen Plänen und großem Aufwand in dieses russische Geschäft hineingegangen. Irgendwelche politischen Nebenziele dabei zu verfolgen oder wirtschaftliche Sabotage zu treiben, würde ihren wirklichen Absichten widersprechen. Sie würden den Ast absägen, auf dem sie in Rußland sitzen, um mit der bolschewistischen Regierung gute Geschäfte zu machen.

Wie die Verhältnisse in Rußland in Wirklichkeit liegen und wie leicht bei geschickter Aufmachung eine Agitation in dem Sinne getrieben werden kann, daß böswillige Sabotage vorliegt, haben in der Zwischenzeit die Berichte aus Rußland zurückgekehrter deutscher Ingenieure gezeigt. Wir wissen aus diesen Berichten beispielsweise, **daß wertvolle Maschinen monatelang unter freiem Himmel lagerten und selbstverständlich dabei mehr oder weniger zugrunde gingen,** daß infolgedessen die deutschen Ingenieure nicht nur fortgesetzt Beschwerde führen mußten, sondern schließlich auch nicht in der Lage waren, irgendwelche Garantien für diese Maschinen zu übernehmen oder ihre erfolgreiche Montage durchzuführen. Es erklärt sich also die Tatsache, daß tatsächlich Maschinen zerstört worden sind und deutsche Ingenieure die Verantwortung dafür nicht übernehmen wollten, **aus dem mangelhaften Betriebssystem in den Sowjetfabriken.** Außerdem wissen wir aus den Berichten, daß die ausländischen wie die russischen nichtkommunistischen Spezialisten einer außerordentlich genauen Kontrolle — um nicht zu sagen Bespitzelung — unterworfen waren und sind. Details dieser Kontrolle gehen bisweilen in das Groteske. Kein Wunder, **wenn** in der Anklageschrift plötzlich von einer Verschwörung gesprochen wird, die bereits seit 1920 bestehen soll. **Wirkt es nicht lächerlich, daß trotz der wohlorganisierten russischen Tscheka acht Jahre hindurch eine angeblich große Organisation gegen den Sowjetstaat ihr Wesen treiben konnte? Nur Demagogen können das glauben!**

Wir sind und bleiben jedenfalls der Ueberzeugung, daß der Prozeß in erster Linie aus innerpolitischen Gründen inszeniert worden ist. **Die Not der arbeitenden Massen in Rußland** zwang die bolschewistische Regierung schließlich, ihre großen Mißerfolge auf dem Gebiet des industriellen Wiederaufbaues einzugestehen. Eine Flut der sogenannten Selbstkritik in der russischen Oeffentlichkeit war in den letzten Monaten die Folge. Natürlich war es peinlich und unerwünscht, einen glatten Mißerfolg der bisher verfolgten und vergötterten politischen Linie einzugestehen. Es mußten Schuldige außerhalb des Systems, es mußten fremde Sündenböcke gefunden werden. Daher die plötzliche Aufdeckung der Riesenverschwörung.

Dieser innerpolitische demagogische Zweck scheint nicht einmal der einzige politische Zweck zu sein, der augenblicklich in Rußland eine Rolle spielt: denn die „Rote Fahne", das berufene Sprachrohr Moskaus, schreibt anläßlich der Veröffentlichung der Anklageschrift:

„Im Zeichen der restlosen Bereitschaft, den ersten Arbeiterstaat mit allen Mitteln zu verteidigen, wird auch der 20. Mai stehen."

Was sollen diese Worte? Sie besagen, daß man den Beginn des Donez-Prozesses einige Tage vor den 20. Mai gelegt hat, um agitatorisch von Moskau aus auf die deutschen Wahlen einwirken zu können. Man möchte dem Prozeß den Anstrich geben, daß hier — wie es in der „Roten Fahne" heißt — der erste Arbeiterstaat einem besonderen Ansturm des Kapitalismus vom Westen her und auch des deutschen Kapitalismus ausgesetzt ist. Das wiederum soll die deutschen Arbeiter in verstärktem Maße veranlassen, sich zur Sicherung eines „ersten Arbeiterstaates" zusammenzuschließen. In die echte kommunistische Sprache übersetzt bedeutet das für die „Rote Fahne" und ihre Hintermänner nicht mehr und nicht weniger als der Beginn einer neuen maßlosen Hetze gegen die deutsche Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie mit unehrlichen Mitteln und frei erfundenen Argumenten als Helfershelfer des Kapitalismus hinzustellen, gehört zu den beliebtesten Kampfesmitteln der Nachbeter bolschewistischer Theorien in Deutschland.

Die deutsche Arbeiterschaft muß dazu beitragen, daß dieses bolschewistische Wahlmanöver von jedermann rechtzeitig erkannt und vor der gesamten Oeffentlichkeit enthüllt wird. Deutsche Arbeiter, gebt den kommunistischen Demagogen am 20. Mai die Antwort:

Wählt sozialdemokratisch!

Das ist deutschnationale Wahlhetze.

Die Königsberger Ortsgruppe des „Verbandes preußischer Polizeibeamten" hat dieser Tage im Königsberger Polizeipräsidium ohne Zustimmung des Polizeipräsidenten ein Werbeplakat zum 20. Mai anschlagen lassen. Als der Polizeipräsident davon Kenntnis erhielt, ordnete er im Sinne eines Erlasses des sozialdemokratischen preußischen Innenministers die sofortige Entfernung des Plakates an und verfügte, daß in Zukunft ähnliche Anschläge nur mit seiner ausdrücklichen Genehmigung angeschlagen werden dürfen. Von diesem amtlichen Schritt hat die gesamte Königsberger Presse — von rechts bis links — am Montag Kenntnis genommen und damit den Vorfall als erledigt betrachtet.

Was macht die deutschnationale Presse im Lande? Sie greift den längst erledigten Fall auf, entrüstet sich über die angebliche sozialdemokratische Wahlbeeinflussung und ruft nach Gegenmaßnahmen, obwohl auch ihr bekannt war, daß die Angelegenheit längst nicht mehr akut ist. Echt deutschnational! Zur Hetze gegen die republikanischen Behörden in Preußen ist den deutschnationalen Ehrabschneidern jedes Mittel recht!

* * *

Ein anderer Fall deutschnationaler Demagogie: Der Bezirksverband Berlin der Sozialdemokratie hat an dem Funkturm der Reichshauptstadt eine Lichtreklame anbringen lassen. Allabendlich werden die Passanten in der Umgebung des Funkturms aufgefordert, am 20. Mai sozialdemokratisch zu wählen. Diese Propaganda ist auf ein Angebot der Pächter des Funkturms zurückzuführen. Es wurde allen Parteien gleichmäßig gemacht. Die Berliner Sozialdemokraten haben das Angebot angenommen, die anderen Parteien lehnten es ab. In ganz Berlin gibt es dennoch kein deutschnationales Blatt, das anläßlich dieser einwandfreien Abmachung die Sozialdemokratie nicht der Wahlbeeinflussung mit amtlicher Unterstützung beschuldigt. Amtliche Unterstützung, weil der Funkturm der Stadt Berlin gehört, die ihn ihrerseits wieder an private Unternehmer verpachtet hat.

Die deutschnationale Provinzpresse wird natürlich — getreu ihrer Tradition, gegen die Sozialdemokratie mit allen Mitteln zu hetzen — an dieser „amtlichen Unterstützung" mit Arbeitergroschen nicht vorübergehen. Deshalb sei sie hier erwähnt.

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen.

Ein deutsch-polnischer Notenwechsel.

Warschau, 9. Mai. Im polnischen Außenministerium ist eine Mitteilung der deutschen Regierung in der Frage der Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Verhandlungen eingegangen. Diese Mitteilung behandelt eine Anzahl der auf der Wiener Besprechung zwischen den beiderseitigen Verhandlungsführern Hermes und Twardowski berührten Fragen und stellt die Möglichkeit der Wiederaufnahme der Verhandlungen fest. Im Laufe dieser Woche wird im polnischen Außenministerium eine Entscheidung darüber fallen, über die Aufnahme der Verhandlungen auf diplomatischem Wege oder unmittelbar durch die Delegationen erfolgen soll.

Berlin, 9. Mai. Ein Blatt hatte aus Warschau berichtet, daß in den deutsch-polnischen Verhandlungen demnächst wichtige Ereignisse zu erwarten seien. Wie hierzu von zuständiger Stelle erklärt wird, hat die letzte Stellungnahme des polnischen Kabinetts zu den deutsch-polnischen Verhandlungen einen Notenwechsel zwischen Warschau und Berlin notwendig gemacht. Dieser Notenwechsel befindet sich zurzeit noch im Gange.

Carol darf nicht bleiben.

London, 9. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Bitte des Exkronprinzen von Rumänien an den britischen Innenminister, den Ausweisungsbefehl wieder rückgängig zu machen, hat nicht den erhofften Erfolg gehabt. Exkronprinz Carol muß England binnen drei oder vier Tagen verlassen, falls er die zwangsweise Abtransportierung unter Polizeibedeckung vermeiden will.

Wie sie den Wahlkampf führen.

Vertrauliche Anordnungen der Deutschnationalen.

Der Hauptgeschäftsführer der Deutschnationalen hat der Deutschnationalen Schriftenvertriebsstelle Anordnungen an die Landesverbände herausgegeben, die genau vorschreiben, wie der Wahlkampf zu führen ist. In diesen, nur den Kreisleitern zugänglich gemachten Richtlinien wird angezeigt, wie die Deutschnationalen den Wahlkampf zu führen gedenken. **Mit List und Terror** hoffen sie wieder einzuholen, was sie durch ihre verhängnisvolle Politik verloren haben. Unter der Rubrik Pressestelle finden wir die Methode der Deutschnationalen, selbst die Kreisblätter für ihre Partei einzuspannen. Die Kreisvereine sind angewiesen, alle Zeitungen mit Propagandomaterial zu versehen.

„Bei Nichtabdruck ist entsprechend nachzuhelfen, z. B. durch den Hinweis, daß der betreffenden Zeitung dann die bisher erteilten Anzeigen, Flugblattbeilagen, Druck-Aufträge entzogen werden müßten".

Die Zeitungen, die parteilos sind, die die Aufnahme der parteimäßig gefärbten Notizen ablehnen, sollen mit „Eingesandts" bombardiert werden. Auch hier soll „mit sanften Druck" gearbeitet werden.

Einen weiten Raum in diesen Anordnungen nehmen die Bestimmungen über Versammlungen ein. Es wird genau angeordnet, wie und wo Versammlungen stattfinden müssen. Es wird weiter angeordnet, daß in diesen Versammlungen außer dem Referenten noch im Ort bekannte Mitglieder sprechen sollen.

„Zu solchen Unterstreichungen der Ausführungen des eigenen Redners sind geeignete Mitglieder systematisch auszubilden und in Versammlungen einzusetzen. **Die Betreffenden brauchen sonst rednerisch oder politisch gar nicht beschlagen zu sein,**

ihnen sind nur bestimmte Sätze einzupauken".

Die Deutschnationalen verfügen nicht über einen solchen Stab von freiwilligen Helfern, wie die Sozialdemokraten. Sie müssen ihre Wahlarbeit bezahlen. Wie immer, sollen auch hier die Arbeiter nur einen Hungerlohn erhalten.

„Die Entlohnung wird sich nach der Art der Arbeit richten beim Adressenschreiben oder beim Abschreiben von Wählerlisten empfiehlt sich Akkordarbeit".

Ueber die Mitarbeit in den Wahlbüros, die die Wahlhandlung leiten, wird angeordnet, daß die Partei überall im Wahlvorstand vertreten sein soll. Die Führer sollen sich nach Möglichkeit drücken, um die Schlepperarbeit überwachen zu können. Die gegnerischen Führer sollen aber unschädlich gemacht werden.

„Ist eines unserer Mitglieder Wahlvorsteher, so muß er die gegnerischen Führer zu Beisitzern bestimmen, um sie damit am Wahltag für ihre Parteiarbeit auszuschalten.

Auch für die Wahlarbeit am Tage vor der Wahl werden genaue Verhaltungsmaßregeln bekannt gegeben.

„Für Sonnabend abend eine Mitgliederversammlung anberaumen, oder sich mindestens den Saal mit allen Nebenräumen zu sichern, um dem Gegner die letzte und gefährlichste Agitationsmöglichkeit zu nehmen.

An anderer Stelle heißt es:

„In der Nacht vor der Wahl, sowie in den frühen Morgenstunden des Wahltages, sind Klebekolonnen anzusetzen, sie kleben unsere letzten Plakate, **entfernen die gegnerischen** (Malerraspel mitnehmen) oder **überkleben sie mit eigenen Plakaten.** Man kann dem gegnerischen Plakat auch die Wirksamkeit nehmen, indem man sie mit roten Querstreifen überklebt, die irgendeine drastische Inschrift tragen.

Sowieso können wir den Deutschnationalen heute schon mit auf den Weg geben, **die sozialdemokratischen Arbeiter werden ihre Plakate zu schützen wissen.**

Sehr siegesgewiß klingt diese Denkschrift nicht aus. Ueber den Wahlkampf in der Großstadt heißt es dort:

„Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die überzeugtesten Anhänger der Linksparteien ohne weiteres ihre Pflicht tun und in ihren Kreisen für restlose Stimmabgabe sorgen, daß aber in unserem Lager die Dinge beträchtlich anders aussehen. Uns steht weder der nationale Schwung des Jahres 1924, noch die Begeisterung einer Hindenburgwahl zur Seite; die Partei der Nichtwähler rekrutiert sich zum weitaus größten Teil aus den Reihen der für uns in Frage kommenden Wähler".

Lakonisch schließen die Anordnungen:

„Nach der Wahl erhalten alle Mitglieder, ganz gleich, wie das Ergebnis ausgefallen ist, durch Rundschreiben den Dank der Partei ausgesprochen".

Ganz gleich, wie der Wahlkampf ausfällt, heißt eigentlich, sicher mies ausfällt. Das Niederlage groß sein soll, dafür werden die Arbeiter, die willig und aufopfernd Wahlarbeit leisten, sorgen. Wir wi wie der Gegner kämpfen will und werden ihn mit seinen eig Waffen schlagen.

Die neue Ratstagung in Ge

Die vorläufige Tagesordnung.

Genf, 9. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die vorläuf Tagesordnung der am 4. Juni beginnenden 50. Tag des Völkerbundsrates umfaßt 34 Punkte, von de diejenigen politischer Bedeutung mit zwei Ausnahmen schon früheren Tagungen behandelt, aber noch nicht erledigt wor sind. Die zwei neuen Punkte sind beides Minderhe beschwerden.

Albanien beschwert sich über die Behandlung alb schen Eigentums und der albanischen Minderheit in Griech land. Die polnische Minderheit in Deutschla hat eine Klage über Angriffe auf die Polen Deutsch-Oberschlesien eingereicht. Sie wird im Zusamm hang mit den verschiedenen Klagen des Deutschen Vol bundes in Polnisch-Oberschlesien behandelt wer Natürlich erscheint die Frage der ungarischen Optant in Rumänien benfalls wieder auf der Tagesordnung. Erledigung ist nach wie vor zweifelhaft, nachdem das rumän Parlament sich gegen den Beschluß der letzten Ratstagung, einem durch zwei Neutrale erweiterten Schiedsgericht zu un werfen, gewandt hat. Auch die polnisch-litauisch Streitigkeiten stehen auf der Tagesordnung. Es ist fraglich, ob der Rat sie behandeln oder sich damit begnügen w von der Einleitung der direkten Verhandlung in Königsberg Kenntnis zu nehmen. Ueber Zwischenfall von St Gotthard ist dem Rat der V richt der Dreierkommission übergeben worden. Hie dürfte die prinzipielle Frage, ob der fungierende Ratspräsid das Recht hat, in solchen Zwischenfällen sofort persönlich ei greifen, diskutiert werden. Eine Debatte darüber, was Völ bund überhaupt bedeutet und was er bisher geleistet hat, kön schließlich bei Behandlung des in der 8. Ratssitzung langten Berichts über den Stand der Ratifikati der internationalen Abkommen entstehen. M rechnet hier aber damit, daß die Außenminister d maßgebenden Länder im Juni nicht in Genf scheinen. Briand dürfte bis zu Beginn der Tagung ka genesen sein. Von Stresemann nimmt man an, daß er Rücksicht auf die erwartete Neubildung der Reich regierung kaum an der Tagung teilnehmen wird. diesem Falle dürfte sich Chamberlain — wie hier verlautet durch einen Beamten seines Ministeriums vertreten lassen.

Mussolinis Antwort an Kellogg.

Berlin, 10. Mai. Wie das „Berliner Tagebla aus Washington meldet, ist am Mittwoch Mussolinis An wort auf Kelloggs Kriegsverzichtsvorschl veröffentlicht worden. Mussolini begrüße grundsätzlich Kello Vorschlag mit „lebhafter Sympathie" und erbietet sich, alles Herbeiführung einer Verständigung beizutragen. Italien bef worte Frankreichs Anregung, eine Sachverständigen-Konfer der interessierten Großmächte abzuhalten, um über den Wortla des Vertrages eine Einigung zu erzielen. Es verspreche sich v einer solchen Konferenz jedoch nur einen Erfolg, wenn die V einigten Staaten dabei vertreten sein würden.

Eine neue Kammerfraktion in Frankrei

Paris, 9. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Bildun neuer Gruppen in der Kammer macht weiterhin Fo schritte. Dem neugewählten Präsidenten der franz sischen Kriegsblindenverbände Scapini ist bereits gelungen, etwa 30 Abgeordnete unter seiner Fahne sammeln. Die neue Gruppe will sich „Nationale un soziale Arbeiterpartei" nennen und ihre Interess ausschließlich wirtschaftlichen und sozialen Fragen zuwenden.

Petroleum.

Roman von Upton Sinclair.

Copyright 1927 by Malik-Verlag A.-G., Berlin W. 50.

13] (Nachdruck verboten.)

So unglaublich es klingen mag: der Geheimdienst der Regierung, geleitet von dem großen Patrioten Barney Brockway, stak bis über den Nacken in derartiger Arbeit. Bei einem Kommunistenprozeß bemerkte der Vorsitzende, daß die Leitung der kommunistischen Partei sich anscheinend völlig in den Händen der Regierung der Vereinigten Staaten befinde.

IX.

Bunny hing noch immer an dem schönen Traum, daß seine Freunde auch untereinander befreundet sein müßten. Nun nahm er Rachel zu Paul und Ruth mit; er hatte alle drei so gern, sie mußten doch seine Gefühle teilen. Aber ach, sie dachten nicht daran! Beide Teile benahmen sich äußerst zurückhaltend, vermieden so krampfhaft, über Politik zu reden, als wären sie im „Kloster" zu Besuch. Dabei wünschte Bunny, sie über Politik sprechen zu hören, damit er die eigene innere Debatte beenden könne; er fand, daß die drei als Mitglieder des Proletariats viel geeigneter dazu wären als er, ein Außenseiter. Vielleicht würde auch der eine den anderen belehren; freilich wußte Bunny nicht recht, wen er gerne als Belehrer und wen als Belehrten sähe.

Paul hatte seine Arbeit als Zimmermann aufgegeben; die Workers Party zahlte ihm als Organisator ein kleines Gehalt. Paul hatte auch Joe und Izey Menzies, die jungen Mitglieder des linken Flügels, kennengelernt, und Bunny erzählte, wie es ihm und Rachel gelungen war, Ben Stutt vor Gericht unmöglich zu machen. Er sähe so gerne, daß die Sozialisten und die Kommunisten derart gemeinsam arbeiteten, statt dem Feinde alles zu erleichtern.

Von diesen Worten ermutigt, meinte Rachel, es würde sie interessieren, die Ansichten des Genossen Watkins kennenzulernen. (Wenn ein Sozialist gegen einen Kommunisten besonders höflich sein will, so nennt er ihn „Genosse".) „Wie kann in Amerika eine Massenrevolution erfolgreich sein, da sich doch die herrschende Klasse im Besitz aller Waffen und Verkehrsmittel befindet? Sie hat jetzt auch bereits Giftgase und kann Tausende von aufrührerischen Arbeitern auf einmal unschädlich machen. Das einzige Ergebnis wäre die Reaktion, wie in Italien, wo die Arbeiter die Fabriken besetzt hatten und wieder räumen mußten, noch ehe sie sich richtig in Stellung setzen konnten."

Genosse Watkins erwiderte: „Italien hat keine Kohle, ist daher von England und Amerika abhängig, in deren Macht es liegt, die italienischen Arbeiter zu erwürgen. Tatsächlich wurde die faschistische Reaktion in Italien durch amerikanische Bankiers herbeigeführt; Mussolini und seine Bande hätten auch nicht einen Finger zu rühren gewagt, ehe sie der amerikanischen Kredite sicher waren. Wir haben auch dort die gleiche Rolle gespielt wie in Ungarn und Bayern; in der ganzen Welt stützt sich die Reaktion auf amerikanisches Gold. Ich habe es mit eigenen Augen in Sibirien gesehn; wer nicht dabei war, kann das nicht begreifen. Ich werfe Ihnen Ihre Ansichten nicht vor, Genossin Menzies, sie sind für einen Menschen, der im Frieden aufgewachsen ist, ganz natürlich. Ich jedoch war im Krieg, sah den Ausbruch des Klassenkampfes."

„Ja, Genosse Watkins, aber wenn ihr es versucht, und es mißlingt, wird alles noch viel ärger sein."

„Wenn wir es nie versuchen, kann es auch nie gelingen", erwiderte Paul. „Und selbst wenn es mißlingt, wird dadurch das Klassenbewußtsein der Arbeiter mehr gestärkt werden und das Ende näher sein, als wenn wir nichts getan hätten. Wir müssen den Massen das revolutionäre Ziel vor Augen halten und dürfen nicht zugeben, daß sie sich durch Kompromisse verführen lassen. Gerade das ist es, was ich der sozialistischen Bewegung vorwerfe: sie erkennt nicht die geistigen und moralischen Kräfte, die dem Proletariat innewohnen, und die durch die richtige Losung entbunden werden können."

„Ah, das aber ist die Frage: was ist die richtige Losung? Ich möchte lieber an den Frieden als an die Gewalt appellieren; das erscheint mir weit moralischer."

„Vielleicht finden einige Leute, daß ein friedlicher Appell an einen Tiger moralisch ist; ich finde ihn nur sinnlos. Der bestimmende Faktor in der Welt ist das, was die Kapitalisten während der letzten neun Jahre getan haben: sie haben dreißig Millionen Menschenleben vernichtet und dreihundert Milliarden an Reichtümern zerstört. Ich halte es daher für sinnlos, mit den Kapitalisten über Moral zu debattieren. Für mich sind sie eine Bande mörderischer Wahnsinniger, und unsere Aufgabe besteht darin, ihnen die Macht zu entreißen. Jedes erfolgreiche Mittel ist zugleich auch ein moralisches, denn nichts kann unmoralischer sein als der Kapitalismus."

Später erfuhr Bunny, welchen Eindruck Rachel auf Paul gemacht habe. „Ein nettes Mädchen, wohlmeinend und intelligent, doch wird sie nicht lange an ihrem proletarischen Klassenstandpunkt festhalten. Die soziale Revolution in Amerika wird nicht von jungen kokettierenden Damen gemacht, die für die Kapitalisten Wohltätigkeitsarbeit leisten. Was Rachel bei d Sozialistischen Jugend tut, ist fast lauter vergeudete Mühe, der diese sozialistischen Organisationen benützen ihre Kräfte dazu, d Kommunismus zu bekämpfen. Die Kapitalisten sind froh, daß für ihre Zwecke Menschen wie Rachel einspannen können."

Ganz konnte das doch nicht stimmen; die Kapitalist schienen zu beschränkt zu sein; denn kurz darauf sah Rachel sich ein ernstes Dilemma versetzt: sie hatte vier Jahre an der Univer sität studiert, um als Sozialbeamtin arbeiter zu können; nun a einmal wurde ihr erklärt, sie gefährde durch die Arbeit in d Sozialistischen Jugend ihre Aussichten. Es war für ein jüdisch Arbeitermädchen ohnehin schwer genug, eine derartige Anstellun zu erhalten, auch wenn sie keine Sozialistin war.

Neue Sorgen! Was wird Rachel tun? Sicher wird sie ihr geliebte Sozialistische Jugend nicht im Stich lassen.

„Warten, bis ich angestellt bin? Das klingt ja ganz gut aber auf diese Art beginnen alle Kompromisse", meinte Rachel „fängt man einmal damit an, so weiß man nicht, wo aufhören Wollen die Bourgeois mich nicht als Sozialbeamtin anstellen, werde ich schon irgendwo in der Arbeiterbewegung unterkommen."

Bunny verließ Rachel, um mit Vi Tracy zu dinieren; e erschien mit ernstem Gesicht und unruhigem Gewissen — und wa ungeschickt genug, beides nicht verbergen zu können.

X.

Bunnys letzte Examen standen vor der Tür. Der Vater fragte ihn, ob er sich schon für einen Beruf entschlossen habe.

„Ja, aber es fällt mir schwer, es dir zu sagen, weil du darüber bestimmt unglücklich sein wirst."

„Sage mir's, mein Sohn!" Das runde, aber tief gefurchte Gesicht des alten Mannes war bekümmert.

„Ich will für ein Jahr fortgehen und unter einem andern Namen in einer der großen Industrien arbeiten."

„Um Gotteswillen!" Der Vater starrte in die ernsten Augen des Sohnes. „Was bedeutet das?"

„Ich will die Arbeiter verstehen, und das ist nur auf diese Art möglich."

„Kannst du sie denn nicht nach allem fragen, was du wissen willst?"

„Nein, Vater, sie selbst wissen es ja nur unklar. Man muß es erleben."

„Guter Gott, mein Sohn, laß mich dir helfen! Ich kenne das, es bedeutet Schmutz, Ungeziefer, Krankheit ... gerade dawo wollte ich dich doch bewahren, um dir das Leben leichter zu machen!"

(Fortsetzung folgt.)

Japans Vorstoß nach China.

Neue Kämpfe, Entwaffnung chinesischer Truppenteile.

Neue Kämpfe. — Entwaffnung chinesischer Truppenteile.

Nach Telegrammen aus Schanghai wird die Entwaffnung der chinesischen Truppen in Tschiangsu und Umgegend von den Japanern fortgesetzt. Auch haben die Japaner die Brücke über den Gelben Fluß und andere strategische Punkte besetzt. Eine japanische Brigade ist mit Truppen der Südarmee 24 Kilometer östlich von Tschiangsu in Kampf geraten und hat einen großen Teil der Truppen entwaffnet.

Annahme des japanischen Ultimatums.

London, 9. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die nationalistische chinesische Besatzung von Tsinanfu hat nach den Meldungen aus Peking den Forderungen des japanischen Kommandierenden Generals Folge geleistet und sich aus der von den Japanern besetzten Zone zurückgezogen. Außerdem wird gemeldet, daß die Truppen des nationalistischen chinesischen Generals Ho Yao Tsu, dessen Truppen, von Tsinanfu kommend, den Gelben Fluß überschritten haben, auf Tengtschan marschieren. Dieser Vormarsch stellt einen weiteren Schritt zur Erreichung des nationalistischen Endzieles der Eroberung von Peking dar. Unter diesen Umständen ist eine, aus vertrauenswürdiger Quelle stammende Pekinger Meldung bemerkenswert, daß Tschangtsolin, das Oberhaupt der Regierung von Peking, den Beschluß gefaßt habe, ein Zirkulartelegramm ins Land zu senden, in dem er im Hinblick auf die kritische internationale Lage in Tsinanfu die zeitweise Einstellung des gegenwärtigen Bürgerkriegs ankündigt. Es verlautet, daß er in diesem Telegramm die Zusammenarbeit von Nord- und Südchina zum Zwecke der Bereinigung der Lage in China anregt.

Im Unterhaus machte der britische Außenminister am Mittwoch die Mitteilung, daß die britischen Staatsbürger in Tsinanfu bereits am 20. April aufgefordert worden seien, sich in Sicherheit zu begeben. Britische Kriegsschiffe seien nach den Tsinanfu benachbarten Hafenplätzen entsendet worden. Die bis jetzt eingetroffenen Berichte zeigten, daß britischem Eigentum bisher kein Schaden zugefügt worden sei.

Die japanische Regierung hat sich für die Besetzung Schantungs und für die Entsendung von zwei weiteren Divisionen nach China entschieden. Die Zahl der japanischen Truppen in China erhöht sich damit auf 26 000. Englische Informationen besagen sogar, daß bereits 40 000 japanische Soldaten in China stehen. Wie dem auch sei, Japan greift in die Dinge in China ein. Nach seiner eigenen Versicherung, um seine Staatsangehörigen in China zu schützen, nach den Behauptungen, die in London und Washington aufgestellt werden, um über den Schutz der Japaner hinaus dort machtpolitische Interessen zu verfolgen.

Sicher sieht Japan die nationalistische Bewegung in China, die durch die Südarmee verkörpert wird, nicht gern. Die Befreiung Chinas vom Druck fremder Mächte, die Entfesselung der nationalen Energie, das sind Ziele, deren Verfolgung Japan nur mit einem gewissen Mißbehagen zusehen kann. Das japanische Reich hat sich in wenigen Jahrzehnten politisch und wirtschaftlich gewaltig entwickelt. Die alte Aristokratie hat durch gewisse Konzessionen an die neue Zeit ihre Herrschaft behauptet und zugleich die nationalen Energien so gesteigert, daß der „Engländer des Ostens" heute weltpolitische Bedeutung hat. Sie weiß aber auch, daß ein China mit seinen riesigen Rohstoffquelle nund seiner großen Bevölkerungszahl, wenn das chinesische Volk Herr im eigenen Hause ist, in absehbarer Zeit einen Aufschwung zu nehmen vermag und Japan weltpolitisch in den Hintergrund drängen kann. Grund genug, die Niedermetzelung der Japaner zum Anlaß zu nehmen, den Rückzug der chinesischen Truppen von der Eisenbahnlinie, die Bestrafung eines chinesischen Befehlshabers und die Entwaffnung der an den Ausschreitungen schuldigen Truppen zu fordern und jetzt, nachdem die nationale Regierung das alles zurückweist, aufzutrumpfen und Schantung zu besetzen.

Es gibt Leute, die schon jetzt von einem Kriegszug Japans nach China reden. Die japanische Politik hat sich seit jeher durch ein großes Maß von Raffinement ausgezeichnet und würde sicher, wenn sie billig zum Ziele kommen könnte, vor keiner Aktion zurückschreden. Aber wäre der japanische Erfolg in China gar so billig zu haben? In London und Washington verfolgt man alles, was in Japan und im Gebiet von Schantung geschieht, mit großem Interesse. In China selbst könnte ein regelrechter militärischer Eingriff Japans die Solidarität der Volksgesamtheit wecken, Japan selbst in dem Falle, daß gewisse Erfolge möglich werden, mehr schaden als nützen und für die Zukunft jeden Einfluß Japans auf China ausschalten. Das aber kann Japan nicht wollen, und so wird es wahrscheinlich zufrieden sein, wenn es so bald als möglich aus der chinesischen Affäre herauskommt. Die Frage ist nur, ob diese Möglichkeit noch besteht.

Neues japanisches Ultimatum an Tschiangkaischek.

Tokio, 9. Mai. Der japanische Befehlshaber in China richtete an Tschiangkaischek die telegraphische Aufforderung, die chinesischen Truppen innerhalb 72 Stunden aus dem japanischen Machtbereich zu entfernen. Der Befehlshaber forderte weiter die Bildung eines gemischten japanisch-chinesischen Ausschusses zur Abgrenzung der japanischen Einflußzone. Die japanischen Truppen könnten die Verantwortung für die weiteren Ereignisse im Falle der Ablehnung dieser Forderungen nicht übernehmen.

Das Außenministerium veröffentlicht eine Mitteilung über das Ergebnis der Besprechungen zwischen Kellogg und dem japanischen Botschafter Matsudaira. Die amerikanische Regierung habe danach nicht die Absicht, an Japan eine Note zu richten. Zwischen Japan und Amerika bestehe in der chinesischen Frage volle Uebereinstimmung. Eine zweite Veröffentlichung des Ministeriums besagt, daß Italien, England und Frankreich ebenfalls keine Einsprüche gegen die Schritte Japans in China erheben.

Landbundlügen.

Preußen und die Landwirtschaft.

Im Rahmen einer Besprechung des Rechenschaftsberichts der Preußischen Staatsregierung, den der Preußische Minister für Volkswohlfahrt, Dr. Hirtsiefer, in der Landtagssitzung vom 27. März abgelegt hatte, behauptete der „Reichslandbund", um welche Fragen es sich immer in den letzten Jahren gehandelt habe, stets habe die „preußische Regierung im Kampf mit der Reichsregierung gestanden, und regelmäßig sei dieser Kampf auf dem Rücken und zum Schaden der Landwirtschaft ausgefochten" worden. Unter den Punkten, um die es die preußische Regierung angeblich zu einem „Kampf gegen die Reichsregierung" habe ankommen lassen, wurde u. a. die Durchführung des Notprogramms besonders hervorgehoben. Obwohl sich nur schwer vorstellen läßt, worauf der Verfasser des erwähnten Artikels anspielt, läßt sich nach Lage der Dinge nur vermuten, es könnte der preußische Antrag gemeint sein, aus dem 30-Millionen-Fonds zur Behebung von Schäden in den durch Unwetter betroffenen Gebieten 5 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Ueber den tatsächlichen Sachverhalt veröffentlicht der Amtliche Preußische Pressedienst folgende Darstellung:

Anläßlich der durch die Sommerunwetter 1927 in Pommern und Brandenburg entstandenen Schäden hatten Reich und Preußen je 3 Millionen Mark zur Linderung der ersten Not zur Verfügung gestellt, Provinz und Kreise hatten sich ebenfalls mit erheblichen Mitteln an der Hilfsaktion beteiligt. Bei dem Umfang der Schäden war die Bereitstellung weiterer Mittel erforderlich, und Preußen bewilligte hierfür weitere 4 Millionen Mark für Pommern und eine Million Mark für Brandenburg unter der Voraussetzung, daß das Reich den gleichen Betrag und Provinz und Kreise gemeinsam ebenfalls diese Summe beisteuern.

Da jedoch das Reich aus Mitteln des Haushalts für 1927 für das preußische Staatsgebiet insgesamt nur 2 Millionen Mark auswarf, mußte versucht werden, anderweitig Reichsmittel hierfür flüssig zu machen. Im Notprogramm der Reichsregierung waren zur Behebung der gegenwärtigen außerordentlichen Notstände in der Landwirtschaft und zur Sicherung der rationellen Fortführung der Betriebe 30 Millionen Mark in den Etat 1928 eingestellt.

Der Antrag Preußens ging nun dahin, von diesen Mitteln einen Betrag von 5 Millionen Mark zur Linderung der Not in den durch Unwetterschäden betroffenen Gebieten zu verwenden, wovon der Zufluß von etwa 3 Millionen Mark in die geschädigten preußischen Gebietsteile zu erwarten war. Diesem Antrage widersprach die Reichsregierung, da sie die Mittel restlos zur Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse verwandt wissen wollte. Diesem Wunsche der Reichsregierung glaubte Preußen nur unter der Bedingung entsprechen zu können, daß für den genannten Zweck aus anderen Mitteln des Reiches der Betrag von 5 Millionen Mark bereitgestellt würde.

Da die Reichsregierung eine bejahende Erklärung nicht abgeben konnte, und die Entscheidung von dem Ergebnis der Prüfung der Finanzlage abhängig machte, trug der Reichsrat auf Antrag Preußens auch diesem Wunsche der Reichsregierung Rechnung, indem er den Richtlinien der Reichsregierung über die Verwendung des 30-Millionen-Fonds zustimmte und lediglich die Erwartung aussprach, daß die Reichsregierung den Betrag von 5 Millionen Mark für die Schadensgebiete alsbald anderweit zur Verfügung stellt.

Ueber die gegenwärtige Notlage der Landwirtschaft und die besonders schwierigen Verhältnisse in den durch Unwetter geschädigten Gebieten kann kein Zweifel bestehen. Nach dem Wortlaut des Verwendungszweckes des 30-Millionen-Fonds sind die Mittel ausdrücklich zur Behebung der gegenwärtigen außerordentlichen Notstände in der Landwirtschaft bestimmt.

Wenn nun Preußen bestrebt gewesen ist, einen Teil der Mittel zur alsbaldigen Beschaffung der dringendst benötigten Betriebsmittel, nämlich von Saatgut und Düngemitteln, sowie zur Entlöhnung der Arbeitskräfte und zur Durchhaltung des Viehs, zu verwenden, so geschah dies in der Erkenntnis, daß alle für die Zukunft wirkenden Hilfsmaßnahmen nur dann zur Auswirkung kommen können, wenn es gelingt, die Betriebe in der gegenwärtigen schwierigen Zeit aufrecht zu erhalten.

Wenn Preußen angesichts der Stellungnahme der Reichsregierung über die anderweitige Verwendung der Mittel des 30-Millionen-Fonds mit allen Kräften bestrebt gewesen ist, die Bereitstellung anderer Reichsmittel über die 30 Millionen Mark hinaus für die Landwirtschaft flüssig zu machen, so wird dies gewiß nicht als ein zum Schaden der Landwirtschaft geführter Kampf angesehen werden können. Ebenso wie Preußen von sich aus den Landwirten der Schadensgebiete Hilfe in einem Maße geleistet hat, wie es seine finanzielle Leistungsfähigkeit irgend zuließ, hält es eine weitere Beteiligung des Reichs an dieser Hilfsaktion für eine im Interesse der Aufrechterhaltung wertvoller landwirtschaftlicher Betriebe und im Interesse der Gesamtwirtschaft unerläßliche Notwendigkeit.

Pächter, wählt Liste 1.

Wie euch die Deutschnationalen im Stich ließen!

Kurz vor den Wahlen stellen sich die Deutschnationalen auch als Freunde der bäuerlichen Pächter vor. Die Deutschnationalen, die Partei des Großgrundbesitzes! Desselben Großgrundbesitzes, der die ländlichen Pächter seit jeher in Abhängigkeit gehalten, unterdrückt und ausgebeutet hat. Niemals war sich vor dem Kriege, als die Konservativen in den Ländern und in der Regierung des Reiches bestimmenden Einfluß hatten, auch nur ein einziger Landwirtschaftsminister gerührt, um die Pächter zu schützen. Es blieb dem sozialdemokratischen Minister Schlicke vorbehalten, die erste Pachtschutzordnung durchzusetzen. Noch heute gilt sie, und hätten die bürgerlichen Parteien auch nur das mindeste Interesse für die Lage der Pächter, so wäre diese Pachtschutzordnung schon lange erweitert, so hätte der Bürgerblock den sozialdemokratischen Antrag auf Erlaß eines Dauergesetzes gegen jeden Pachtwucher nicht abgelehnt. Da das geschah, müssen sich die Pächter vorläufig mit einer Verlängerung des Pachtschutzgesetzes bis zum 30. September 1929 begnügen, die von der Sozialdemokratie trotz heftigsten Widerstandes des Bürgerblocks durchgesetzt wurde.

Die Haltung der Deutschnationalen bei diesen Auseinandersetzungen im Reichstag hat aufs neue gezeigt, daß sie nichts anderes als die Partei des ländlichen Großgrundbesitzes sind und daß sie sich um die Interessen der schwer um ihre Existenz ringenden Pächter nicht kümmern. Die Sozialdemokratie wird im neuen Reichstag ihre Forderung nach einem Dauerpachtschutzgesetz wiederholen. Die entschiedenste Gegnerschaft wird sie dann wieder bei den Deutschnationalen finden. Soll der Erfolg bei diesen parlamentarischen Kämpfen auf seiten der Pächter sein, so muß die Sozialdemokratie mit einer Mandatszahl in den Reichstag zurückkehren, die die anderen Parteien zur Beachtung der Interessen der Pächter zwingt.

Und der Pächter hat Grund, für die Sozialdemokratie zu stimmen. Die Sozialdemokratie fordert: daß die Pachtverträge für einen Zeitraum abgeschlossen werden, der dem Pächter eine wirtschaftliche Betriebsführung ermöglicht. Sie fordert weiter, daß dem Pächter bei Lösung des Pachtverhältnisses für die Aufwendungen, die den Wert des Pachtobjekts erhöht haben, eine angemessene Entschädigung gewährt wird. Sie verlangt ferner, daß die Pacht nicht höher sein darf, als einer angemessenen Verzinsung des Steuerwertes der verpachteten Grundstücke entspricht. Sie verlangt schließlich, daß den bäuerlichen Pächtern, insbesondere den erblichen, die ohne ihr Pachtland ihre Betriebe nicht aufrechterhalten können, die sichere Gewähr gegen die Entziehung des Landes gegeben wird. Wer das mit uns will, stimmt am 20. Mai für

Liste 1:

Pilsudskis Krankheit.

Pilsudski behält sich die Außen- und Militärpolitik vor.

Warschau, 8. Mai. In der Dienstagsitzung des Ministerrates beim Staatspräsidenten wurde, wie die „Rzeczpospolita" heute meldet, der Arbeitsplan der polnischen Regierung für die nächste Zeit beschlossen, da anzunehmen ist, daß die Krankheit Pilsudskis noch mehrere Monate dauern wird. Einer weiteren Mitteilung zufolge soll Pilsudski sich die wichtigsten Entscheidungen in der Frage der Außen- und Militärpolitik vorbehalten haben. Die Leitung der übrigen Politik soll in die Hände des Ministerrates übergehen. Die Nachricht, daß Marschall Pilsudski zur Kur ins Ausland gehen würde, wird bestritten. Pilsudski wird vielmehr eine Kur in Polen durchmachen.

Pariser Brief.

Kaum ist die Zeit der Wahlen zu Ende gegangen, als auch schon die Sozialisten sich anschicken, sich Ende des Monats in der schönen Stadt Toulouse zu einem Nationalkongreß zusammenzufinden.

Möglicherweise wird dieser Kongreß sehr leidenschaftlich verlaufen; denn es ist nicht unmöglich, daß der rechte Flügel der Partei einen ziemlich lebhaften Angriff gegen die linke Mehrheit richten wird. Wirklich gibt es im Augenblick fast nur Leute, die auf einen Kampf hindrängen. Die Massen der Partei haben seit zwei Monaten etwas anderes zu tun gehabt, als die inneren Probleme der Partei zu diskutieren. Sie haben gegen die Schwierigkeiten eines sehr harten Wahlkampfes Front machen müssen, aus dem der französische Sozialismus, der sich aus ihm ohne Schaden herauszog, einigermaßen geschwächt und verwundet hätte hervorgehen können bei der Heftigkeit der Angriffe, denen er ausgesetzt war.

Die Bezirksversammlungen sind noch nicht abgehalten worden, und es ist deshalb verfrüht, anzukündigen, welcher Flügel den Sieg davontragen wird. Auf der Rechten ist man ebenso zuversichtlich wie auf der Linken.

Die Rechte begründet ihre Zuversicht mit der Tatsache, daß sie von den hundert Gewählten auf mehr als 60 sicherlich wird rechnen können.

Darauf antwortet die Linke, daß es keine besondere Politik der Parlamentsfraktion geben kann, daß diese nur so sein wird und nur so sein darf, wie es die Mehrheit der Partei bestimmt. Und in dieser Beziehung gibt es keinen Grund dafür, daß die Partei auf ihre früheren Entschlüsse zurückkommt.

Die neue Kammer ist unter dem Zeichen Poincarés gewählt worden. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß eine erdrückende Mehrheit der Union Nationale in ihr vorhanden sein wird. Die Stimmen der radikalen Linken überschreiten kaum die 30. Unter diesen Umständen kann man leicht vorhersehen, daß die aufregende Frage der Teilnahme der Sozialisten an einer Linksregierung im Verlauf der gegenwärtigen Legislaturperiode nicht auftreten wird, noch die Frage an die Abgeordneten der Partei, ob sie an einer Regierungsmehrheit teilnehmen sollen.

Es besteht daher die Gefahr, daß die Diskussion sich auf keine Realität stützt und daß sie sich einzig und allein in akademischen Erörterungen bewegen wird.

Es bleibt eine andere Seite der Taktik. Unter den Abgeordneten der Linken sind einige geschlagen worden, andere sind in Gefahr gebracht worden. Wir nehmen nicht an, daß die Rechte Interesse daran hat, sich auf diese Erwägungen zu stützen. Denn die Verteidigung und der Gegenstoß der Linken würde zu leicht sein. Wenn tatsächlich Abgeordnete der Linken ins Gras gebissen haben, so einerseits deshalb, weil die Kommunisten besonders sie zu schlagen versucht haben, in der Meinung, ob zu Recht oder zu Unrecht, bleibt dahingestellt, daß, wenn der Sozialismus nur noch Abgeordnete der Rechten aufweist, er aufhören würde, für sie ein unüberschreitbares Hindernis und ein gefährlicher Konkurrent zu sein, andererseits, weil die Radikalen sich geweigert haben, in dem zweiten Wahlgang ihre Stimmen diesen selben Abgeordneten der Linken zu geben, während sie mit aller Kraft die Kandidaten der sozialistischen Rechten unterstützt haben, indem sie ihrerseits meinten, daß dessen Sozialismus nicht gefährlich sei.

Daß über den Wahlkampf hinaus die Männer der sozialistischen Linken, die von den Bolschewisten und Radikalen bekämpft und geschlagen wurden, weil man sie als zu sozialistisch empfand, von den Sozialisten selbst desavouiert werden, das ist für die Partei sowohl eine politische als auch eine moralische Unmöglichkeit.

Paul Faure.

Die Neugruppierung in Frankreich.

Absage der Sozialisten an die kommunistischen Arbeiterverräter.

Der sozialistische Abgeordnete Renaudel hat dem „Petit Parisien" in einem Interview erklärt: „Ein Zusammengehen zwischen Sozialisten und Kommunisten in der neuen Kammer sei vollkommen ausgeschlossen. **Durch ihre Taktik bei den Wahlen hätten die Kommunisten ein Verbrechen an der Republik und an der Arbeiterschaft begangen.** Die Arbeiterschaft müsse nun klar und deutlich entscheiden, ob sie den Sozialisten oder den Kommunisten ihr Vertrauen schenken wolle.

Der Abgeordnete Morel, der auf dem linken Flügel der Sozialistischen Partei steht, hat sich ebenfalls dem „Petit Parisien" gegenüber für einen völligen Abbruch der Beziehungen zu den Kommunisten ausgesprochen. Im übrigen macht die Linkskonzentration in der neuen Kammer Fortschritte. Die radikale Partei hat eine Entschließung angenommen, worin sie die Sozialisten zur Bildung eines Wahlbündnisses bei den bevorstehenden Gemeinderatswahlen auffordert. Wie auch dieser Antrag aufgenommen werden sollte, so haben sich die Radikalen schon jetzt dafür ausgesprochen, daß sie die alten Beziehungen zu den Sozialisten aufrechterhalten wollen. Die Gruppe der radikalen Linken (Loucheur) hat ihrerseits gestern beschlossen, in der neuen Kammer aufs engste mit den Radikalen zusammenzuarbeiten. Dieser Beschluß hat insofern eine erhebliche Bedeutung, als er die Gründung einer besonderen unionistischen radikalen Gruppe, wie sie der Abg. Franklin Bouillon beabsichtigt, außerordentlich erschwert. Wenn er die neue unionistische Gruppe schaffen will, muß er jetzt über die radikale Linke hinaus nach rechts abwandern.

Ein Ehrensäbel der Roten Armee für König Amanullah.

Moskau, 7. Mai. An den Ehrungen, die dem König von Afghanistan in Moskau erwiesen werden, hat sich auch der Revolutionskriegsrat, die höchste Militärbehörde des Sowjetstaates, beteiligt. In seinem Auftrage überreichte der Kriegskommissar Woroschilow, der zugleich Oberbefehlshaber der Roten Armee ist, dem König einen Ehrensäbel und einen Dolch als Geschenk. Gleichzeitig wurde der Königin ein Gewehr als Ehrengabe dargebracht. Die Ueberreichung der Geschenke erfolgte im Moskauer Hause der Roten Armee, wo das Königspaar sich etwa 6 Stunden aufhielt, an einem Festessen teilnahm und die Einrichtungen des Hauses und eine speziell aus Anlaß des Besuches veranstaltete afghanische Ausstellung besichtigte.

Wieder eine reaktionäre Verleumdung.

Warschau, 9. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der sozialistische Abg. Malinowski war in der polnischen Rechtspresse beschuldigt worden, längere Zeit für die politische Polizei Spionagedienste geleistet zu haben. Malinowski bestreitet die gegen ihn gerichteten Beschuldigungen und hat die Urheberin der Verleumdungen wegen Beleidigung verklagt, um sie zum Wahrheitsbeweis für ihre Angaben zu zwingen.

Pavan gesteht die Ermordung des Faschisten Savorelli.

Basel, 8. Mai. Der Mitte März nach der Schweiz geflüchtete Antifaschist Pavan hat jetzt das Geständnis abgelegt, den Faschisten Savorelli nach seiner Entlarvung als Lockspitzel in Paris durch mehrere Revolverschüsse niedergestreckt zu haben. Pavans Rechtsbeistand hat nunmehr von den schweizerischen Behörden die Bewilligung des Asylrechtes und die Verweigerung der Auslieferung verlangt, da es sich um eine politische Mord handele.

Stadttheater
(Opernhaus)
Donnerstag
19 bis 22.45 Uhr:
19. Abonn.-Vorstell.
Serie E 5696
Tannhäuser.
Freitag
20 bis nach 22 Uhr:
19. Abonn.-Vorstell.
Serie C
Der verlorene Sohn.
Sonnabend
20 bis gegen 22.30:
Rigoletto.

Schauspielhaus.
Operettenbühne. 5695
Tel. Stephan 36300.
Täglich 20 Uhr:
„Eine einzige Nacht"
Sonntag nachm. 15½ Uhr:
Drei arme kleine Mädels.

Lobe-Theater.
Tel.: Ring 6774.
Donnerstag 20 Uhr:
Gastspiel
Else u. Albert Bassermann
Der Diktator
von Jules Romains.
Freitag, Sonnabend, Sonntag:
Letzte Gastspiele
Else u. Albert Bassermann
Sünden der Jugend
Lustspiel
von Noel Coward.

Thalia-Theater
Tel.: Ring 6700.
Donnerstag, Freitag, 20 Uhr:
Letzte Vorstellungen!
Der große Komödien-Erfolg
Schwarz und Weiß
von Sacha Guitry.
5687

Liebich-Theater
Tel.: Stephan 346 45
Täglich 20 Uhr
Das lebende Gespenst
und weitere Attraktionen.

Pfingst-Angebot
100 getragene
Anzüge
von 8.00 Mk. an
¾ Teil untersetzte Figuren
Jacketts von 4.00 Mk. an
Westen 1.50 und 2.00 Mk.
Som.-Paletots v. 5.00 an
einzeln abzugeben
Weißenburger Straße 3

Eigene Anfertigung
daher so billig!
Pa. Windjacken garantiert wasserdicht
Knab. u. Mädch. 7 50,8 95,4.95
Herren u. Dam. 9 75,8 75,7 50
Damen-Wetterkleid., Riesen-Auswahl 4.95, 3.95, 2.75, 1.85
Bettbezug mit 2 Kissen 9 75, 6.50, 5.50 5660
Prima Inlett 9.50, 8.50
H. Wassermann
Friedrich-Wilhelmstr. 35
Vorzeiger dieses 5% Rabatt!

Die besten Marken
Fahrräder
Zubehörteile, Gummi, Reparaturen preisw., Teilzahl. 10 Mk. Anz., 5 Mk. Abz. an nur bei 502
Larisch Neue Matthiasstraße 5.

Fertige Betten
aus echtem Inlett, pa. Schleißfedern Deckbett Kissen
18.00 4.95
Sonnenstraße 30
Friedländer. 5661

Damenmäntel
entzückende Neuheiten in gediegenen, mod. Stoffen, von 18 Mk. an; groß. Auswahl
Urban Karlstraße 1, 2. Etg. rein Laden.
Ecke Schweidnitzer Straße.

Billige Bezugsquelle für
Fahrräder
Gummi und Zubehör
Geier, Freiburger Straße 16
Ecke Graupenstraße.

Sie verdienen täglich
10 Mk. an Schmuckartikel. Nur persönlich kommen.

Reste
in Serge, Kittel, Leinwand Kernseilnetter • Roßhaar Garn, Knöpfe, Kernseife, Erbsen, alles sehr billig, prima Ware • Detail und Engros
Bertold Lippert
Heinrichstraße 16 5647
Filialen: Oderstraße 17 und Weißgerbergasse 43.

Neu eingetroffen! 5639
Jungbier
beste Qualität, preiswert
abzugeben an Händler und Private
Brauerei „Goldener Hecht"
Kaiserstr. 65 — Telefon Ring 4001
Ab 12. Mai Telefon 54107.

Damenhüte
ganz besonders preiswert • Große Auswahl
Gustav Thomas 5654
Hutfabrik — Umpresserei
Katzerberg 24 Kätzelohle 35

Ein offenes Wort an alle!
Der Ratgeber für Eheleute von
LUISE OTTO
Vorbeugen nicht abtreiben
48 Seiten / 87. bis 96. Tausend
Preis nur 50 Pfennig
Versand nach auswärts gegen Voreinsendung v. 60 Pf.
Volkswacht-Buchhandlungen Breslau
Neue Graupenstr. 5 u. Neue Taschenstr. 11.

Turn-Kleidung
auch für Gymnastik und Bewegungs-Rhythmik

Für Mädchen:
Turn-Anzüge glatt, schwarze, vorschriftsmäßige Form mit Tasche, Länge 70 **2.35**
Steigerung 0.15 pro Größe
Ruder-Trikots weißes Oberteil mit schwarzer Hose, Gr. 42 **2.60**

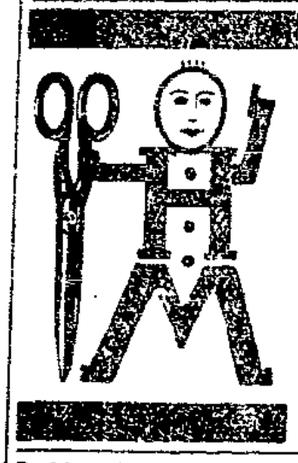
Für Knaben:
Turnjacken weiß und schwarz, Gr. 1 (für 7-8 Jahre) **1.50**
Steigerung 0.15 pro Größe
Turnhosen schwarz, besonders fest gearbeitet, Gr. 2 (für 7-8 Jahre) **1.45**
Steigerung 0.15 pro Größe
Trainings-Anzüge 2teilig, Jacke u. Beinkleid aus fest. Futtertrikot, schwarz, grau u. marine, Größe 4 **9.50**
Steigerung 0.75 pro Größe

Centawer
G. M. B. H. BRESLAU 1 SCHMIEDEBRÜCKE 7-10
5663

Teppiche Läufer, Divan- u. Steppdecken
ohne Anzahlung in 10 Monatsraten liefern
Adam & Glück, Frankfurt a. M. A. 133
Größtes Teppichversandhaus Deutschlands.
Schreiben Sie sofort! 11815

Die „Frauenwelt" den Frauen
Zum Lesen, Denken und Schauen!
„Frauenwelt"
eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes Preis 30 Pf
Zu bestellen b. allen Zeitungsträgern

58. Landwirtschaftlicher Maschinenmarkt
Ackerbau u. Saatzucht
Blumen- u. Gemüseschau
Jagd Ausstellung
Technische Messe
Baumesse
Ausstellung von Büromaschinen
Breslau 10-13. Mai
Heute Eröffnung!



Jeder vorwärts strebende Schneider kauft
Zuschneide-Lehrbuch
System: „Unitas"
für den Selbstunterricht, bearbeitet von Heinrich M
Von ersten Fachautoritäten glänzend beurteilt und empf
broschiert Mk 10.50, in Halbleinen Mk. 12.80 zu bezieh
Heinrich Menzel
Private Zuschneide-Schule, Breslau, Gartenstr
Neue Zuschneide-Kurse beginnen am 1. und 16. jeden M
Prospekte und Auskünfte frei! — Ausw. erhalten Schülerk

Buchhandlung Volkswacht

Kleine Anzeigen
sind kompreß gefaßte einspaltige Anzeigen von Verkäufen, Kaufgesuchen u. a. nur von Privaten. Wort 3 Pfennige, fett 4 Pfennige

Verkaufe wegen Fortzugs: 1 Nußbaumvertiko, 2türig, 2 Küchenschränke mit Besteckkästen, 1 Metallbett, 1 weiß. Nachttisch mit Marmor, ein Handtuchständer, 1 Regulatoruhr, 1 Gasback- und -Bratapparat, 1 schönes Wandbild (Othello, der Mohr von Venedig). Näheres bei Herrmann, Schweidnitz, Stadtgraben 1, II. r. 499

Damenrad, Marke Göricke, zu verkaufen bei Thon, Burghartstraße 5, 4. Etg. 491

1 Sofa mit od. ohne Umbau, 3 Stühle, 4 lederne Handreisetaschen verkauft billig Herbst, Gabitzstraße 3, III.

Gebr. Sofa, gut erhalten, billig zu verkaufen. Scholz, Gräbschener Straße 84, III.

Druckerei Volkswacht
fertigt moderne Drucksachen
Breslau 2 Flurstraße

Arbeitsmarkt

Arbeitsbursche
bis 18 Jahre, sofort gesucht
Lange, Mäntlergasse

In der „Volkswacht" haben
Stellen-Angebote
infolge ihrer großen Verbreitung in Arbeiterkreisen besten Erfolg

Zum Abbruch
der Gebäude einer Zuckerfabrik
(Nähe Zobten)
stelle sofort erfahrenen, energischen
Vorarbeiter
ein.
Röder, Groß-Mochbern, Zuckerfabrik.

Tüchtigen
Marmorhauer
stellen sofort ein
Marmor-Werke Gustav Schulze A.-G.
Breslau, Neudorfstraße 115.

Pfingst-Angebot
Der moderne Sakko-Anzug

Die 2reihige Form mit breitem, langem Revers u. gut betonter Taille wird bevorzugt.
Blaugraue u. modebraune Farbtöne in kariertem Cheviot und Kammgarn sind die große Mode.
Meine Preise
Mk. 28.- Mk. 48.-
„ 58.- „ 69.-
„ 85.- „ 98.-
„ 110.- „ 125.-
Adolf Wolff
nur Neuschestr. 7 Ecke Büttnerstr.
Spezialgeschäft für Herren u. Knaben

„Pfefke, was tun Sie, wenn Sie ein Hühnerauge haben?"
— „Ich tu mir krankmelden, Herr Leutnant!" — „Nein! „Lebewohl"* wird verwendet, verstanden? Wie oft soll ich das noch sagen!"
*) Gemeint ist natürlich das berühmte, von vielen Ärzten empfohlene Hühneraugen-Lebewohl und Lebewohl-Ballenscheiben, Blechdose (8 Pflaster) 75 Pfg., Lebewohl-Fußbad gegen empfindliche Füße und Fußschweiß, Schachtel (2 Bäder) 50 Pfg., erhältlich in Apotheken und Drogerien. Wenn Sie keine Enttäuschungen erleben wollen, verlangen Sie ausdrücklich das echte Lebewohl in Originalpackungen und weisen andere, angeblich „ebenso gute" Mittel zurück. 11850

Für die Redaktion verantwortlich: [illegible] — Druck: [illegible] Druckerei, Gläcksr. 4. — Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtl. in Breslau

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 10. Mai 1928.

Der Drang zum Rathause.

Vierzehn Parteien wollen hinauf.

In Nr. 21 des Breslauer Gemeindeblattes vom 13. Mai dieses Jahres werden die für die Stadtverordneten-Wahlen zugelassenen Wahlvorschläge veröffentlicht. Es sind insgesamt vierzehn; sie umfassen folgende Parteien: **Wahlvorschlag Nr. 1 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands** (Spitzenkandidat Karl Mache), Nr. 2 Wahlvorschlag der Deutschnationalen Volkspartei (Spitzenkandidat Wilhelm Thum), Wahlvorschlag Nr. 3 der Zentrums-Partei (Spitzenkandidat Dr. Franz Seppelt), Wahlvorschlag Nr. 4 der Deutschen Volkspartei (Spitzenkandidat Max Kiefer), Wahlvorschlag Nr. 5 der Kommunistischen Partei Deutschlands, Ortsgruppe Breslau (Spitzenkandidat Hermann Ammon), Wahlvorschlag Nr. 6 der Deutschen Demokratischen Partei (Spitzenkandidat Dr. h. c. Heilberg), Wahlvorschlag der Linken Kommunisten Nr. 7 (Spitzenkandidat Gustav Gründler), Wahlvorschlag Nr. 8 der Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei). (Spitzenkandidat Gustav Scholz), Wahlvorschlag Nr. 9 des völkisch-nationalen Blocks (Spitzenkandidat Dr. Walter Fritsch), Wahlvorschlag Nr. 10 für Volksrecht und Aufwertung (Spitzenkandidat Karl Anacker), Wahlvorschlag Nr. 11 der Deutsch-Sozialen Partei (Richard Kunze), (Spitzenkandidat Otto Stein), Wahlvorschlag Nr. 12 der Mieterliste (Spitzenkandidat Eberhard Kotzam), Wahlvorschlag Nr. 13 der „Arbeit und Bodenreform" (Spitzenkandidat Erich Siebraner), Wahlvorschlag Nr. 14 der Grund- und Hausbesitzer Groß-Breslau (Spitzenkandidat Alois Nowak).

* * *

Hoffentlich erweisen sich die Wähler klüger als all die Grüppchen, die zur Befriedigung blöder Eitelkeiten nach einer „Vertretung" auf dem Rathause streben. Leisten können solche Leute absolut garnichts, sie können weder Anträge stellen, noch kommen sie in irgend einen Ausschuß. Höchstens können sie durch zwecklose Reden im Plenum die Verhandlungen aufhalten. Kein Mensch aber kümmert sich um ihre Reden, sobald die großen Parteien in ihren Fraktionssitzungen und in den Ausschüssen entschieden haben. Was soll auf dem Rathause ein „Mietervertreter", wo doch fast alle Sozialdemokraten Mieter sind? Oder was soll dort ein Bodenreformer, wo unser Parteiprogramm die Wege zu Siedlung und Bodenreform weist? Muß extra einer ins Stadtparlament kommen, um für Grünflächen oder Spielplätze einzutreten, als ob davon sonst niemand etwas verstünde? Oder gehört besonders jemand hinauf, um für Schrebergärten einzutreten, wo doch unter den Sozialdemokraten auch genug Schrebergärtner vorhanden sind? Das Streben der Arbeiterschaft muß auf die **Wiederaufrichtung einer sozialdemokratischen Mehrheit** gerichtet sein, die alle Fragen vernünftig zu lösen imstande ist. Laßt sie alle gehörig ablaufen, die völkisch nationalen und die völkisch sozialen, die rechten und die linken Kommunisten, die Mieter und die Hausbesitzer, die Mittelständler und die Bodenreformer. Daß wir nicht Deutschnationale, Volkspartei, Zentrum oder Demokraten wählen, ist selbstverständlich. Jede Stimme den Sozialdemokraten, die von 1919 bis 1924 die Geschäfte der Stadt in schwerster Zeit zum allgemeinen Wohl und Nutzen geführt hat. Wahlparole für alle Arbeiter, Angestellte, Beamte, Handwerker, Geschäftsleute und freie Berufe muß sein

Liste 1, Sozialdemokratische Partei!

Die Wahlvorschläge zur Reichs- und Landtagswahl.

Amtlich wird mitgeteilt:

Für die bevorstehenden Reichs- und Landtagswahlen sind bei dem Kreiswahlleiter für den 7. Wahlkreis Breslau umfassend den Regierungsbezirk Breslau folgende Kreiswahlvorschläge eingereicht worden:

1. **Sozialdemokratische Partei Deutschlands.**
2. Deutschnationale Volkspartei.
3. Zentrum.
4. Deutsche Volkspartei.
5. Kommunistische Partei.
6. Deutsche Demokratische Partei.
8. Linke Kommunisten.
9. Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei).
10. National-sozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung).
11. Deutsche Bauernpartei.
12. Völkisch-Nationaler Block.
15. Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei.
16. Volksrechtpartei.
17. Deutsch-Soziale Partei (Richard Kunze).
18. Polnisch-Katholische Volkspartei.
19. Volksblock der Inflationsgeschädigten (Allgemeine Volkspartei).
20. Christlich-Soziale Reichspartei.
21. Deutscher Reichsblock der Geschädigten.
22. Alte Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
23. Deutsche Haus- und Grundbesitzerpartei.
24. Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Nur Liste 1 wird gewählt!

Die sozialistische Studentengruppe

hat in diesen Tagen ihre Semesterarbeit wieder aufgenommen. Das Programm des Sommersemesters ist umfangreich und zerfällt in öffentliche Veranstaltungen und interne Arbeitsgemeinschaften für Mitglieder. Sämtliche Themen dienen der marxistischen Schulung und im Anschluß an ein Referat werden wichtige Probleme des Marxismus wie die materialistische Geschichtsauffassung, die marxistische Begründung des Sozialismus, der Revisionismus usw. behandelt. Der genaue Wortlaut des Programms ist am schwarzen Brette des II. Stocks der Universität zu ersehen. Anmeldungen von Studierenden und sonstigen Interessenten sind an die Adresse des Gruppenleiters, Genossen Kurt Oppler, Berliner Straße 15, zu richten.

Elternbeiräte.

In allen Schulangelegenheiten wird jeden Mittwoch und Freitag von 6—8 Uhr im Gewerkschaftshause, Zimmer 37, 2. Etg., durch ein Vorstandsmitglied des Zentral-Elternbeirats Auskunft erteilt.

Unsere Veranstaltungen.

Heute Donnerstag, 20 Uhr,
sprechen Frau **Toni Sender**, M. d. R., Berlin,
und Frau **Clara Bohm-Schuch**, M. d. R., Berlin
im Zentralballsaal und bei Bräuer, Gabitzstraße, außerdem läuft der Film „Dein Schicksal".

Morgen Freitag, 20 Uhr,
spricht Philipp Scheidemann im Zirkus-Busch-Gebäude,

Sonnabend, den 12. Mai, 19 Uhr,
treffen sich alle arbeitsfreudigen Genossinnen und Genossen zur Empfangnahme der Wählerzeitung in den Distriktslokalen. Verbreitung Sonntag.

Montag, den 14. Mai, 20 Uhr,
im Zentralballsaal
Aufführung der Wahlrevue **„Hoppla, wir wählen!"**; Eintritt 10 Pfennige,

im „Jägerhof", Gräbschener Straße 181,
sprechen fernmündlich über **„Die Wahlen am 20. Mai"**
Ministerpräsident **Otto Braun**,
Reichstagsabgeordnete **Toni Sender**,
Reichstagsabgeordneter **Otto Weis**;

im „Nußbaum"-Restaurant, Kupferschmiedestraße,
spricht Stadtverordneter **Kaufmann Hugo Frey** zu den **Handels- und Gewerbetreibenden** über das Thema:
„Die Stadtverordnetenwahl und die Handels- und Gewerbetreibenden".

Wählerinnen, Wähler! Versäumt nicht den Besuch unserer Veranstaltungen. Bringt eure wahlberechtigten Angehörigen mit.

Jugendgenossen aller Organisationen!

Beachtet den Aufruf zur Verbreitung der Wählerzeitung. Morgen werden die Lokale, wo die Zeitung in Empfang genommen werden kann, veröffentlicht. Stellt euch alle vollzählig in den Lokalen am Sonnabend, 7 Uhr abends, zur Verfügung.

Jugend voran!

Wie sieht ein sozialdemokratischer Hetzer aus?

Genau so wie ein deutschnationaler Lehrer beim Religionsunterricht! Auf einem Wahlflugblatt der „Retter" kann man sich davon überzeugen. Das Bild eines solchen Lehrers füllt die ganze erste Seite und mit Recht wird gefragt: „Würdest du ihm dein Kind anvertrauen?" — Nein, ganz gewiß nicht, weshalb ja die Sozialdemokraten ihre Kinder möglichst in die weltliche Schule schicken. Doch der da so gottvoll tobt, soll ja in Wirklichkeit kein deutschnationaler Lehrer, sondern eben ein sozialdemokratischer Hetzer sein, obwohl er seiner Kleidung nach sicher zum Bürgertum gehört. Die Deutschnationalen haben eben die herrlichsten Typen unter sich, um sie dem Volke als Sozialistenschreck vorzuführen. Und wie im Titelbilde, so wird auch im ganzen übrigen Flugblatte die Wahrheit genau ins Gegenteil gekehrt. Nachdem man dem Volke den Brotkorb gerade hoch genug gehängt und dabei zugleich die Landwirtschaft ruiniert hat, wird es so dargestellt, als werde die Sozialdemokratie dem Volke das Brot verteuern. Ein mit Auslandswaren gefülltes Schaufenster des Konsumvereins „Vorwärts" soll weiter dartun, wie bauernfeindlich die Sozialdemokraten sind. Leider sind alle diese Waren nur in Delikateßgeschäften zu haben, wo sie von den deutschnationalen Herrschaften gekauft werden, während sich die Kunden des „Vorwärts" solche Dinge gar nicht leisten könnten. Das ganze Machwerk zeugt davon, für wie dumm die Deutschnationalen das Volk einschätzen, daß sie ihm so etwas vorzusetzen wagen, und wie dumm Leute sein müssen, die deutschnational wählen!

Technische Messe und Maschinenmarkt.

Heute beginnt auf dem Messegelände in Scheitnig der 38. Landwirtschaftliche Maschinenmarkt. Er ist wieder sehr gut beschickt, ein Beweis, daß die Maschinenindustrie die Kaufkraft der Landwirtschaft höher einschätzt, als man nach dem Geschrei des Landbundes annehmen dürfte. Neben bewährten Maschinen aller Art sieht man auch technische Neuerungen, die einen Fortschritt zur Industrialisierung der Landwirtschaft bedeuten. Nur Dampfpflüge sieht man nicht, für so große Objekte hält man die Landwirtschaft zur Zeit in der Tat nicht für zahlungsfähig genug, als daß sich die Kosten ihrer Ausstellung lohnten. Sonst jedoch ist auf dem weiten Gelände jeder Platz ausgenützt. Der Motor erobert sich ein landwirtschaftliches Gerät nach dem anderen, ersetzt Tier- und Menschenkraft. Nicht genug der seltsamen Maschinen kann man bewundern, die auch dem kleinen Besitzer die Arbeit erleichtern, und den Ertrag seiner Felder steigern können.

Neben dem Maschinenmarkt ist die Ausstellung der Landwirtschaftskammern im Messehof zu besuchen und genau zu besichtigen. Hier wird der Landwirt mit den Ergebnissen wissenschaftlicher Forschungen auf dem Gebiete der Düngung, der Unkrautbekämpfung, der Saatzucht, der Schädlingsbekämpfung usw. bekannt gemacht. Der Wert einer geordneten Buchführung wird überzeugend dargelegt. Auf dem freien Gelände sind Gewächshäuser aufgebaut. Auch der Blumenzucht ist im Messehof Raum eingeräumt. Neben den vielen farbenfreudigen Kindern Floras erregt besonders eine Kakteenpflanzung des Spezialzüchters Hubert Schulz-Grüneiche allgemeine Bewunderung. Weiter warten Firmen mit Büromaschinen, Nähmaschinen, elektrotechnischen Artikeln, Baustoffen auf Besteller.

In der Jahrhunderthalle sollte im Kuppelraume eine Automobil-Ausstellung stattfinden, der Terror des Vereins Deutscher Fahrzeugindustrieller hat das aber vereitelt. So wurde der Kuppelraum für eine Ausstellung von Wagen, Motorrädern und Fahrrädern frei. Ein mottensicherer Kleiderschrank erregt hier noch besonderes Interesse. Der Außenring der Jahrhunderthalle bietet das gleiche Bild wie in früheren Jahren zur Technischen Messe. Mühlenbaumaterialien, Holzbearbeitungsmaschinen, Kühlanlagen, Kühlschränke, Schweißapparate, Ladeneinrichtungen, Haushaltungsmaschinen aller Art, Rundfunkgeräte usw. füllen den Ring bis auf den letzten Platz.

Auf dem Maschinenmarkt sieht man zwar noch recht viel Schwarz-Weiß-Rot, aber doch nicht mehr so viel als in den früheren Jahren. Die größeren Firmen suchen durch Phantasiefahnen zu wirken, um nicht bei den Bauern anzustoßen, die sich in immer größerer Zahl nach links orientieren. Aber die Reichsfarben zu zeigen, das wagt keiner der Aussteller auf dem Maschinenmarkt. Terror und Boykott, wenn nicht eigene reaktionäre Gesinnung, halten die Aussteller davon ab —f.

Jugend und Wahlen.

Die kommenden Wahlen gehen die Jugend in hohem Maße an, denn sie werden ihr Schicksal und ihr Werden zum Teil auf Jahre hinaus mitbestimmen. Die Jugend aller Kreise, vor allem aber die Jugend des Proletariats, nimmt teil am politischen Geschehen und an den politischen Kämpfen. Das ist ein Glück, denn dadurch wird allgemein die politische Reife des Volkes gefördert, die durch das frühere System des Regiertwerdens und damit der Verminderung der eigenen Verantwortlichkeit gehemmt und geschwächt wurde. In welcher Weise kann und soll nun die Jugend am politischen Kampfe teilnehmen? Diese Frage drängt sich unabweisbar auf, wenn man die Zeitungsberichte über politisches Auftreten Jugendlicher der äußersten Rechten und der äußersten Linken sieht. Ständig kehren aufsehenerregende Prozesse wieder, in denen jugendliche Nationalsozialisten oder Kommunisten wegen Gewalttaten, die auf politische Gegensätze zurückgeführt werden, vor den Schranken des Gerichts stehen. Leider machen sich die Bestrebungen, die Jugend zu Gewalttaten aufzureizen und für ihre dunklen Zwecke zu mißbrauchen, nur allzu oft gerade an die Jugendlichen oder proletarischen Kreise heran. Daß Jugendliche leichter als Ausgereifte einem solchen Mißbrauch zum Opfer fallen, liegt in der Eigenart der Entwicklungs-, der Pubertätsjahre begründet, in denen die Jugendlichen zu Uebersteigerungen in Liebe und Haß neigen, in den ihnen noch das Gleichmaß der Reife fehlt und in denen sie schon die unbefangene Ruhe der Kinderjahre verloren haben. Darum sollten die Eltern darauf bedacht sein, die ihrer Obhut anvertrauten Jugendlichen vor solcher Verhetzung und solchem Mißbrauch zu schützen, der nicht selten für das ganze Leben verhängnisvolle Folgen hat.

Wie kann und soll die Jugend politisch arbeiten und denken? Jene gewalttätig Vorgehenden sehen in der Vernichtung und Zerstörung anderen Lebens, in der Betätigung der rohen Körperkraft ihre politische Aufgabe. Nichts kann politisch unreifer sein. Gerade diese Auffassung ist ein unschönes Ueberbleibsel des alten Militärstaates, der auf äußere Gewaltanwendung eingestellt war. Die Jugend soll an eine höhere Kraft glauben lernen, an die Kraft der Ueberzeugung, an die Kraft des Rechts und an die Sieghaftigkeit der Gemeinschaft, die nach dem Rechte unverbrüchlich strebt. Wenn wir zurückdenken an die Entwicklung des Sozialismus in Deutschland in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts, so sehen wir eine ganze Schar von jenen Veteranen der Sozialdemokratie, die zum Teil noch heute unter uns sind, als jugendliche Kämpfer, die sich mit ganzer Kraft für ihr hohes Ziel einsetzten, Gefährdung ihrer Existenz, Strafen und Verfolgung immer wieder ertrugen, ohne den Glauben an die Macht der Wahrheit, an die Idee und an eine bessere Zukunft zu verlieren. Ihr Kampf war rein und schön, weil sie an diese positiven Werte glaubten und nicht in Verneinung, Zerstörung und Vernichtung ihre Aufgabe sahen.

Wir haben heute noch sehr vieles, was morsch und überlebt ist, und was wir durch stärkere geistige Kraft zerstören müssen. Die Form der Zerstörung ist uns heute in richtiger Ausübung des Wahlrechts und in der Gewinnung der politischen Macht mit gutem und rechtmäßigen Mitteln gegeben. Wir müssen der Jugend die positiven Werte zeigen und sie glauben lehren an die Sache des Sozialismus, weil er die Sache der Gerechtigkeit ist, weil er Unterdrückten helfen und Unrecht, Ausbeutung und Gewalttaten auf wirtschaftlichem Gebiet und im Völkerleben beseitigen will. Alle Väter und Mütter sollten ihren Kindern zeigen, wie groß und schön die Sache des Sozialismus ist! Sie sollten selbst dieser Sache zum Siege verhelfen durch Einsetzen ihrer eigenen Kraft in dieser bedeutsamen Zeit, die durch die kommenden Wahlen ihr Geschick und das ihrer Angehörigen maßgebend beeinflussen wird, und sie sollten ihre Kinder lehren, dort in der politischen Arbeit zu helfen, wo es ihre Kraft, ihr Können und Verstehen erlaubt! Sie sollten aber auch dafür sorgen, daß die Hände ihrer Kinder rein bleiben, damit sie würdig sind, an der Errichtung des Gebäudes der Zukunft mitzuwirken! Hütet eure Kinder, ihr Väter und Mütter, vor Verhetzung und Mißbrauch, mag er nun von der äußersten Rechten oder von der äußersten Linken kommen, die beide oft gewissenlos genug sind zu solchem Mißbrauch jugendlicher Leidenschaft! Es ist schöner, sich in der Liebe zu finden als im Haß. Wir können mit unseren Kindern die große Zukunftsaufgabe des Sozialismus lieben, und die Mütter besonders sind dazu berufen, ihre Kinder diese Liebe zu lehren!

Henni Lehmann.

Theater und Musik.

Lobe-Theater.

Gastspiel Albert Bassermann.

Auch Gott fand eines Tages, daß er nicht lediglich Löwen und Adler erschaffen müsse und erfand so nebenbei den Mops, das Stachelschwein, den Tapir und das Känguruh. So ähnlich muß es Bassermann gegangen sein, der den höheren, reineren und weiseren Menschen zu gestalten pflegt: er gestattete sich einen kleinen Scherz und spielte einen troddelhaften, während des letzten Aktes betrunkenen Grafen. Wer Löwen erwartet und Möpschen begegnet, ist zunächst etwas enttäuscht, bis er begreift, daß die Natur, selbst wo sie zu scherzen scheint, die gleichen großen Gesetze anwendet wie im Ernst. Bassermann mag immerhin den Lächerlichen oder den Betrunkenen im nichtigsten aller nichtigen Stücke spielen: er bleibt doch unverkennbar der überragend große Techniker, Gestalter und Beleber.

Das Stück hieß „Sünden der Jugend" von Noël Coward. Eine Geliebte kommt nach sechzehn Jahren zu ihrem Freunde zurück, der indessen fromm geworden ist und veranlaßt ihn schließlich, sie zu heiraten. Diese Geliebte spielte Else Bassermann. Sie spielte etwas kühl und schwer, nicht ganz so überzeugend charmant, wie es vielleicht zur stärkeren Befeuerung des ärmlichen Stückes wünschbar gewesen wäre.

Die Breslauer Schauspieler Alfred Scherzer, Grete Kretschmer, Balthoff, Klam, Hetting, Oswald, Jekels hielten sich gut. Das Theater war nur halb voll, der Beifall natürlich sehr lebhaft. M. Br.

Frauen heraus! Heut abend zu Toni Sender u. Clara Bohm-Schuch!

Widerlegter Kommunistenschwindel.

Man schreibt uns:

Die „Schlesische Arbeiterzeitung" vom 5./6. Mai 1928 brachte ein Schreiben eines angeblichen Funktionärs der Sozialdemokratischen Partei zum Abdruck. Darin wird behauptet, daß die Angestellten der Allgemeinen Ortskrankenkasse von dem Vorsitzenden, dem Genossen Senk, gezwungen werden sollten, am 1. Mai zum Dienst zu erscheinen, und daß der Betriebsrat aus Anlaß der hierdurch entstandenen Differenzen seine Aemter niederlegen wollte. Diese Darstellung entspricht nicht den Tatsachen. Das in dem Artikl erwähnte Rundschreiben vom 30. April d. J. enthält keinerlei Drohung, daß bei einem Wegbleiben vom Dienst am 1. Mai irgendwelche Nachteile entstehen können.

Unwahr ist ferner die Behauptung der „Arbeiterzeitung", daß der Vorsitzende am 30. April zu einer angeblichen Aussprache nicht erschien und den Angestellten mitteilen ließ, daß sie für den 1. Mai zum Dienst eingeteilt wurden.

Tatsache ist vielmehr, daß die Betriebsvertretung mit der Verwaltung im Auftrage des Vorsitzenden am 30. April mittags die Einteilung derjenigen Angestellten zum Notbetrieb vornahm, die sich nicht an der Maifeier beteiligen wollten.

Alle freigewerkschaftlich organisierten Angestellten, die sich in die Listen des Zentralverbandes der Angestellten eingetragen haben, sind am 1. Mai, wie alljährlich, nicht zum Dienst erschienen. Dabei sei ferner noch ausdrücklich festgestellt, daß keiner unserer Kollegen gezwungen worden ist, am 1. Mai zum Dienst zu erscheinen.

Wenn der Betrieb, entgegen den freigewerkschaftlichen Forderungen, am 1. Mai nicht stillgelegt worden ist, so liegt dies lediglich daran, daß leider einige Kollegen den Parolen der Gewerkschaften nicht Folge leisteten. Mit diesen, die sämtlich freiwillig zum Dienste erschienen sind, ist der Betrieb notbehelfsweise aufrechterhalten worden. Von Differenzen mit der Betriebsvertretung kann infolgedessen gar keine Rede sein.

Bedauerlicherweise muß festgestellt werden, daß die Arbeiterschaft am 1. Mai, so auch in diesem Jahre wiederum mit ihrem Anliegen bei der Krankenkasse erschien und damit den um den 1. Mai kämpfenden Angestellten in den Rücken fällt. **Die „Arbeiterzeitung" ist hierbei mit ihrem Anhang durchaus nicht ausgenommen, denn auch Angehörige des Roten Frontkämpferbundes erschienen am 1. Mai bei unserer Kasse, von denen es einer besonders eilig hatte und bereits um 7 Uhr erschien, während die Kassenstunden an den übrigen Tagen erst um 8 Uhr beginnen.**

Der Betriebsrat der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Breslau.
Motz. Krause. Kögllperger. Müller. Aderhold, Schmidt. Kotzerke.

Der Schluß dieses Schreibens ist ja sehr bezeichnend und den rotgetünchten Reaktionshelfern ähnlich. Die Arbeit anderer am 1. Mai in Anspruch nehmen und Sozialdemokraten dafür verantwortlich machen, wenn am 1. Mai gearbeitet wird, das ist echt kommunistisch.

Besuch bei Orang-Utans.

Das Affenhaus bildet wohl immer mit seinen gelehrigen und possierlichen Insassen den Hauptanziehungspunkt eines jeden Zoos; dies im besonderen aber, wenn prächtige Exemplare einer Menschenaffenart sich ihren — Nachfahren vorstellen. Von ihnen sind es aber zumeist Schimpansen, mit denen wir uns ein wenig in vergleichender naturwissenschaftlicher Betrachtung beschäftigen können, während Gorillas und Orangs nur selten Transport und Schaustellung überdauern. Gerade die letzteren blieben oft nur wenige Wochen am Leben, und erst im vergangenen Jahre wurde, fast nach gleicher Zeit als hier in Breslau, die nach dem Zoo in Frankfurt a. M. importierte Orang-Utan-Familie durch den raschen Tod des Weibchens zerstört. Trotzdem sind hier weitere Versuche unternommen worden, um diese seltene Tierart in unserem Zoologischen Garten einzubürgern, und erst dieses Jahr kam ein größerer Transport von 44 Exemplaren nach Europa, wovon der Breslauer Zoo sich ebenfalls diese Familie von Mann, Frau und Kind gesichert hatte.

Diese Menschenaffen kennen zu lernen, unternimmt man — namentlich in der jetzigen Zeit, wo der Garten in Frühlingsschmuck gekleidet — gern einen besonderen Besuch nach unserem Zoo und gehen mit dem Hauptstrom der Besucher hin zum Affenhause, wo in zwei Käfigen zwischen den stets geschäftigen Pavianen und den possierlichen Klemmeraffen die Orangs untergebracht sind. Trauer herrscht nun nach der ersten Aufregung beim Einzug der Orang-Utan-Familie im Affenhaus. Herkules, der Orang-Vater, sitzt traurig in seiner Ecke, seine plumpe Pfote sucht vergebens hinter Gitterstäben das zottige, haarige Fell seiner „Frau". Das Kleine aber versteht nun gar nicht mehr den Sinn eines solchen Käfigdaseins hier in den Breitengraden der Kultur. Und auch der Alte ist noch mürrischer als vordem geworden. Phlegmatisch liegt er auf seiner Wohnkiste und zeigt uns nur ein rotbraunes, zottiges Knäuel.

Betritt aber der Wärter den Glasvorbau, so stürzt sich Herkules wild auf das Gitter und präsentiert sich dem Besucher in seiner ganzen stattlichen Größe. Obgleich nicht ganz so groß wie sein Dresdener Artgenosse, ist er doch mit seinen 240 Pfund, die man ihm übrigens nicht ansieht, ein ganz kompakter Kerl. Das pergamentartige, schwarze Gesicht mit seinen unförmigen Backenwülsten und seinem großen Kehlsack schaut wütend. Einen Augenblick besieht er sich mit seinen kleinen, enganliegenden Augen seine Gaffer und ist bald wieder zu seiner philosophischen Ruhe zurückgekehrt. Den Besuchern aber scheint das Phlegma bei Tieren nicht zu passen, immer wieder muß der Wärter zur Aufmunterung an das Gitter. Selbstverständlich geht es zur Fütterungszeit hier lebhafter zu. Da gibt es auch Edelfrüchte, wie Bananen und Ananas und ist ja auch das einzige, das an urwäldliche Heimat erinnert. Denn die Freiheit, das kostbarste Gut auch eines Tieres, fehlt hier; das dürfte auch mit ein Grund für das rasche Sterben des Weibchens gewesen sein. Diese Tatsache und der hohe Wert der Tiere haben es jedenfalls der Gartenverwaltung ratsam erscheinen lassen, diese Tiere hoch versichern zu lassen. Indessen hat der Breslauer Gelegenheit, sich nun diesen zottigen Affenriesen näher anzuschauen, und wer dieser Schaulust ein besonderes Opfer bringen will, spende großmütig eine Banane, die von den Orangs sorgsam geschält und mit besonderem Behagen verspeist wird.

Sonderzüge anläßlich des Maschinenmarktes.

Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Breslau teilt mit: Anläßlich des Landwirtschaftlichen Maschinenmarktes in Breslau verkehren in den Nächten vom 10. zum 11. Mai und vom 11. zum 12. Mai je ein Sonderzug von Breslau Hbf. (ab 23,45) nach Schweidnitz (an 1,50) mit Anschlußzug von Koberwitz (ab 0,50) nach Gnadenfrei (an 2,05), und außerdem am 11. und 12. Mai ein Sonderzug von Gnadenfrei (ab 5,15) nach Breslau Hbf. (an 7,30) mit Halt auf allen Zwischenstationen. Näheres ist aus den Bahnhofsaushängen ersichtlich.

Achtung, Fernsprechteilnehmer!

Zur Inbetriebnahme des Selbstanschlußamtes Mitte, Sonntag, den 13. Mai, werden sämtliche Ring- und Ohle-Teilnehmer in der Nacht vom 12. bis 13. Mai auf dieses Amt umgeschaltet. Mit den Arbeiten muß, damit die Umschaltung rechtzeitig beendet werden kann, etwa um 21 Uhr begonnen werden. Hierbei läßt es sich nicht vermeiden, daß die Verbindungsleitungen vorübergehend unterbrochen werden. Sollten Sonntag vormittag noch Störungen bestehen, so wäre die Störungsstelle telephonisch nach Wählen der einzelnen Ziffer 7 oder mündlich im Zimmer A 218 des Fernsprechamtes, Weiße Ohle 6, I, zu benachrichtigen.

Sollte bei einer Sprechstelle die Nummernscheibe noch festgebunden sein, so ist der Faden zu durchschneiden. Die bei Nebenstellenanlagen der früheren Ohleanschlüsse eingebauten besonderen Umschalter sind Sonntag, den 13. Mai, früh, auf die andere Seite umzulegen.

Auf die genaue Beachtung der Bedienungsanweisung für die Selbstanschluß-Apparate wird nochmals hingewiesen.

Jeder Genosse! Jede Genossin!

gehe Sonnabend, 7 Uhr abends, nach dem Distriktslokal und hole sich einige

Wählerzeitungen

zur Verbreitung am Sonntag.

Genossen! Wenn sich recht viele Helfer einfinden, entfallen auf den einzelnen nur ganz wenig Häuser und ihr seid in kurzer Zeit mit der Arbeit fertig.

Auf! An die Arbeit!

Verteilungslokale werden Freitag veröffentlicht!

Aus dem Scheitniger Park.

Der Wasserfall und daran anschließend die lauschigen kleinen Wasserläufe im Japanischen Garten werden in diesem Sommer stundenweise wieder in Tätigkeit gesetzt, und zwar bei gutem Wetter an Wochentagen von 4 bis 6 Uhr nachmittags, an Sonntagen von 10½ bis 11½ Uhr vormittags und von 4 bis 6 Uhr nachmittags.

Sonntagsfahrkarten Breslau—Liegnitz.

Vom Schlesischen Verkehrsverbande wird uns geschrieben: Auf unsere wiederholten Vorstellungen hat sich die Reichsbahndirektion Breslau nun entschlossen, vom 15. Mai ab Sonntagsrückfahrkarten von Breslau nach Liegnitz versuchsweise auszugeben. Dadurch wird der Bevölkerung von Breslau ein vollkommen neues Gebiet erschlossen. Sehr lohnend ist schon der Besuch der alten Piastenstadt Liegnitz und ihrer Sehenswürdigkeiten (Piastenschloß, Barockbauten und der schönen Gartenanlagen); außerdem bieten sich noch viele Möglichkeiten zu Wanderungen.

Wir bitten die Breslauer Bevölkerung, von dieser Neueinrichtung recht regen Gebrauch zu machen, damit die Sonntagsfahrkarten dauernd beibehalten werden.

Am 20. Mai

vereinigen sich die Stimmen der Wähler, die für die

Sozialdemokratie

abgegeben werden und den Bürgerblock zerschlagen wollen, auf die

Liste Nr. 1

Wohin am Sonntag?

Der Lenz ist da! Mit Blütenpracht und Maiengrün.
Komm, Bruder — flieh der Mauern dumpfe Enge
Laß uns die duft'gen Auen wanderfroh durchziehn!

Frühling ist wieder im Land! Man merkt es an allen Ecken und Enden. Bäume und Sträucher haben ein lichtgrünes Gewand oder prangen im Schmuck eines duftigen Blütenkleides. Auch die gefiederten Sänger finden sich in immer stärker werdender Zahl ein und lassen aus den wenigen Anlagen und Gärten unserer Großstadt ihren fröhlichen Gruß an den Lenz in den dämmernden Morgen in wechselnden Stimmen den kleinen Kehlen entströmen, um den ersten Sonnenstrahl schmetternd zu begrüßen. Bald ist alles in den hellen, wärmenden Schein getaucht.

Selbst das sorgenvolle Gesicht des Proletariers, durch vermehrte Ausgaben, vergrößerte Arbeitslosigkeit und das ungastliche Wesen des Winters verbittert, wird wieder hoffnungsfreudiger. Das Grünen und Blühen läßt auch in ihm einen Hoffnungsschimmer und Freude erwachsen. Wer einen Schrebergarten hat, tummelt sich im Drange nach Betätigung. Bald wird der bisherige magere Küchenzettel einige Abwechselung erhalten.

Und Sonntag! — Ja, da zieht es wohl jeden hinaus — etwas weiter weg von den Mauern der Steinwüste Großstadt mit ihren wenigen grünen Oasen. „In die Mailuft" gehen Vater und Mutter mit den jüngeren Kindern — raus nach Oswitz, Pirscham oder einem anderen Ort ihrer Freude. Manchmal genügt auch der Oderstrand. Schnitten oder Semmeln und so Einiges dazu — wo's langt — werden mitgenommen, etwas Kaffee und Tee auch — und warum soll's denn nicht auch einmal auf den Besuch eines Gartenlokales reichen? Die schulentlassene Jugend und die naturliebenden Erwachsenen ziehts zu Fuß oder per Bahn hinaus — Wandern und Schauen —, um abends mit leuchtenden Augen, erfrischtem Körper und neubelebten Nerven von froher Wanderfahrt heimzukehren. Bald kommt Pfingsten und dann nahen die mehr oder minder langen Ferientage. Pläne werden geschmiedet, doch meist macht der Geldbeutel einen Strich durch die Träume.

Um nun allen organisierten Klassengenossen wieder billige und schöne Wanderungen zu bieten, werden wir nach der Wahl wieder unsere Touren veröffentlichen. Aber noch etwas mehr wollen wir. Die jetzt wieder jeden Donnerstag geöffnete Reise- und Wander-Auskunftsstelle im Gewerkschaftshaus-Restaurant soll für Ferienreisen, mehrtägige Ausflüge usw. Auskunft geben, auch über billige Uebernachtungsmöglichkeiten und die Grenzüberschreitungsbestimmungen. Billige, geeignete Wanderkarten, Jugendherbergsverzeichnisse und andere Hilfsmittel werden ausliegen.

Wir hoffen, nun unsere Einrichtung als sehr nötig durch regen Besuch belohnt zu wissen.

Nun, auf zu rechtem, frohen Wandern! Berg frei!

Touristen-Verein „Die Naturfreunde",
Ortsgruppe Breslau, E. V.

Heute Donnerstag, 5 u. 8 Uhr:

2 Großfilme

Feme

[illegible]

Rivalen 2402

der größte amerikanische Antikriegsfilm

in den

Gewerkschaftshaus-Lichtspielen.

Für Jugend verboten

Erwerbslose, Streikende und Invaliden mit Ausweis, bis 5 Uhr 25 Pf.
Andere Besucher mit Ausweis 50 Pf., ohne Ausweis 70 Pf.
Zeigen Sie an der Kasse Ihren [illegible] vor!

Arbeiter-Sport-Kartell E. V.

Die Invaliditätsversicherung kennt keine Berufsinvalidität.

Ein früherer Zimmermann hatte im Jahre 1926 den Antrag auf Gewährung der Invalidenrente gestellt. Er wurde abgewiesen, weil er noch nicht invalide sei. Auf seine gegen die Abweisung eingelegte Berufung wurde Krankenhausbeobachtung empfohlen. Der ihn behandelnde Arzt erklärte ihn auch nicht für invalide; zu leichten Arbeiten sei er noch fähig. Auf Grund dieses Gutachtens mußte auch das Oberversicherungsamt zur Abweisung der Berufung kommen. Der vom Antragsteller vorgebrachte Einwand, daß er als Zimmermann keine leichte häusliche Arbeiten machen könne, sei hinfällig; denn Berufsinvalidität gibt es nur in der Angestellten-, aber nicht in der Invalidenversicherung. Der Kläger solle aber weiter Invalidenmarken kleben, damit er nicht seiner Rechte verlustig gehe.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele.

„Feme". Der Film gehört zu den wenigen, die ein Stück Zeitgeschichte in besonders naturgetreuer Aufmachung wiedergeben. Eine jener machthungrigen, feigen Existenzen, die ehrlicher Arbeit in weitem Bogen aus dem Wege gehen, Offizierstyp, sammelt in einer Kampfgemeinschaft „Treue" halbwüsige Burschen um sich, die er gegen einen Minister, als den Urheber der Not ehemals begüterter Menschen hetzt. Unter seinen Getreuen befindet sich der Sohn einer verarmten Bürgerfamilie, den er von einem seiner Dämchen zur befreienden Tat, dem Ministermord hetzen läßt, während er selbst nur darauf bedacht ist, sein Alibi zu sichern. Von Ort zu Ort gehetzt findet der betörte jugendliche Mörder schließlich in einer Irrenanstalt eine Beschäftigung, aber auch hier muß er bald wieder vor der Polizei flüchten, die einen bei seiner Flucht ebenfalls entspringenden Insassen der Anstalt niederschießt und glaubt, die ruchlose Tat gesühnt zu haben. Der Mörder selbst entkommt. Verletzt wird er zurückgebracht in die Anstalt, wo er von dem Arzt, der ein Freund des ermordeten Ministers war, gesund gepflegt, gleichzeitig aber auch von den ihm eingeredeten Wahnideen geheilt wird. Die Erkenntnis, daß seine Dummheit, seine Unwissenheit und sein Idealismus mißbraucht worden sind, kommt ihm ganz klar zum Bewußtsein, als er mit dem Mordhetzer zusammentrifft, der inzwischen seine Wünsche und Pläne durchgesetzt hat und sich in Amt und Würden befindet. Der Film hat einen unmöglichen Schluß, aber auch dieser entspricht ganz der Wirklichkeit; denn die Urheber solcher Verbrechen brauchen sich ja in unserer Zeit auch nicht zu verantworten. — Eine unerquickliche Vermischung von Krieg und Liebe entrollt der zweite Film „Rivalen". Ein echter Amerikanerfilm, der der Filmproduktion jenseits des Wassers alle Ehre macht, weil er aufzeigt, wie man ein bißchen Pazifismus mit allem möglichen Kitsch verkleistert, nur um den Kassenerfolg zu sichern. Sehenswert sind nur einzelne Szenen aus dem grauenhaften Massenmord des letzten Weltkrieges. — Bilder vom Ozeanflug vervollständigen das zum Besuch zu empfehlende Programm.

Die Berliner Pelzdiebe vor Gericht.

Am Mittwoch verhandelte das Große Schöffengericht gegen die Berliner Einbrecher, die im Dezember vorigen Jahres in Breslau zwei große Einbruchsdiebstähle verübt hatten. Wie noch erinnerlich sein dürfte, war in der Nacht zum 16. Dezember v. J. in dem Pelzwarengeschäft von Golombek & Co. auf der Gartenstraße 34 eingebrochen und daraus für über 15 000 Mark Pelze, Felle, Futterseide gestohlen worden. Der Einbruch war in der Weise verübt worden, daß die Diebe mittels Nachschlüssels in das Haus und in die über dem Geschäft liegenden Räume gelangt waren, und von dort durch den Fußboden in das Geschäft. Der eine der Einbrecher hatte sich an dem Strick über fünf Meter tief hinabgelassen und an dem Seil dann die Beute zum Hinaufziehen befestigt. Der Diebstahl war nicht bemerkt worden, so daß die Diebe unbehelligt mit ihrer wertvollen Beute nach Berlin gelangen konnten. Schwieriger als das Stehlen war der Absatz des wertvollen Diebesgutes. Wegen seines hohen Wertes mußte es in einzelnen Stücken angeboten werden und so kam nach wenigen Tagen die Polizei auf die Spur der Täter. Es waren dies der 35 Jahre alte Brauer Stephan Brodniewicz und der 41 Jahre alte Sattler Franz Wilkowski. Br. konnte bald in Berlin verhaftet werden, während W. auf der Fahrt nach Liegnitz festgenommen wurde, da durch Funkspruch auf ihn aufmerksam gemacht worden war. Ein Teil des wertvollen Diebesgutes konnte noch beschlagnahmt werden. Bereits in der Nacht zum 30. November v. J. war in genau derselben Weise in das Strumpfwarengeschäft von Wilhelm auf der Junkernstraße 21 eingebrochen und große Mengen Strümpfe gestohlen worden. Die angestellten Ermittlungen ergaben, daß Brodniewicz und Wilkowski auch hier die Täter waren. Br. war aus dem Zuchthause in Brandenburg ausgebrochen und hatte sich mit seinem Freunde W. in Liegnitz in Verbindung gesetzt, daß sie nach Breslau fahren wollten, um etwas zu verdienen. Jetzt vor Gericht waren die beiden Angeklagten geständig. Auch die gestohlenen Strümpfe hatten sie nach Berlin gebracht und bald verkauft. Mitangeklagt war der Bruder des Stephan Br., Boleslaus Brodniewicz-Berlin, der sich dadurch der Begünstigung schuldig gemacht hatte, daß er die gestohlenen Sachen in seiner Wohnung aufhob. Der Schmied Stanislaus Sobaczek hat sich dadurch der Hehlerei schuldig gemacht, daß er beim Absatz der Pelze mitwirkte. Frau Sophie Czekalska hatte den beiden Einbrechern ein Zimmer für einen Teil der gestohlenen Waren zur Verfügung gestellt. Bei ihr waren die Sachen auch umgepackt worden. Für ihre Gefälligkeit hatte sie den besten Pelzmantel als Geschenk erhalten. Sie hat sich dadurch der Hehlerei schuldig gemacht. Zu der Verhandlung waren außer den Breslauer Kriminalbeamten auch drei Berliner Kriminalbeamte als Zeugen erschienen. Brodniewicz und Wilkowski sind schwer vorbestraft. Sie befinden sich im Rückfalle. Der Anstifter zu den Diebstählen war Brodniewicz. Der medizinische Sachverständige bezeichnete ihn als einen wenig gefestigten, hemmungslosen Menschen. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn vier Jahre Zuchthaus, gegen Wilkowski drei Jahre Zuchthaus. Das Gericht erkannte gegen Stephan Brodniewicz auf drei Jahre Zuchthaus, gegen Wilkowski auf zweieinhalb Jahre Zuchthaus. Gegen jeden wurden auch auf fünf Jahre Ehrverlust erkannt und jedem vier Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet. Sobaczek erhielt neun Monate, Boleslaus Brodniewicz sechs Monate und Frau Czekalska drei Monate Gefängnis.

Der „Reichsbaubund" vor Gericht.

Die Verhandlungen gegen Ninnemann und Appelt schreiten nur langsam vorwärts, da die beiden Angeklagten wiederholt neue Anträge sowohl auf Ladung neuer Sachverständiger, als auch andere Beweisanträge stellen. Das Gericht beschloß jetzt, zu den beiden Sachverständigen, die dem Prozeß beiwohnen und die Privatunternehmer sind, nun auch einen Bausachverständigen einer Siedlungsgesellschaft zu laden, und zwar den Direktor der Siedlungsgesellschaft Breslau A.-G., Piecha. Dieser hat u. a. auch die Eichbornsiedlung geleitet. Sonst ergibt die Zeugenvernehmung immer dasselbe Bild. Einige traten von ihrer Mitgliedschaft zurück, andere fühlen sich durch Abnahme einer größeren Anzahl von Anteilscheinen geschädigt, wieder andere hatten auch bereits den sogenannten Anrechtserwerb mit Einzahlung von 200 Mark erworben. Aber auch mit privaten Bauunternehmern stand der „Reichsbaubund" in Verhandlungen. So mit dem Architekten und Maurermeister Wahl, der Siedlungshäuser für Eisenbahner bauen wollte, und sich zwecks Beschaffung von Zwischenkrediten an den „Reichsbaubund" gewandt hatte. Alle von den Angeklagten begonnenen Projekte und Pläne wurden dann durch ihre Verhaftung zum Stillstand gebracht. Beide Angeklagten behaupten auch jetzt noch, daß sie völlig davon überzeugt seien, daß sich alles hätte verwirklichen lassen.

Pfingsten

Herren-Anzüge aus modern gemustert. Cheviot und Kammgarn, 2- und 1 reihig **54.—, 48.50, 38.—** 28⁰⁰

Herren-Anzüge aus fein gemust. Kammgarn, z. T. reinwoll. Qualit., oder Cheviot mit Überkaro, 2- und 1 reihig . . . **99.—, 89.—, 79.—** 68⁰⁰

Blaue Anzüge aus reinwollenem Kammgarn und Melton, 2 reihige Form **99.—, 84.—, 68.—, 49.50** 36⁰⁰

Sport-Anzüge mit 2 Hosen, fesche engl. Muster, auch in Cord- und Whipcord-Stoffen **98.—, 78.—, 65.—** 49⁵⁰

Sommer-Ulster aus mod. gemust. Cheviot- und Gabardinestoffen, z. T. auf Kunstseide **85.- 69.50, 59.-, 49.50, 36.-** 29⁵⁰

Covercoat-Paletots ganz auf Satinella, zum Teil auf Kunstseide **89.-, 69.50, 58.-, 49.50** 39⁵⁰

Gestreifte Hosen in modernen Streifen **19.75, 16.50, 12.-, 8.75, 5.95** 3⁹⁵

Knickerbocker und Breeches in einer Riesenauswahl **19.75, 16.50, 14.50, 12.75, 9.75, 7.95, 5.95** 4⁹⁵

Sommer-Kleider aus Bast, Voile-Georgette, Waschseide u. Wollmousseline, m. kurz. u. lang. Arm, in den neuest. Farbstell. u. Formen **35.—, 29.75, 24.50, 19.50** 14⁷⁵

Seiden-Kleider aus Velouttine und Crêpe de Chine, mit kurzem u. langem Arm, entzückende Neuheiten, in den apartesten Farbstellungen . **69.—, 55.—, 42.—** 39⁵⁰

Frühjahrs-Mäntel aus neuartigen englischen Stoffen, jugendl. fesche Formen . **59.—, 48.—, 38.—** 28⁵⁰

Übergangs-Mäntel aus Herrenstoffen, flotte Gürtelformen in erstklassiger Verarbeitung **42.—, 39.75, 33.—** 29⁷⁵

Sommer-Mäntel aus Covercoat, prima Qualität, ganz auf Seide, herrenmäßige Verarbeitung **78.—, 65.—, 59.—** 35⁰⁰

Kammgarn-Mäntel pa. Qualitäten, ¾ auf Seide, in tadelloser Ausführ., auch in größten Weiten **88.—, 72.—, 69.—** 58⁰⁰

Frühjahrs-Kostüme aus Kammgarn, Covercoat u. Kasha, flotte Gürtelformen, in gewählten Dessins u. apart. Verarbeitung **98.- 85.-, 78.-, 69.-, 59.-, 47.50** 39⁵⁰

Elegante Modellware Kleider, Mäntel und Kostüme, in größter Auswahl in unserem Salon.

Sonntag von 1½ - 6 Uhr geöffnet

Noch deutlicher als die vorstehenden Preisbeispiele bezeugen die angebotenen Waren selbst die enorme Billigkeit. Bei einem Besuche sehen Sie auf den ersten Blick, daß es sich um gute Qualitäten handelt. Also Warengüte und Billigkeit vereint! Das ist's, was Ihren Einkauf lohnend macht!

Besichtigen Sie unsere Schaufenster!

Rudolf Petersdorff

BRESLAU · OHLAUERSTRASSE · SCHUHBRÜCKE

Kleine Breslauer Nachrichten.

Arbeitsgericht.

Fristlose Entlassung oder freiwillige Lösung des Arbeitsverhältnisses.

Die Kontoristin S. wurde angeblich ohne berechtigten Grund fristlos entlassen. Darauf Klage vor dem Arbeitsgericht, um das Gehalt bis zum Ablauf der Kündigungsfrist in Höhe von 84 Mark. Da inzwischen 60 Mark von der Firma gezahlt worden waren, lautete die Klagesumme in der Verhandlung nur noch auf 24 Mark. Die Firma weigerte sich zu zahlen, da nicht sie, sondern die Beschäftigte das Arbeitsverhältnis ohne Kündigung gelöst habe. Das wurde natürlich bestritten. In einer weiteren Beweisaufnahme, zu der sechs Zeugen geladen sind, soll der Fall geklärt und entschieden werden.

Die Formulierung des Zeugnisses: „war bemüht gewesen".

Ein Angestellter einer hiesigen Firma war mit der Ausstellung seines Zeugnisses nicht recht zufrieden; vor allem machte ihm der Ausdruck „bemüht gewesen" einige Kopfschmerzen. Da er aber glaubte, seine Leistungen „zur Zufriedenheit" erledigt zu haben, klagte er auf Aenderung des in Frage kommenden Passus und vertrat vor Gericht die Ansicht, daß das Zeugnis in dieser Form eine gewisse Maßregelung seiner Person beabsichtige. Da er aber den Beweis, daß ihm bewußt ein wahrheitswidriges Zeugnis ausgestellt wurde, nicht erbringen konnte, das Gericht aber nicht in der Lage ist, ein subjektives Urteil abzuändern, mußte es diese Klage abweisen.

„Gewissenhaft, kinderlieb und ehrlich."

Auch eine Kinderpflegerin war unzufrieden mit dem Zeugnis, das ihr ihre letzte Dienstherrin auf ihren weiteren Lebensweg mitgab. Es war ihr viel zu allgemein gehalten, sie aber glaubte unbedingt Anrecht auf das Zeugnis „gewissenhaft, kinderlieb und ehrlich" zu haben. Also ging auch sie vor das Arbeitsgericht. Hier konnte zunächst nur festgestellt werden, daß sie ehrlich in ihrem Dienste gewesen war, also auch Anspruch hat, dies im Zeugnis vermerkt zu verlangen. Ueber „kinderliebes" Verhalten zu entscheiden, hielt sich das Gericht nicht für befugt, da dies einer rein subjektiven Auffassung entspricht. Und das „Gewissenhaft" macht noch eine weitergehende gewissenhafte Beweisführung notwendig, die eine nochmalige Verhandlung bedingt.

Vier Tage in Dresden.

Anläßlich der Eröffnung der Jahresschau „Die Technische Stadt" veranstaltet der Dresdener Verkehrsverein eine billige Gesellschaftsfahrt nach Dresden und der Sächsischen Schweiz am Himmelfahrtstage, den 17. Mai. Das Programm sieht den Besuch der Jahresschau, eine Autorundfahrt durch Dresden, den Besuch der Museen und Sehenswürdigkiten und einen Tagesausflug nach der Sächsischen Schweiz vor. Der Preis beträgt 65 Mark einschließlich Fahrt 3. Klasse, Schnellzug, Unterkunft, Verpflegung und aller im Programm vorgesehenen Veranstaltungen. Umgehende Anmeldungen beim Verkehrsverein Breslau im Hauptbahnhof, Verkehrshalle.

---

* **Verein der Ehrenbeamten der Stadt Breslau.** Die nächste Monatsversammlung findet am Montag, den 14. Mai, im Vereinslokal, Kaufmannsheim, Schuhbrücke 50/51, statt. Gäste willkommen.

* **Reichsbund der Kinderreichen, Siedlung Pöpelwitz.** Die nächste Monatsversammlung am Sonnabend, den 12. Mai, abends 8 Uhr, bei Reichert, Klein-Gandau, ist mit der Ehrung der Mutter verbunden, und es wird gebeten, erwachsene Kinder mitzubringen.

* **Im Zoologischen Garten** sind sechs junge Braunbären angekommen, die von einer Tierhandlung gekauft wurden. Sie bekommen die Milchflasche und zwar um ½9 Uhr, um 1 Uhr und abends um 6 Uhr.

* **Liebichtheater.** Heute, 20 Uhr, das große Messe-Varieté-Programm mit elf internationalen Attraktionen, u. a. dem sensationellen „Lebenden Gespenst", des Ultranfit-Strahlenerfinders Prof. Rewu und Spitzenleistungen neuester Akrobatik.

* **Zur Sonntagsnachmittagsvorstellung im Schauspielhause** sind Billetts zum Preise von 1,50 und 2 Mark im Parteisekretariat, Zimmer 36, zu haben.

* **Betrügerischer Wohnungsvermittler.** Personen, die mit dem Wohnungsbüro C. Theinert, hier, wegen Beschaffung von Leerzimmern in Verbindung gestanden haben, werden ersucht, sich umgehend in der Betrugsdienststelle, Schuhbrücke 27, Zimmer 7, zu melden.

* **Die Tugendprinzessin im Liebich-Theater.** Elly Hoffmann, zur Zeit die beliebteste Berliner Soubrette, die seinerzeit auf Veranlassung von Emmerich Kalman in seiner Operette „Gräfin Mariza" das für sie eingelegte Lied, den bekannten Kalman-Schlager: „Komm mit nach Varaschin" kreierte, hat ihre sämtlichen Gastspiele und Filmverpflichtungen gelöst, um auch bei den Breslauer Aufführungen von Zorligs „Tugendprinzessin" im Liebich-Theater ihre Glanzrolle die Nichte des Rechtsanwalts Hanielmann (Martin Kettner) darzustellen, die sie mit sensationellem Erfolg in Berlin, Hamburg, Dresden, Leipzig, kurz auf dem Siegeszug der Operette „Die Tugendprinzessin" durch ganz Deutschland, verkörpert hat.

* **Schlesische Philharmonie.** Das erste Sinfonie-Konzert der Schlesischen Philharmonie (120 Musiker) findet am kommenden Sonntag, den 13. Mai, vormittags 11,30 Uhr, im großen Saale des Breslauer Konzerthauses statt. Als Gastdirigent wurde Generalmusikdirektor Erich Kleiber von der Staatsoper Berlin gewonnen, der bereits in Breslau eingetroffen ist und mit den Proben begonnen hat. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß der Vorverkauf nur bei den hiesigen Konzertdirektionen stattfindet, und zwar die rechte Seite des Saales bei Hainauer, die linke Seite bei Hoppe.

* **Diebische Untermieter** wurden gestern in der Person einer geschiedenen Kaufmannsfrau und ihrer Tochter festgenommen, die, wie sich bei der Festnahme herausstellte, noch allerhand andere Betrügereien auf dem Kerbholz haben. Die Tochter, eine 22jährige Volontärin, wohnte bei einer Frau in der Elbingstraße und hatte ihre Mutter ebenfalls zu sich genommen, der es früher besser gegangen sein soll. Als sich die Vermieterin vorgestern die rückständige Miete einforderte und ihr ein mit dem Namen des geschiedenen Mannes unterschriebener Wechsel ausgehändigt wurde, schöpfte sie Verdacht, stellte ihre Untermieterin zur Rede, und dabei bemerkte sie, daß ihre Betten aus dem Zimmer verschwunden waren. Nunmehr erstattete sie Anzeige, und als sich die Polizei mit den beiden Frauen näher beschäftigte, wurden 37 Pfandscheine über versetzte Betten, Kleider- und Wäschestücke bei ihnen vorgefunden. Es handelt sich um Sachen, die von Mutter und Tochter in allen Stadtteilen auf Abschlagszahlung gekauft und sofort versetzt wurden. Ueber den Umfang der Betrügereien werden zurzeit erst Ermittelungen angestellt. Die beiden Frauen wurden in Haft genommen.

* **Das Anhängen an Lastautos** hatte gestern wieder einen Unglücksfall zur Folge. Der Maurerlehrling Walter Pohl aus Deutsch-Lissa, der am Nachmittag mit dem Fahrrade aus Breslau nach Hause fuhr, hatte sich an einem Lastkraftwagen festgehalten und fuhr mit. Dabei stürzte er und wurde überfahren, ohne daß der Chauffeur von dem Unglücksfall etwas bemerkte. Der Verunglückte wurde später von einem Auto aufgefunden und zu einem Arzt in der Frankfurter Straße gebracht, der eine Gehirnerschütterung feststellte und den Verunglückten dem Allerheiligenhospital überwies.

* **Mit einem Straßenbahnzug zusammengestoßen** ist am Mittwoch abend an der Ecke Friedrich-Karl- und Friedrich-Wilhelm-Straße der radfahrende Hausdiener Fritz Scholz, Krischkestraße 4 wohnhaft. Er schlug heftig auf das Straßenpflaster auf und erlitt eine Gehirnerschütterung. Mit einem Krankenwagen der Feuerwehr mußte der Verunglückte in das Allerheiligenhospital geschafft werden.

* **Von einer herunterstürzenden Blumenvase** wurde vorgestern abend vor dem Grundstück Westendstraße 29 der im gleichen Hause wohnende Arbeiter Paul Strack schwer am Kopfe verletzt. Die Vase war durch eine Unachtsamkeit aus einem Fenster des vierten Stockwerkes heruntergefallen und schlug ihm mit voller Wucht auf den Kopf, so daß sie sofort zersplitterte.

Arbeiter-Sport

Freie Turnerschaft 3. und 4. Männer- und Jugend-Abteilung und Opperau. Sonntag, den 13. Mai, vormittags 8 Uhr, Anturnen obengenannter Vereine in Klettendorf. Abmarsch für die 4. Abteilung 7 Uhr Hochstraße.

Verhandlungsausschuß. Ladung für den 14. Mai. Folgende Sportgenossen sind geladen: 20 Uhr: In Sachen B.B.C. Vorwärts gegen 1921 (Einspruch). Dazu Vereinsvertreter sowie Schiedsrichter Engel (Süd). Zeugen stellen die Vereine. — 20,15 Uhr: Zottwitz. Dazu Vereinsvertreter. — 20,30 Uhr: Süd und West. Dazu beide Vereinsvertreter. — 20,45 Uhr: Oswitz. Dazu Vereinsvertreter. — 21 Uhr: Union. Dazu Jugendspieler Schubert sowie Schiedsrichter Karl Neumann. — 21,15 Uhr: Süd-Ost, B.f.R. und B.B.C. Vorwärts. Vereinsvertreter und Grzmehle, Fr. Sportfr.

Fußball-Serienspiele für 13. Mai: 17,00 Uhr: Vorwärts I gegen Tasmania I; Ewald. — 15,00 Uhr: Vorwärts II — Tasmania II; Sennek. — 10,00 Uhr, Silesia-Kickers 1. Jgd. gegen Oswitz 1. Jgd.; Tränkel; sämtlich im Stadion. — Gesellschaftsspiel. 8,45 Uhr: West 1. Jgd. — F.S.B. 1. Jgd.; Eichenpark; Eichner.

Fußballsparte. Gruppenspielausschuß. Sämtliche Spiele gegen Canth I fallen bis auf Widerruf aus. Für Städtemannschaft am Himmelfahrtstag sind folgende Sportgenossen bestimmt: Klanie (Wecker); Winkler (B.f.L.), Kleinert (F.S.B.); Gnieser (West). Kahrig (Stern) Hampel (Union); Jurek (Sturm), Knothe (Wacker). Binner (B.f.L.). Freund. Hammerberg (Union). Ersatz: Schelauske (Einigkeit). Marganus (Stern). Seider (B.f.L.). An diesem Tage herrscht Spielverbot ab 12 Uhr. Am 20. Mai ist für den ganzen Tag Spielverbot.

B.S.B. Oswitz. Freitag, den 11. Mai: Mitgliedervollversammlung. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen ist Pflicht.

B.S.C. 1924. Der Sportgenosse Walter Hanke wird hierdurch wegen vereinsschädigendem Verhalten ausgeschlossen.

B.S.C. Adler Leipe. Der Verein führt von jetzt ab obigen Namen. 1. Vorsitzender Max Rademacher, Leipe bei Breslau.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität", Gau 8, Bezirk 1. Zu dem am Sonntag, den 13. Mai, stattfindenden Gautag in Breslau im Gewerkschaftshaus werden Sternstafetten gesandt. Ortsgruppen, die an der Strecke der zu passierenden Stafette liegen, müssen sich beteiligen.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Breslau. Freitag, den 11. Mai, abends 8 Uhr, in Stanneks Lokal Neudorfstraße 99: Oeffentliche Radfahrer-Versammlung. — **4. Abteilung.** Donnerstag, den 10. Mai: Abendtour nach der Schwedenschanze. Start 6½ Uhr abends am Waterlooplatz. — **2. Abteilung.** Freitag, den 11. Mai, abends 8 Uhr: Vereinsabend bei Klanie, Hochstraße 7.

Schwimm-Verein Poseidon. Spielmannszug. Donnerstag, 19 Uhr, im Poseidonbade gemeinsames Ueben. Vollzähliges Erscheinen ist notwendig.

Naturfreunde-Jugend. Freitag den 11. Mai, im Photoheim, Messergasse: Funktionärsitzung.

Arbeiter-Esperanto-Gruppe. Freitag, den 11. Mai, abends ½8 Uhr, im Gruppenlokal bei Kotber, „Obergarten", Matthiasstraße 35, beginnt ein neuer Anfängerkursus. Interessenten melden sich daselbst bei Genossen Seidel. Für alle Oppeln-Fahrer am Freitag letzte Meldung. Anmeldungen für den Kursusleiter-Kursus können noch abgegeben werden. Kein Mitglied versäume seine Wahlarbeit zu leisten!

Freie Menschen. Gymnastikkursus morgen in der Gewerbeschule, Gartenstraße 27/29.

Parteigenossen! Arbeitereltern!

Eure Kinder gehören in die

Sozialistische Arbeiterjugend.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:

Gewerkschaftshaus, Zimmer 36

Telefon: Ohle 5652

Parteigenossen! Gewerkschafter im Süden und Gräbschen!

Antreten zur Demonstration heute abend 7 Uhr am Zirkus Busch zur Demonstration.

Abteilung Nikolaitor (Distrikte 6, 7, 8, 10, 11, 12, 13, 14, 15). Alle Distrikte sorgen dafür, daß jeden Abend ein Genosse beim Genossen Marschallek, Friedrich-Wilhelm-Straße 78, anwesend ist. Pünktliches Erscheinen um 7 Uhr ist notwendig. Antreten heute abend 6,45 Uhr vor dem Zentralballsaal. Die Fahnen sind mitzubringen. — Distriktsführer und Frauenleiterinnen! Nach Schluß der Versammlung Zusammenkunft bei Graf, Westendstr.

Distrikt 12. Die Wahlhelferversammlung findet heute abend nicht statt, sondern erst am Sonnabend.

Distrikt 17. Montag, den 14. Mai, Distrikts- und Wahlhelfer-Versammlung. Jeder Genosse und jede Genossin muß erscheinen.

Distrikt 25. Alle Wahlhelfer erscheinen am Sonnabend, 20 Uhr, bei Lamert zu einer wichtigen Besprechung.

Distrikt 35 (Gräbschen). Heute Donnerstag, abends 6 Uhr, wichtige Zusammenkunft aller Wahlhelfer im „Jägerhof". **Niemand darf fehlen.**

Jungsozialisten.

Arbeitsausschuß. Heute 19,30 Uhr bei Bräuer.

Hoppla, wir wählen! Die Spieler von „Bürgerblocks Hochzeit" und „Bürgerblocks Krach" sowie die Chorspieler sind um 19 Uhr bei Bräuer, Gabitzstr.

Die Jungsozialistischen Arbeitsgemeinschaften fallen Freitag aus. Benachrichtigt die Schulwarts.

Sozialistische Jungordner.

Abteilung Ost-Süd (Liebknecht). Alle Genossen beachten die Bekanntmachungen der Partei, Abteilung Ohlauer Tor. Sämtliche Radfahrer beteiligen sich an den Propagandafahrten der SPD., Abteilung Ohlauer Tor, Arbeitsziel sind Sonnabend früh um 10 Uhr bei Görlich, Löschstraße 13.

Sozialistische Arbeiterjugend.

Heim 4. Wahlarbeit! Wir beteiligen uns diese Woche restlos an der Flugblattverbreitung und stellen uns den uns zuständigen Distrikten zur Verfügung. Alle Mann müssen sich daran beteiligen.

Von den Arbeiterkinderfreunden.

Achtung, Helfer! In der Helfersitzung heute abend beginnen wir mit der Arbeitsgemeinschaft „Natur und Kind", die Genosse Professor Winkler leitet. Außerdem Besprechung der Wahlfahrt. Keiner versäumt deshalb die Sitzung.

Vereinskalender.

Achtung, Metallarbeiter und -Arbeiterinnen! Heute, 20 Uhr, geht alles in die Zentralballsäle, Westendstraße, zum Vortrag der Genossin Toni Sender.

Amtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten).

Die kalten, vom Norden des Erdteils stammenden Luftmassen haben nunmehr ganz Mitteleuropa überflutet und allenthalben zu empfindlichem Temperaturrückgang geführt. Die Mittelmeerstörung 24 M hat auf ihrer Bahn über Ungarn und Polen auch im Südosten Schlesiens stärkere Niederschläge hervorgerufen, während es sonst bei Einbruch der Polarluft noch zu Gewitterschauern kam. Die kühle, etwas unbeständige Witterung hält zunächst noch an.

Aussichten für das schlesische Flachland und die schlesischen Mittelgebirge:

Bei böigem nordwestlichem bis westlichem Winde wechselnd bewölkt, noch einzelne Schauer, sehr kühl, Nachtfrostgefahr.

Aussichten für die schlesischen Hochgebirge.

Starker, böiger Nordwest, wechselnd bewölkt, Schneeschauer, zunehmender Frost.

Datum 10. 5. 28	Temperatur			Wetter	Wind	Niederschlag	Schneehöhe
	heut früh	Maxim.	Min. seit 24 Stunden			mm	cm
Grünberg ...	1	13	2	Schnee	W 4	9,0	
Görlitz	8	9	1	bedeckt	W 4	8,1	
Liegnitz	4	10	2	bewölkt	W 6	0,5	
Bad Flinsberg	1	7	1		W 4	8,0	
Heufuderbaude	−2	4	2	bedeckt	NW 8	6,8	
Oberschreiberhau	1	5	1	heiter	SW 2	3,0	
N. Schles. Baude							
Reifträgerbaude							
Schneekoppe ...	−10	3	−10	Schnee	W 8	1,3	7
Neumarkt......	4	10	2	bewölkt	WSW 3		
Krietern	4	10	2	"	NNW 4	0,1	
Zobten							
Bad Salzbrunn .	2	5	−1	heiter	SW 4	0,1	
Friedland (Bez. Breslau)	0	7	−0	"	SO 5	1 0	
Reinerz	0	4	−1	"	SW 4	2 0	
Landeck	2	9	−0	bewölkt	W 8	3,0	
Reichenstein ...	—	—					
Festenberg	3	2	2	Schnee	SW 4	1,2	
Neisse	5	1	1	heiter	W 5	2,0	
Proskau	—	—	—				
Kreuzburg	4	6	3	heiter	W 7	7,0	
Gleiwitz	5	8	1	bewölkt	SW 3	6,0	
Beuthen	5	12	1	heiter	SW 4	2,8	

Wasserstand

10. Mai.

Ratibor	2.42	Ranfern (Unter-Pegel)	2.20
Neisse (Stadt) vom 9. 5.	−0.42	Dyhernfurth	1.52
Neissemündung (Unter-Pegel) ...	1.71	Abflußmenge sekundlich 85 cbm	
Brieg (Mastenkran)	2.14	Fürstenberg vom 9. 5.	0.82
Treschen	1.10	Wasserwärme + 12°	

Eingesandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Zuschriften aus unserem Leserkreise, für die wir nur die preßgesetzliche Verantwortung übernehmen.

Die Redaktion.

Eine merkwürdige Erziehungsmethode,

Die katholische Volksschullehrerin Frl. Wandrey von der katholischen Volksschule 30, Klasse 6b, fragt Montag früh die achtjährigen Schülerinnen „Wer von euch war nicht am Sonntag in der Kirche?" Resultat: Vierzehn der Kleinen waren nicht in der Kirche. In der ersten großen Pause durften die kleinen Sünderinnen zur Strafe erstens die Klasse nicht verlassen, zweitens ihr Frühstücksbrot weder berühren noch essen. Im übrigen ist es mir aufgefallen, daß Kinder dieser Klasse, die dem Kirchenbesuch fernbleiben, immer zurückgesetzt werden und schlechte Zensuren bekommen. Das Ziel, das diese fromme Pädagogin erreichen will, geht aber in die Brüche; ich melde meine kleine Nichte ab und schicke sie in die weltliche Schule. Eltern dieser Klasse, folgt dem Beispiel!

A. T.

Berücksichtigt beim Einkauf unsere Inserenten!

Plötzlich und unerwartet verschied die Tochter unseres Parteifreundes Schauder

Fräulein Emma Schauder

im Alter von 18 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr

Die Ortsgruppe Schmolz der S. P. D.

Beerdigung Freitag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause in Schmolz aus. 2468

Druckerei Volkswacht

Moderne Werkstätte zur Anfertigung aller Drucksachen preiswert und bei kurzen Lieferzeit

Breslau 2, Flurstraße 4/6.

Deutscher Hutarbeiterverband

Zahlstelle Breslau

Am **Freitag, den 11. Mai 1928** von 9—12 Uhr und 16—19 Uhr und **Sonnabend, den 12. Mai 1928** von 9—15 Uhr findet die

Wahl der Delegierten

zum Verbandstag

im Büro Margaretenstraße 17, Zimmer 81 statt. Zur Wahl sind die Mitgliedsbücher mitzubringen. 2445

Die Ortsverwaltung

J. A.: F. Adler

jeder **Arbeiter,** jeder **Maurer,** jeder **Zimmermann**

kauft seine Arbeitskleidung gut und billig bei

Adolf Malinowitzer, Klosterstraße 23

Arbeitshosen gestreift, Pilot 13.50, 12.50, 9.25, 7.25 **4.75**

Maurerhosen mit und ohne Schnitt 12.50, 11.00, 9.50, 8.50 **7.50**

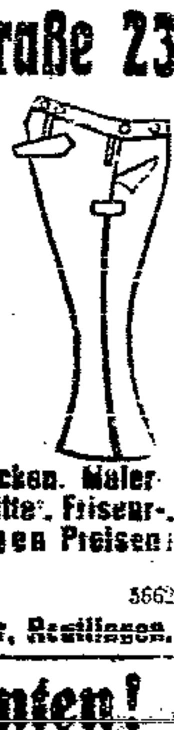
Manchesterhosen grau, schwarz, braun, mode, grün 15.50, 13.50, 10.50 **7.25**

Manchester-Schnitthosen schwarz u. silbergr. 16.50, 15.00, 12.50 **11.50**

Schwere Breitdraht- u. Tuchlederhosen m. u. ohne Schnitt, auch m. Latz, 12.50, 14.50, 12.50, 9.50, 7.50 **6.00**

Echtblaue Reutlinger Maler- und Schlosseranzüge 11.00, 9.00, 7.50, 6.50 **5.50**

Echt Reutlinger Anzug „Marke Maurerfreund" mit Niet **15.00**



Berufskleidung: Koch-, Konditor-, Kellner- u. Fleischerjacken, Maler-, Mechaniker-, Zeichner- u. Schriftsetzerkittel, Friseur-, Drogisten-, Laboratorium-, Staub- u. Schutzmäntel zu sehr billigen Preisen! Bäcker- und Lohnfuhrmannskittel in allen Qualitäten. Maurerwerkzeug, Maurerkiesen, Sockenschoner. 3662

Niederlagen der Firmen: H. Moeberg, Bielefeld, Gustav Lamparter, Reutlingen.

Berücksichtigt unsere Inserenten!

28 Jahre litt ich an ein. Bläschenausschlag

Jahrelang

Ich wandte die verschiedensten Mittel vergebl. an. Durch Schaumauflage mit Obermeyer's Medizinal- **Herba-Seife** erzielte ich rasche Heilung. So schreibt Frau B. Hackmann, Wiesbaden. St. M. —.65, 30% verstärkt M. 1.— Zur Nachbehandlung ist Herba-Creme besonders zu empfehlen. Zu haben in allen Apothek., Drog. und Parfüm.

Genossen!

Genossinnen

Eure Familienanzeigen der

Volkswacht!

Aus aller Welt

Donnerstag, 10. Mai 1928

Das Ueberschwemmungsunglück in Mittelnorwegen.

Das Ueberschwemmungsunglück in Norwegen hat einen riesigen Umfang angenommen. Die Wälder und Ländereien im Tale des Glomm sind auf Jahre hinaus vernichtet und aller Fruchtbarkeit beraubt. Die großen Bauernhöfe im oberen Storelv-Tal sind dem Erdboden gleichgemacht und die ausgedehnten Aecker gleichen einer Eiswüste. Soweit das Auge reicht, ist das mit Baumstämmen und Geröll vermischte Treibeis, das die Wassermassen mit sich führte, zu förmlichen Bergen aufgetürmt. Die Zerstörungen sind so groß, daß zahlreiche Bauern ihre alten Erbhöfe für immer verlassen wollen. An Getreideanbau ist in dieser Gegend vorläufig nicht mehr zu denken. Am Unterlauf des Glomm sind außer den großen Höfen auch die Heimstätten einer großen Anzahl Kleinbauern heimgesucht worden. Viele hundert Bauern sind ihres gesamten Besitztumes beraubt. Der fruchtbare Landstrich gleicht einer Polarlandschaft. In geschichtlicher Zeit ist Norwegen niemas von einem Unglücke ähnlichen Umfanges betroffen worden.

Eine schwere Bergwerkskatastrophe

hat sich bei Rio Sucio im Departement Caldas in Südamerika ereignet. In der dortigen Mine stürzte ein Stollen ein, wobei zehn Grubenarbeiter getötet und eine große Anzahl mehr oder minder schwer verletzt wurden.

Mit dem Auto in den Kanal.

Neun Personen getötet.

In New Orleans wurden in der Umgebung der Stadt die Leichen von neun Personen geborgen, die am Sonntag abend mit einem Automobil in einen Kanal gestürzt und ertrunken waren. Es handelt sich um die Mitglieder von zwei Familien, die einen Autoausflug unternommen hatten.

Der Insterburger Hellseherprozeß

wurde am Mittwoch nach dreitägiger Pause wieder aufgenommen. Den Höhepunkt der Verhandlung bildete die Mitteilung, daß die Staatsanwaltschaft beabsichtige, die Berufung zurückzuziehen. Der Verteidiger der angeklagten Frau Günther-Geffers gab jedoch eine Erklärung dahingehend ab, daß die Verteidigung sich mit der Absicht der Staatsanwaltschaft nicht zufrieden geben könne. Die Angeklagte würde heute von ihren Verwandten, angesehene Personen der Gesellschaft, boykottiert und gelte infolge des staatsanwaltlichen Kesseltreibens vielfach für eine Betrügerin. Ihre Rehabilitierung durch das Gericht sei deshalb notwendig. Das Gericht setzte die Zeugenvernehmung fort.

Ein Kriminalbeamter bei der Verfolgung der Gladbecker Bankräuber erschossen.

Mittwoch vormittag ist der 48 Jahre alte Kriminalsekretär Oßkopp vom Haupt-Kommissariat in Essen von dem in seiner hiesigen Wohnung unter dem dringenden Verdacht, an dem Gladbecker Bankraub beteiligt gewesen zu sein, verhafteten August Hübsche erschossen worden. Der Beamte hatte sich Mittwoch früh mit anderen Gladbecker Beamten in Alten-Essen getroffen, um die Gebrüder Jakob und Anton Hübsche wegen dringenden Verdachts des Raubes festzunehmen. Nachdem dies geschehen, begab sich Oßkopp nach der Wohnung des Hübsche. Hier stieß er im Schlafzimmer auf die Gebrüder Johann und Heinrich Heidjer, beide in Alten-Essen wohnhaft. Einer der Brüder streckte den Kriminalsekretär sofort beim Betreten des Zimmers durch einen Brustschuß nieder. Beide ergriffen dann die Flucht. Die Mordkommission war bald zur Stelle. Auf die Ergreifung der Täter hat der Regierungspräsident eine Belohnung in Höhe von 1000 Mark ausgesetzt. In der Wohnung des Hübsche wurde auch der graue Sack vorgefunden, in dem die Bankräuber am Sonnabend ihren Raub verpackt hatten. Außer den Gebrüdern Hübsche ist auch der Vater verhaftet worden. Zur Ergreifung der flüchtigen Gebrüder Heidjer sind alle Maßnahmen getroffen worden.

Sechs Personen bei einem Explosionsunglück verletzt.

In einer Wohnung in der Mainstraße in Essen wurden durch ein eigenartiges Explosionsunglück sechs Personen verletzt. Der Bergmann Costa benutzte bei der Instandsetzung einer Waschmaschine zum Herausschlagen einer gebrochenen Schraube einen Bolzen, der ein Zünderstück eines französischen Artilleriegeschosses darstellte. Dabei erfolgte eine heftige Explosion, wobei sechs Personen, davon eine schwer, verletzt wurden.

Den Lehrer erstochen.

In Hjörring ist der Inhaber einer Erziehungsanstalt für geistig minderwertige Knaben Winther am Dienstag vormittag von einem neu eingetretenen 18jährigen Zögling durch einen Stich mit einem Jagdmesser getötet worden. Winther hatte den Zögling zu einer Klassenarbeit anhalten wollen und ihn dadurch in Wut gebracht. Der jugendliche Mörder warf das Messer in eine Kloake, blieb aber in der Nähe der Leiche und wurde von der herbeigeholten Polizei verhaftet.

Die Sinfonie der Arbeit.

Als der berühmte belgische Bildhauer Meunier es vor ungefähr 60 Jahren wagte, zum erstenmal Arbeitergestalten als Modelle für seine monumentalen Schöpfungen zu wählen, erregte dies lebhaftes Aufsehen. Seitdem ist die Sinfonie der Arbeit zu einem beliebten künstlerischen Vorwurf geworden. So weist auch die Große Berliner Kunstausstellung, die am 9. Mai eröffnet wurde, zahlreiche Werke auf, in denen Darstellungen aus dem Leben der werktätigen Bevölkerung wiedergegeben sind.

Großfeuer im Berliner Norden.

Am Mittwoch abend brach auf dem Lagerplatz eines Fuhrunternehmens im Norden Berlins ein Schadenfeuer aus, das den Lagerplatz vollständig einäscherte. Fünf Pferde, die in einem der Schuppen untergebracht waren, erstickten in dem starken Qualm.

Eine jugendliche Räuberbande

verübte in der Nacht zum Mittwoch in Berlin einen Einbruch in ein Juweliergeschäft in der Triftstraße. Die drei neunzehnjährigen Burschen hatten bereits für 15 000 Mark Schmucksachen aller Art zusammengepackt, als einer der Täter an die Jalousie stieß, die mit Krach herunterfiel. Der Geschäftsinhaber erwachte und konnte rechtzeitig eine Polizeistreife aufmerksam machen, die die flüchtigen Räuber festnahm.

Masern- und Scharlacherkrankungen

haben in der letzten Zeit in Berlin wieder einen solchen Umfang angenommen, daß in verschiedenen Gemeindeschulen Klassen geschlossen werden mußten. Neuerdings ist in sechs Klassen der Schule Friedrichshagen für die Zeit vom 9. bis 19. Mai der Schulbetrieb eingestellt worden.

Auch die siebente Klasse der Mädchenschule in Berlin-Wilmersdorf mußte geschlossen werden, weil zwei Schülerinnen an akuter Halsentzündung gestorben sind. In einem Falle ist Diphtherie mit Sicherheit festgestellt worden. Im anderen Falle steht das Ergebnis noch aus.

Der verhängnisvolle Händedruck.

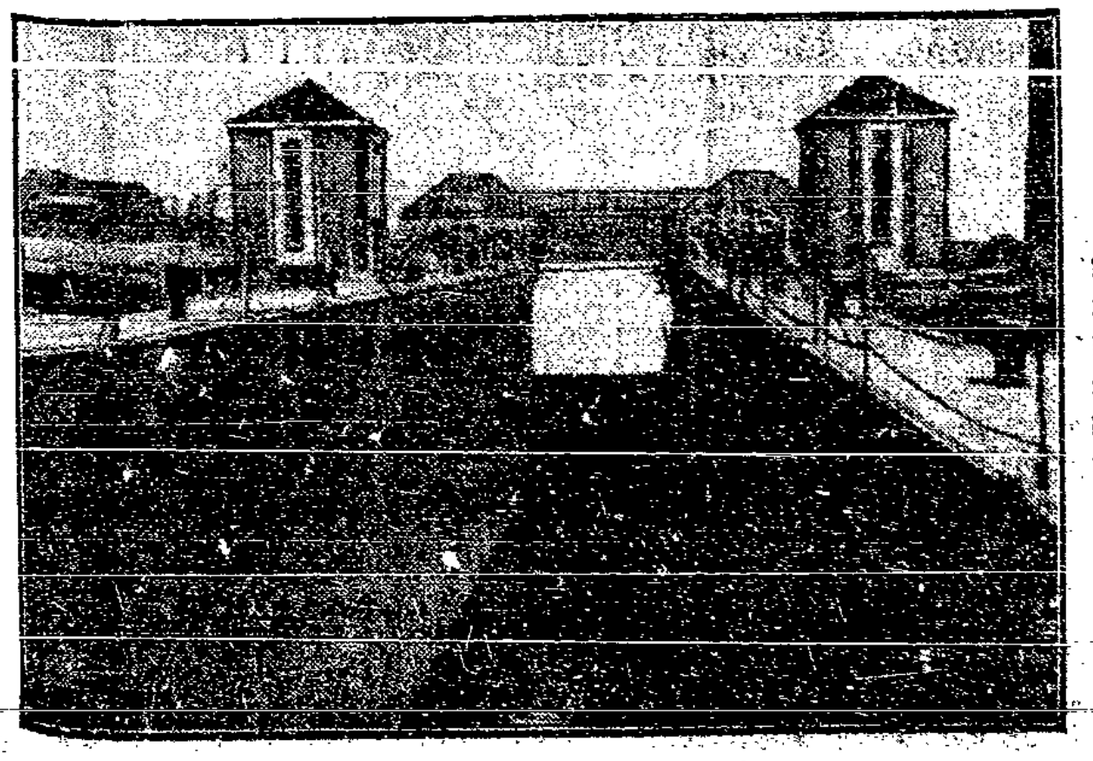
Eine eigenartige Geschichte hat sich dieser Tage im Newyorker Hafen abgespielt. Dort war der Dampfer „Cleveland" aus Deutschland eingetroffen. Die Passagiere hatten das Schiff bereits verlassen und die Mannschaft und zahlreiche Schauerleute waren mit dem Aufladen der Güter beschäftigt. Alles Gut wurde am Kai aufgestapelt. Eine Kiste wies ein Loch auf. Das erweckte die Neugier eines Schauermannes. Er steckte die Hand hinein, um zu fühlen, was sich darin befände; vielleicht ließ er sich bei dieser Handlung auch von einem anderen Beweggrund leiten. Plötzlich stieß der Schauermann ein wildes Geschrei aus, denn seine Hand war von einer geheimnisvollen Kraft plötzlich festgehalten und ausgiebig geschüttelt worden. Der Schauermann meinte allerdings, in der Kiste säße ein Bär, der ihn beißen wollte. Mit Stemmeisen, Zangen und Hammer ging man nun daran, vorsichtig die geheimnisvolle Kiste zu öffnen. Zum größten Erstaunen aller entstieg ihr der 19jährige Johannes Thoenig aus Düsseldorf, der sich darin mit einer Hängematte, einem Kübel Wasser und ausreichenden Wurst- und Schokoladevorräten häuslich eingerichtet hatte, bevor er sich als Frachtgut an die Adresse von Newyorker Verwandten hatte aufgeben lassen. Die Macht der Gewohnheit war ihm jetzt zum Verhängnis geworden. Denn als sich ihm die fremde Hand entgegenstreckte, hatte er als wohlerzogener junger Mann nicht umhin können, sie freundschaftlich zu schütteln. Der junge Deutsche wird in den nächsten Tagen zwangsweise nach Deutschland zurückgeschafft werden.

Schwerer Unglücksfall bei Merseburg.

Ein Motorradfahrer, der bei Merseburg in schneller Fahrt kurz vor einem herannahenden Zuge noch die Gleise überqueren wollte, verlor seine auf dem Soziussitz sitzende Braut. Das junge Mädchen wurde von der Lokomotive erfaßt und buchstäblich zermalmt.

Der Langstreckenflug der Brüder Arrachart abgebrochen.

Die Brüder Arrachart haben ihren Versuch, den Weltrekord im Langstreckenflug zu schlagen, nach elfeinhalbstündigem Flug aufgegeben. Sie haben insgesamt 1900 Kilometer zurückgelegt.



Der Bau des Mittellandkanals schreitet vorwärts.

Mit der Fertigstellung der oben abgebildeten Kanalschleuse von Anderten bei Lehrte, an der mehrere Jahre gearbeitet wurde, ist eine wichtige Etappe im Gesamtbau des Mittelland-Kanals abgeschlossen worden. Diese Schleuse, die bereits mit Wasser gefüllt wurde, ist die größte Binnenschleuse Deutschlands.

Schwerer Autounfall.

Bei dem Versuch, einem Radfahrer auszuweichen, der ein siebenjähriges Mädchen auf dem Rad sitzen hatte, geriet ein etwa mit 30 Turnern aus Remscheidt besetzter Lastkraftwagen ins Schleudern und stürzte um. Radfahrer und Mädchen gerieten unter das Auto und wurden schwer verletzt. Sämtliche Turner wurden aus dem Wagen geschleudert und sechs dabei so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus geschafft werden mußten.

Ein Granatzünder explodiert.

In Essen waren zwei Bergleute in einem Mansardenzimmer damit beschäftigt, eine Waschmaschine instandzusetzen. Der zwölfjährige Sohn des einen Bergmanns reichte dem Vater als Bolzen zum Herausschlagen einer Schraube das Innere eines französischen Geschoßzünders, ohne, daß beide ahnten, um welch gefährlichen Gegenstand es sich handelte. Nach mehreren Schlägen geriet der vermeintliche Bolzen in Explosion und die herumfliegenden Splitter verletzten fünf Personen schwer und eine leicht. Der Sohn schwebt in Lebensgefahr, da ihm ein Splitter tief in die Brust drang. Sein älterer Bruder hatte den Zünder vor längerer Zeit in Hassingen gefunden und mit in die Wohnung gebracht.

Erneute Zunahme der Moorbrände in Holland.

Infolge des Nordweststurmes haben die Moorbrände vor allem in der Gegend von Emmen wieder zugenommen. Die Feuerwehren sind angestrengt tätig, um die Brandherde abzuriegeln. Die Regelmäßigkeit, mit der sich diese Brände in den letzten Jahren immer wieder an der gleichen Stelle wiederholen, haben den Verdacht einer Brandstiftung durch die Eigentümer des Bodens aufkommen lassen, um sich bei dem geringen Absatz auf diese Weise zum Schaden der Versicherungsgesellschaften zu entschädigen. In einer Anfrage an den Minister ist eine genaue Untersuchung der Angelegenheit verlangt worden.

Großfeuer im Elsaß.

In St. Louis bei Mühlhausen im Elsaß ist eine Aluminiumfabrik in Brand geraten. Der Schaden beträgt 12 Mill. Franken.

Große Sturmschäden in der Ukraine.

In der Ukraine wütete Mittwoch ein in den letzten Jahren noch nicht beobachteter Sturm. Es wurden unzählige Bäume umgeworfen, Dächer fortgerissen und große Verheerungen auf den Bahnlinien angerichtet. Viele Menschenleben sind vernichtet.

Schwere Sturmschäden in Ungarn und Italien.

In Ungarn herrschte Mittwoch den ganzen Tag über ein orkanartiger Sturm, wie er in diesem Breitengrade nur selten zu verzeichnen ist. Der Sturm hatte ein starkes Fallen der Temperatur zur Folge. Die Bevölkerung war beunruhigt, da sie der Meinung war, der Orkan sei der Vorbote eines Erdbebens. In Budapest wie in der Provinz hat das Unwetter großen Schaden angerichtet. Zahlreiche Telephonleitungen wurden zerstört und viele Schornsteine umgeworfen. Die Gewalt des Sturmes war so stark, daß einige Kirchtürme ins Wanken kamen. Durch den Orkan, der mit einer Geschwindigkeit bis zu 90 Stundenkilometern über das Land brauste, sind in Budapest über 100 Personen verletzt worden.

Ueber Mailand brauste Mittwoch ebenfalls ein heftiger Sturm, der in den Parkanlagen der Stadt großen Schaden anrichtete. Zahlreiche Bäume wurden entwurzelt. Die Dächer vieler Häuser wurden abgedeckt. Auch in der Mustermesse hat das Unwetter arg gewütet. Menschen sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen.

Schwere Hagelschäden in Norditalien.

Ueber Norditalien sind in Verbindung mit einer Kältewelle schwere Hagelstürme niedergegangen. Der angerichtete Schaden wird auf einige Millionen Lire geschätzt.

Versuchsflüge Nobiles.

General Nobile hat sich entschlossen, vor dem eigentlichen Nordpolflug erst noch einen bis zwei größere Flüge nach Osten zu unternehmen. Er glaubt, bei dieser Gelegenheit wichtige Erfahrungen sammeln zu können. Der erste Erkundungsflug soll Kaiser-Franz-Josefs-Land oder Nikolaus II. Land gelten. Auf dieser Fahrt sollen auch neue Meßinstrumente, die General Nobile zum ersten Male in Gebrauch hat, ausprobiert werden.

Eisenbahnunglück in Italien.

Bei Trenno entgleisten in einer Kurve drei Wagen eines Arbeiterzuges. Hierbei wurden zwei Personen schwer und achtzehn leicht verletzt.

Eisnot auf Grönland.

Grönland hat so sehr unter Eisnot zu leiden, wie es seit 1921 nicht mehr der Fall war. An der Küste erstreckt sich ein 40 bis 50 Seemeilen breiter Eisgürtel. Alle Sunde und Fjorde sind gesperrt. Die Orte Frederiks Haab und Ivigstut sind vollständig vom Schiffsverkehr abgeschnitten.

Schiffsstrandungen.

Der große griechische Dampfer „Pelegea" ist am Dienstag morgen an der Küste von Alsen gestrandet.

Aus Helsingör wird gemeldet, daß der holländische Motorschoner „Emanuel" an der Westküste von Hesselö auf Grund gelaufen ist.

Flugzeugunglück in New Jersey.

Der Marineleutnant Thomas stürzte in der Nähe von Newyork bei einem Fluge mit einem Bellanca-Eindecker tödlich ab.

Schwerer Eisgang auf den sibirischen Flüssen.

Die Ueberschwemmung des Ob hat in Omsk großen Schaden angerichtet. Sieben Schiffe sind von den treibenden Eismassen eingeschlossen. 24 Personen sind mit dem Eise abgetrieben worden. Auf dem Jenissei hat der Eisgang ebenfalls großen Schaden angerichtet. Insgesamt wurden 39 Schiffe der staatlichen Flußflotte von dem Treibeis so stark beschädigt, daß sie außer Betrieb gesetzt werden mußten.

Die Asien-Expedition des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereins.

Am Dienstag abend verließen die Münchener und süddeutschen Teilnehmer der Asien-Expedition des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereins München. Die Expedition begibt sich über Leningrad und Moskau nach Taschkent, von wo aus sie die Reise in das asiatische Forschungsgebiet antreten wird.

Schweres Schadenfeuer in Labuan.

In Labuan (Nordborneo) wurden durch ein Großfeuer 22 Geschäfte vernichtet. Der Schaden wird auf 200 000 holländische Gulden geschätzt. Der Brand entstand vermutlich durch Funken, als man mit Fackeln nach einem vermißten Kinde suchte.

Mittelschlesischer Städtetag.

Der Mittelschlesische Städtetag, der die kreisangehörigen, also kleinen und mittleren, Städte des Regierungsbezirks Breslau umfaßt, hielt Dienstag und Mittwoch seine 20. Jahresversammlung in Nimptsch ab. Das reichhaltige Programm der Tagung enthielt im Vergleich zur eigentlichen Konferenz und abgesehen von der Vorstandssitzung am Dienstag abend, ein wenig sehr viele, der Unterhaltung dienende Punkte. Besichtigungen verschiedener Einrichtungen des Vorgebirgsstädtchen Nimptsch, das als Hauptstadt des Kreises in dem die „heiteren Lerchen" des Herrn von Schimpff zu singen pflegen, eine gewisse politische Berühmtheit erlangt hat und um diesem Rufe auch gerecht zu werden, seine Gäste vorzugsweise — die offiziellen Gebäude natürlich ausgenommen — mit schwarz-weiß-roten Fahnen begrüßte, sowie Festtafel, Autofahrt in die Umgebung und schließlich noch eine Kaffeetafel, bildeten den Rahmen einer Beratung, die in ihrem Gesamteindruck nicht übermäßig befriedigend war.

Auf der Tagesordnung standen außer dem Geschäfts- und Kassenbericht, der vom Vorsitzenden, Bürgermeister Dr. Groß-Münsterberg bzw. Bürgermeister Jonscher-Frankenstein gegeben wurde, und den üblichen technischen Fragen, wie Ort der nächsten Jahresversammlung, Verschiedenes und Wahl des Vorstandes, zwei kommunalpolitische Referate, die sicherlich eine eingehendere Aussprache vertragen hätten. Geschäfts- und Kassenbericht wurden ohne Debatten genehmigt, als Ort der nächstjährigen Zusammenkunft Striegau bestimmt und der amtierende Vorstand wieder bestätigt. Ueber den „Einfluß der Arbeitslosenversicherung auf die kommunale Wohlfahrtspflege" sprach alsdann der stellvertretende Geschäftsführer des Schlesischen Städtetages, Hohenhausen-Breslau, und über „Kommunalpolitische Gegenwartsfragen der kreisangehörigen Städte" der Vizepräsident des Reichsstädtebundes (der Organisation der kleineren und mittleren Städte) Dr. Voigt-Berlin.

Bürgermeister a. D. Hohenhausen gab in seinem Referat einen Abriß der jetzigen Gestaltung der Arbeitslosenversicherung in bezug auf ihre Berührungspunkte mit der städtischen Wohlfahrtspflege, die durch die verhältnismäßig kurzen — von der Sozialdemokratie bekämpften — Fristen und die einschränkenden Bestimmungen der Krisenfürsorge stark belastet werden. Besonders betont wurde in diesem Vortrag, daß angestrebt werden muß, keine Teilung zwischen „Kunden" der Arbeitslosenversicherung und „Kunden" der Wohlfahrtsämter zu schaffen, die zu einer Benachteiligung der von den Wohlfahrtsämtern betreuten Arbeitslosen in der Arbeitsvermittlung führen könnte.

In dem Referat des Vizepräsidenten des Reichsstädtebundes, Dr. Voigt, wurde natürlich in erster Linie der Finanzausgleich behandelt und eine, wenigstens teilweise, Rückkehr zum Zuschlagsrecht der Kommunen auf die Einkommensteuer gefordert. Im weiteren Verlauf des Vortrages beschäftigte sich der Referent mit den verschiedenen Steuer- und Schulfragen, sehr ausführlich schließlich mit dem städtebaulichen und Umgemeindungsproblem. Dabei wurde allerdings etwas sehr von den gänzlich verschieden gelagerten Verhältnissen des rheinisch-westfälischen Industriegebiets mit seiner revolutionierenden kapitalistisch-industriellen Entwickelung ausgegangen. Eine Resolution, die sich gegen angeblich bestehende Pläne der preußischen Regierung wendet, nach denen in einer grundlegenden kommunalen Umgestaltung, vornehmlich Schaffung von Großkreisen das Selbstverwaltungsrecht der kleinen und mittleren Städte gefährdet sei, fand den Widerspruch des sozialdemokratischen Diskussionsredners, Stadtrat Genossen Knobloch-Ohlau. Auch der während der Tagung erschienene Regierungspräsident Jänicke erklärte, ohne als Aufsichtsinstanz zu der Resolution selbst Stellung zu nehmen, die geäußerten Bedenken für gegenstandslos. Trotzdem wurde die Entschließung dann gegen die Stimmen sozialdemokratischer Delegierter angenommen.

Die Debatte über beide Referate war, wie schon angeführt, nicht sehr ergiebig. Von einigen Rednern wurden verschiedene lokale Verhältnisse angeführt und vornehmlich die Frage der Schullasten, deren Uebernahme, soweit die persönlichen Lasten in Frage kommen, auf den Staat allgemein gefordert wurde, worauf Bürgermeister Dr. Groß-Münsterberg die gegen 10 Uhr begonnene Tagung etwas nach 13 Uhr schloß. Als Gäste waren u. a. der Geschäftsführer des Schlesischen Städtetages, Bürgermeister a. D. Salomon, der Regierungspräsident und sein Kommunaldezernent und der Geschäftsführer des Provinzialverbandes der Landgemeinden, Dost, anwesend. Der Landrat des Kreises Nimptsch, Genosse Seibold, war durch die gleichzeitig in Altheide abgehaltene Landkreistagung abgehalten, an der Tagung teilzunehmen.

Sind die neuen Eingemeindungsbestimmungen verfassungswidrig?

Der Verband der Preußischen Landgemeinden schreibt uns:

Durch das vom Preußischen Landtag am 27. Dezember 1927 beschlossene Gesetz über die Regelung der verschiedenen Punkte des Gemeindeverfassungsrechts haben bekanntlich die bisherigen Eingemeindungsvorschriften eine vollständige Neuregelung erfahren. Nach den früheren gesetzlichen Bestimmungen durften ohne ihre ausdrückliche Einwilligung keine Landgemeinde oder Teile derselben nur in drei, von dem Gesetz genau bezeichneten und umgrenzten Voraussetzungen in andere Gemeinden eingemeindet werden. In diesen drei Sonderfällen des öffentlichen Interesses war mithin eine Eingemeindung in der letzten Auswirkung formell und materiell ein reiner Staatshoheitsakt. Lagen die genannten drei, seltenen, Ausnahmen nicht vor, so konnte eine Eingemeindung von Landgemeinden oder Teilen derselben nur dann erfolgen, wenn die beteiligten Gemeinden sich vorher ausdrücklich damit einverstanden erklärt hatten. Dieses Einverständnis der beteiligten Gemeinden war die materielle Voraussetzung und Bedingung der Eingemeindung.

Mit diesem Rechtszustande hat das Gesetz vom 27. Dezember 1927 aufgeräumt und neu bestimmt, daß für jede Eingemeindung das „öffentliche Wohl" entscheidend ist. Eine konkrete Formulierung des Begriffes „öffentliches Wohl" hat weder das Gesetz noch die hierzu erlassenen Ausführungsanweisungen gegeben. Mit diesem sehr dehnbaren Begriff kann daher jede Eingemeindung durchgeführt werden, gleichgültig, ob die beteiligten Gemeinden einverstanden sind oder nicht. Das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden hat hiernach gegenüber dem früheren Rechtszustande eine ganz wesentliche Einschränkung erfahren. Nun bestimmt der Artikel 70 der Preußischen Verfassung, daß den Gemeinden „die Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten gewährleistet" wird. Da das eingangs genannte Gesetz vom 27. Dezember 1927 nicht in verfassungsändernder, sondern nur in einfacher Form ergangen ist, bedeuten mithin die neuen Eingemeindungsvorschriften einen verfassungswidrigen Eingriff in das „gewährleistete" Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden.

Unter diesen Umständen hat der Verband der Preußischen Landgemeinden in zwei Eingaben den preußischen Minister des Innern darauf hingewiesen, daß die neuen Eingemeindungsbestimmungen des Gesetzes vom 27. Dezember 1927 verfassungswidrig und somit rechtsungültig sind. Zugleich hat der Verband beantragt, daß seitens der Staatsregierung sofort die entsprechenden Anweisungen ergehen, damit jede Eingemeindung auf Grund des neuen Gesetzes inhibiert wird und nicht ein kommunaler Wirrwarr entsteht, dessen Ausmaß und Folgen unbeschreibbar sein könnte. Die juristische Begründung des von dem Verband der Preußischen Landgemeinden vertretenen Rechtsstandpunktes ist in der Zeitschrift „Die Landgemeinde", Heft 7, veröffentlicht.

Ratibor. Rätselhafter Selbstmord. Unerklärlich ist für Eltern und Lehrer der Selbstmord des Quartaners Ilka aus Lubowitz, der das hiesige staatliche Gymnasium besuchte. Man fand den Knaben erhängt vor. Da man absolut keine Anhaltspunkte für die traurige Tat hat — Ilka war einer der besten Schüler und lebte mit Lehrern und Eltern in bestem Einvernehmen — neigt man der Annahme, daß ein unglücklicher Zufall beim Spiel den Tod des armen Jungen herbeigeführt haben könnte.

Schlesisch-afghanische Handwerksförderung.

Der Erfolg eines Bittgangs schlesischer Handwerksmeister bei Amanullah. — 5000 Rupien für rationelle Handwerksforschung in Schlesien und afghanisch-schlesischen Meisteraustausch.

Die großzügige Freigebigkeit eines Afghanen-Königs ließ auch unsere schlesischen Handwerks- und Innungsobermeister nicht ruhen; vielleicht um — na jedenfalls hat man sogar Sozialdemokraten einen Herzogsmantel angeboten. Also rüstete man eine Delegation schlesischer Handwerksmeister aus, die den König kurz vor seiner Abreise aus Berlin aufsuchte. Da man aber zu einer solch hohen Persönlichkeit nicht nur mit dem Hute in der Hand kommen wollte, überreichte man einen handgearbeiteten Pokal und eine Ehrenurkunde, und übertrug dem König von Afghanistan (!!!) die Ehrenprotektur über das von den schlesischen Handwerkskammern errichtete „Wissenschaftliche Institut für rationelle Handwerksforschung". Da dies aber nicht der alleinige Zweck dieser Reise war, brachte man auch Wünsche zum Ausdruck, so u. a., daß

„König Amanullah dem schlesischen Handwerk seine Gunst erweisen möge."

Und ein König aus dem Morgenlande erwies den Innungskrautern seine Gunst und — spendete 5000 Rupien (13 000 Mark). Die Hälfte dieser Summe soll dem genannten „Forschungsinstitut" zufließen. Die übrige Hälfte aber ist als Stipendienfonds für einen

Studienaufenthalt schlesischer Handwerkslehrlinge an der — einzigen — kunstgewerblichen Schule in Kabul

(der Hauptstadt Afghanistans) gedacht. Auch ist beabsichtigt, eine Anzahl afghanischer Handwerker zum Studium nach Schlesien zu entsenden. Ob schon einige Meistersöhne — denn nur solche dürften in Frage kommen — nach Kabul abgedampft sind, konnten wir bisher nicht erfahren.

* *

Diese Geschichte von den ehrsamen Handwerksmeistern Schlesiens ist kein Witz, kein Aprilscherz, sondern eine wirklich wahre Begebenheit. Wir sind sehr gespannt darauf, wie sich die afghanischen Meistersöhne — die Sitten der beiden Länder sind bekanntlich ein wenig verschieden — in Schlesien einleben werden und wie es den schlesischen Meistersöhnen in Kabul gefallen wird. Gewisse Beziehungen sind hier nicht zu leugnen. Afghanistan lebt noch in einer mittelalterlichen Gesellschaftsverfassung, ist ein Stück konserviertes Altertum in der heutigen Welt, die schwarze und gelbe Kapitalisten werden sieht. Die schlesischen Handwerksmeister nun, die leben eben auch noch im Mittelalter, wenigstens in ihrer geistigen Vorstellungswelt.

Es wird ihnen daher sicher sehr gefallen in Kabul. Zumal es dort keine Republik und keine Gewerkschaften, wohl aber einen veritablen König von Gottes Gnaden — es ist zwar der Gott schiitischer Mohammedaner, doch was tut das [illegible] gibt.

Die Hauptsache ist, er ist ein [illegible] König, [illegible] und gnadenreich, wenn auch in indischen Rupien.

Eine schlesische Kulturwoche in Görlitz.

Eine schlesische Kulturwoche wird in Görlitz vom 31. Mai bis 7. Juni veranstaltet werden. Sie ist in Verbindung gebracht mit dem 20. Schlesischen Musikfest, das vom 30. Mai bis 3. Juni stattfindet. Zweck der Kulturwoche ist, den Schlesiern, Oberlausitzern und Deutschböhmen den hohen Kulturstand der schlesischen Heimat vor Augen zu führen. Zu diesem Zweck werden eine große Gemälde-Ausstellung in der Gedenkhalle, eine Kunstgewerbe-Ausstellung in der Annenkapelle, eine [illegible], ein öffentlicher Volksliederabend vor der Gedenkhalle, eine [illegible] im Stadttheater, ein Schlesier-Abend, Führungen durch die Altstadt, die Stadtbücherei, die Oberlausitzische Gesellschaft der Wissenschaften und Freilichtaufführungen von etwa 4000 Schulkindern auf dem [illegible] geboten. Jeden Abend nach Eintritt der Dunkelheit wird eine prächtige Stadtbeleuchtung erfolgen. Um die Kulturwoche volkstümlich zu machen, werden Teilnehmerkarten für 1 Mark ausgegeben werden, [illegible] außer dem Musikfest. Es zeigt sich für die Kulturwoche in weitesten Kreisen schon jetzt großes Interesse.

Wieder ein Opfer der Weißenberger Sekte.

Aus Hirschberg wird gemeldet: Die Weißenberger Sekte in Petersdorf hat nun glücklich schon das vierte Opfer gefordert. Die Arbeiterfrau Gertrud H., die erst Ostern geheiratet hat, ist plötzlich vom religiösen Wahnsinn befallen worden, nachdem sie längere Zeit Mitglied der Sekte war und auch deren Versammlungen besucht hatte. Die Frau schrie u. a., sie habe Blut gesehen und müsse erlöst werden. Den Arzt sah sie für ihren Meister Weißenberg an. Sie verweigerte auch jede Nahrungsaufnahme. Man mußte sie schleunigst in die Provinzial-Heilanstalt nach Plagwitz bringen. Die Kosten für die Unterbringung muß nun der Mann, die Krankenkasse oder die Gemeinde bezahlen. Die Erregung in der Bevölkerung gegen das Treiben der Weißenberger wird natürlich immer größer. Man fragt sich, ob denn die Behörde keine gesetzliche Handhabe hat, diesem Treiben Einhalt zu gebieten.

Polizeibeamte wegen Fälschung von Verkehrskarten und Pässen vor Gericht

Vor dem Bezirksgericht in Kattowitz begann vorgestern ein Riesenprozeß gegen ehemalige Polizeibeamte und mehrere Privatpersonen wegen Fälschung von Verkehrskarten und Pässen. Den Angeklagten wird die Fälschung von etwa 30 Verkehrskarten und 60 Auslandspässen zur Last gelegt. Der erste Verhandlungstag beschränkte sich lediglich auf die Beweisaufnahme.

*

Gestern Mittag wurde von der Strafkammer in Kattowitz das Urteil in dem Prozeß gegen die Paßfälscher gefällt. Der Hauptangeklagte wurde zu zwei Jahren Zuchthaus und ein weiterer Angeklagter zu einem Jahr und zwei Monaten Zuchthaus, die übrigen fünf Angeklagten zu einer Gesamtstrafe von zwei Jahren und fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Drei Angeklagte wurden freigesprochen. Von einer Vernehmung der vielen Zeugen wurde Abstand genommen, da die Schuld der Angeklagten erwiesen wurde. Der Staatsanwalt hatte insgesamt dreizehn Jahre Zuchthaus und vier Jahre Gefängnis beantragt.

15 Jahre Zuchthaus für einen Lustmord.

Nach viertägiger Verhandlung unter Ausschluß der Oeffentlichkeit, ist vom Schwurgericht in Ratibor der 22 Jahre alte Arbeiter Josef Nowak aus Ratibor wegen Totschlages und versuchter Notzucht zu einer Gesamtstrafe von 15 Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt worden. Dem Urteil liegt folgender Tatbestand zugrunde: Im November 1927 wurde in einem Kartoffelfelde in der Nähe von Ratibor die Leiche eines Mädchens gefunden, die, wie die Untersuchung ergab, durch Würgen bewußtlos gemacht worden war und der dann mit einem stumpfen Instrument die Kehle durchschnitten wurde. Nowak wurde als Täter ermittelt. Im Laufe des Prozesses wurden 64 Zeugen vernommen und mehrere Sachverständige gehört.

Mit dem Kopf in die Gattersäge gestürzt.

In den Kunzendorfer Parkettwerken geriet der Zimmermann Winkler aus Franzendorf infolge eines Sturzes mit dem Kopf in die Gattermaschine. Der Kopf wurde ihm dabei buchstäblich zerrissen. Nach einer Meldung der Telunion soll der auf so furchtbare Art Verunglückte noch am Leben sein. Ob mangelnde Schutzvorrichtung oder ein unglücklicher Zufall die Schuld an diesem furchtbaren Unglück tragen, muß die Untersuchung ergeben.

Hirschberg. Noch kein Straßenbau nach dem Spindlerpaß. Der schon seit über zwanzig Jahren geplante Bau einer Kunststraße auf preußischer Seite nach dem Spindlerpaß kann auch in diesem Jahre noch nicht ausgeführt werden, weil der Staat hierfür keine finanzielle Unterstützung zahlen kann. Auf tschechischer Seite ist bekanntlich schon längst eine Chaussee von Spindlermühle nach dem Spindlerpaß gebaut. Höchstwahrscheinlich dürfte noch vor der Chaussee die Seilschwebebahn nach dem Spindlerpaß gebaut werden.

Schlegel. Ein schwerer Motorrad-Unfall. Arges Pech hatte am Sonntag früh der Schlosser Strangfeld von [illegible]. An der Abzweigung bei der [illegible]-Grube stieß er mit seinem Motorrade gegen einen Chausseestein und mußte schwerverletzt ins Krankenhaus transportiert werden.

Aus der Umgebung.

Landkreis Breslau.

Cawallen. In einer öffentlichen Versammlung der SPD. sprach hier am Sonntag Genossin Münz-Breslau mit gutem Erfolg für unsere Partei. Gegner meldeten sich nicht zum Wort.

Kreis Neumarkt

Tschechnitz. In einer öffentlichen Wählerversammlung spricht am Sonnabend, den 12. Mai, abends 8 Uhr, Genosse Herbert Löbe. Wähler und Wählerinnen, erscheint alle zu dieser wichtigen Versammlung.

Breslau-Tschansch. Achtung, Parteimitglieder! Sonnabend, den 12. Mai, 19½ Uhr, findet bei Taube in Klein-Tschansch unsere fällige Mitgliederversammlung statt. Wegen der wichtigen Tagesordnung hat jedes Mitglied zu erscheinen.

Brockau. Freitag, den 11. Mai, 20 Uhr, findet bei Mende unsere fällige Mitgliederversammlung statt. Da es die letzte Versammlung vor der Wahl ist, hat jedes Mitglied pünktlich zu erscheinen.

Marschwitz. Freitag, den 11. Mai, abends 8 Uhr, findet im Lokal von Hülse in Marschwitz eine öffentliche Versammlung statt. Redner ist Genosse Fränkel, Breslau. Parteigenossinnen und -Genossen, erscheint alle zu dieser wichtigen Versammlung und bringt alle eure Bekannten und Freunde mit.

Herrnprotsch. Eine öffentliche Wählerversammlung findet am Sonnabend, den 12. Mai, abends 8 Uhr, im Lokal von Maskos statt. Redner: Genosse Lehrer Faulhaber. Erscheint alle zu dieser wichtigen Versammlung und bringt alle Freunde und Bekannten mit.

Maria-Höfchen. Im Lokal von Preiß findet am Freitag, den 11. Mai, abends 8 Uhr, eine öffentliche Wählerversammlung statt. Redner: Genosse Hugo Frey. Wählerinnen und Wähler erscheint alle zu dieser wichtigen Versammlung.

Vertreter: Joseph Richard Förster, Breslau
[illegible]

Verkehrskatastrophe am Rhein.

Die Verkehrsstraße des Westens, der Rhein, liegt still. Noch nicht Tage, und für das rheinische Wirtschaftsleben beginnt eine schlimme Zeit. Die Schiffe stehen. Bald werden auch die Räder der Wirtschaft am Rhein langsam und langsamer laufen und schließlich, wenn der Aussperrungswahnsinn sich völlig hemmungs- und besinnungslos austoben darf, ebenfalls still stehen.

Fast überall zeigt sich in den Häfen nach der Aussperrung das gleiche Bild: das Schiffs- und Hafenpersonal weigert sich, Streikbrecherarbeit zu leisten oder mit Streikbrechern zusammenzuarbeiten, worauf die Entlassung erfolgt. Auch der Verkehr im niederrheinischen Hafen Orsoy ist so gut wie stillgelegt worden. Das gleiche gilt für die Werkshäfen der „Gute Hoffnungshütte". Auch im Kölner Hafen herrscht völlige Ruhe. In Mannheim wurde der Vertrauensmann der Hafenarbeiter entlassen, weil er sich weigerte, Transporte von Getreide in Waggons vorzunehmen, das bisher von Binnenschiffern zu den Mühlen befördert worden war. Daraufhin erklärten sich die Arbeiter mit dem Entlassenen solidarisch und legten die Arbeit nieder. In Mannheim haben bereits verschiedene Firmen infolge des Stillstandes des Verkehrs auf dem Rhein vorsorglich Kündigungen ausgesprochen, weil sie binnen kurzem mit einem Ausfall an Arbeit rechnen müssen. Das gleiche gilt für verschiedene Spediteure. Der Duisburg-Ruhrorter Hafen liegt ebenfalls völlig still, auch die Kipper arbeiten nicht mehr. Mainz liegt still, in Neuß dürfte es auch zur Einstellung der Arbeit kommen.

Die Aussperrung und die durch sie zwangsläufig heraufbeschworene Solidaritätsstreikbewegung müssen zu einer Verkehrskatastrophe führen. Man muß sich einmal vorstellen, was in Duisburg-Ruhrort — das pro Monat 2¼ Mill. Tonnen beförderte — werden soll, wenn acht oder vierzehn Tage der Verkehr völlig stockt. Für die meisten Industriezweige kann die Eisenbahn keine Hilfe bringen; denn der Umschlag in Rotterdam geht auf die Binnenschiffe und nicht auf Waggons. Wenn binnen kurzem die holländischen Schiffe besetzt sind, was dann? Den Hüttenwerken fehlt es an Erz und Kalk. Auch auf die Seehäfen muß in wenigen Tagen der Stillstand am Rhein zurückwirken. Die französische und schweizerische Rheinschiffahrt sind bereits völlig vom Solidaritätsstreik erfaßt. Vereinzelte kleine Häfen, die von der Bewegung noch nicht ergriffen sind, spielen keine Rolle. Summa summarum: der Verkehr auf dem Rhein ist tot und bei der Haltung der Arbeitgeber muß damit gerechnet werden, daß sich die Lage bald katastrophal zuspitzen wird. Das Unternehmertum der Rheinschiffahrt will anscheinend die Katastrophe, will keine Verständigung. So sind auch die Tarifverhandlungen für den Duisburg-Ruhrorter Hafen, die am Montag stattfinden sollten, abgesagt worden, weil die Arbeitgeber erklärten, sie könnten sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen von irgendwelchen Verhandlungen nichts versprechen. Für Duisburg war der Tarif von beiden Seiten gekündigt worden; auch hier haben die Arbeitgeber Lohnabbauforderungen — bei den Akkordverdiensten bis zu 33⅓ Prozent — gestellt.

Manche Behörden haben es anscheinend sehr eilig, sich auf die Seite der Arbeitgeber zu stellen. Noch vor einigen Tagen klagten die Unternehmerorgane, z. B. die „Kölnische Zeitung", daß ein Ende der trostlosen Lage nicht abzusehen sei, da die Ausständigen trotz entgegenstehender Tatsachen bestimmt mit der Erwerbslosenunterstützung rechnen. Die Arbeitsämter haben die Rheinreeder schnell beruhigt, und die Unterstützung abgelehnt. Um den Ausgesperrten die Arbeitslosenunterstützung zu rauben, haben die Arbeitgeber gefordert, daß in die Dienstbücher der Entlassenen ein Passus „Ausgetreten wegen Lohnkampf" aufgenommen wurde. Es handelt sich hier um eine offene Vergewaltigung; tatsächlich sind die Kündigungen durchaus legal erfolgt. Das Arbeitsamt in Duisburg hat es sogar fertiggebracht, bereits in Unterstützung stehenden Schiffern die Unterstützung zu entziehen. Ferner hat der Vorsitzende des Arbeitsgerichts Duisburg eine einstweilige Verfügung erlassen, wonach dem Bevollmächtigten des Deutschen Verkehrsbundes unter Androhung einer Strafe von 1500 Mark bzw. sechs Wochen Gefängnis für jeden Einzelfall das Streikpostenstehen verboten wird. Als Grund für dieses geradezu unerhörte Vorgehen wird angegeben, daß Streikpostenstehen zu Beunruhigungen in den Häfen führe.

Trotz der Drohung und dem Hunger, trotz Parteinahme der Behörden für die Arbeitgeber steht die Front der Schiffer und Hafenarbeiter fest und unerschütterlich. Je stärker der Druck, desto eiserner der Widerstand.

Die Schiedssprüche im sächsischen Metallkonflikt verbindlich erklärt.

Die Schiedssprüche für die sächsische Metallarbeiterschaft sind am Mittwoch vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden. Das geschah zweifellos unter dem Druck der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände und des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller. Die sächsischen Metallindustriellen haben zwar selbst die Schiedssprüche abgelehnt, aber offensichtlich zu gleicher Zeit auf ihre Verbindlichkeitserklärung hingearbeitet.

Die Schiedssprüche bringen eine Erhöhung des Stundenlohnes von fünf bis sieben Pfennigen und ebenso Verbesserungen in den Bestimmungen für die Lehrlinge und für die Ferien.

Der Kampf in Sachsen ist zu Ende. Er wurde zwar nur mit einem teilweisen Erfolg abgeschlossen, aber dieser Teilerfolg ist immerhin beachtenswert, wenn man den ungeheuer scharfen Widerstand des Gegners berücksichtigt. Die sächsischen Metallindustriellen hatten bis zum letzten Augenblick jede Lohnzulage abgelehnt. Sie waren am 15. April zur Aussperrung von rund 100 000 Metallarbeitern übergegangen. In der vorigen Woche erfolgte die Aussperrung von weiteren 6000 Arbeitern. Die sächsischen Metallarbeiter haben unverdrossen und zäh den Kampfmaßnahmen der Metallgewaltigen die Stirn geboten. Wenn sie auch nicht alles erreicht haben, was sie sich in diesem Kampf als Ziel gesetzt hatten, so verlassen sie doch nicht ohne Erfolg und nicht ohne starken moralischen Kraftzuwachs den Kampfplatz.

Ende des schlesischen Granitsteinarbeiterstreiks.

10—14prozentige Lohnerhöhung durch Schiedsspruch erreicht.

Der Streik der schlesischen Granitsteinarbeiter ist durch einen Schiedsspruch einer neugebildeten Schlichterkammer, die unter dem Vorsitz eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums gebildet wurde, beendet. Die Arbeitsaufnahme erfolgte am gestrigen Mittwoch. Der Spruch sieht eine Erhöhung der Löhne um 10 bis 14 Prozent vor.

Obwohl die Erhöhung angesichts der niedrigen Löhne unzureichend ist, darf abschließend gesagt werden, daß es nur dem in voller Geschlossenheit geführten achtwöchentlichen Kampf zuzuschreiben ist, daß die überaus unsozial eingestellten Unternehmer diese Zugeständnisse machen mußten, nachdem sie ursprünglich jeden Pfennig Erhöhung als untragbar und als den Ruin der Steinindustrie bezeichneten, also ablehnten. Daß es großer Unsinn war, ob einer solchen Lohnerhöhung der Gesamtindustrie den Schaden eines achtwöchentlichen Kampfes zuzufügen, dürften nunmehr sicherlich auch die Unternehmer einsehen.

Andererseits muß noch erwähnt werden, daß die kämpfenden Steinarbeiter nicht nur den Widerstand der Unternehmer, sondern auch die mehr oder minder absichtlichen Hemmungen der kommunistischen Verleumder und ihrer Presse zu überwinden hatten. Noch in keinem Kampfe traten die Schädlinge von dieser Seite derart gemein zutage, wie in diesem. Das Wohl und Wehe der über 7000 Berufskollegen sollte dem Agitationsbedürfnis dieser schreienden Feiglinge geopfert werden. Näheres werden wir hierüber noch berichten.

Steinarbeiter, geht nicht nach der Oberlausitz!

Die Steinschleifer der Oberlausitzer Granitschleifereien stehen seit über zehn Wochen im Streik. Auf Veranlassung des Arbeitsministeriums fanden in der vorigen Woche in Dresden Verhandlungen statt, in denen die Unternehmer ganze 6 Prozent Lohnerhöhung anboten unter der Bedingung, daß in diesem Jahre die Arbeiter auf Ferien verzichten und die Einstellung der Arbeitskräfte den Unternehmern nach Bedarf vorbehalten bleibt. Die streikenden Steinarbeiter haben dieses Angebot abgelehnt. Der Kampf geht also weiter. Zuzug von Steinarbeitern nach der Oberlausitz ist fernzuhalten!

Tagung des Arbeitsausschusses des Bundes der technischen Angestellten und Beamten.

Der Arbeitsausschuß der Reichsfachgruppe Bergbau des „Bundes der technischen Angestellten und Beamten" (Butab) beschäftigte sich dieser Tage auf einer Konferenz in Berlin mit der Gehalts- und Arbeitszeitbewegung der technischen Angestellten im Ruhrbergbau. Die geltenden Abkommen sind von den Gewerkschaften zum 31. Mai d. J. gekündigt. Die Lage ist sehr gespannt. Die Gehälter, die an sich schon sehr niedrig sind, sind in den letzten zwei Jahren in ihrer realen Kaufkraft gesunken. Die Unternehmer haben bisher kein Entgegenkommen gezeigt. Die Angestellten sehen die großen Erfolge der Rationalisierung und setzen in die Angaben der Unternehmer über die Unrentabilität des gesamten Ruhrbergbaues erhebliche Zweifel. Die Angestellten verlangen deshalb mit Recht eine ihrer Arbeitsleistung und den Lebensverhältnissen entsprechende Aufbesserung der Gehälter, sowie eine erträglichere Arbeitszeitregelung. Der Butab ist entschlossen, diesen Forderungen unbedingt Geltung zu verschaffen.

Auch zur Stillegungsfrage im Ruhrbergbau nahm der Bergbauausschuß Stellung. Die Unternehmer haben im Anschluß an

sind durch Patentanmeldungen in allen Kulturstaaten der Welt
für die Reemtsma A.G. und ihre Tochtergesellschaften geschützt und
können nicht nachgeahmt werden
(Für Deutschland werden keine Lizenzen vergeben)
REEMTSMA A.G. ALTONA-BAHRENFELD

die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne bereits Einschränkungen der Kohlenausfuhr und in Verbindung damit Zechenstillegungen angekündigt. Der Butab fordert genauere Prüfung der Stillegungsanträge, Verhinderung von Stillegungen aus konzernpolitischen Gründen und neue gesetzliche Bestimmungen, wonach die bei Zechenstillegungen zur Entlassung kommenden Arbeiter und Angestellten in der gleichen Weise und in demselben Ausmaß entschädigt werden, wie dies bereits seit dem Jahre 1921 in der Kaliindustrie nach dem Kaliwirtschaftsgesetz bei Werkstillegungen der Fall ist. Schließlich nahm der Arbeitsausschuß noch zu den Dienstverhältnissen der zur Preußag und Recklinghausen A.-G. beurlaubten Staatsbergbeamten Stellung. Für den Rücktritt in die Dienste des Staates hält er eine Verlängerung der Frist für geboten. Zur Sicherung einer objektiven Handhabung der Bergpolizeivorschriften im Saarbergbau und zur Anpassung der Bestimmungen der Saarknappschaft an die des Reichsknappschaftsgesetzs wird der Butab nochmals Schritte bei der Saar-Regierung unternehmen.

Die Lohnbewegung der städtischen Arbeiter in Köln beendet.

Durch Schiedsspruch der tariflichen Schiedsstelle sind die Löhne in den fünf Lohngruppen um 7 bis 10 Pf. pro Stunde erhöht worden. Ferner ist die Vorarbeiterzulage um 2 Pf. pro Stunde heraufgesetzt worden. Die Lohnerhöhung für das Fahrpersonal der städtischen Bahnen beträgt 8 Pf. Die Schaffnerzulage wurde von 3 Mark auf 7,50 Mark und die Fahrerzulage von 5 Mark auf 15 Mark pro Monat erhöht.

Der Tarifkonflikt in der Württembergischen Textilindustrie

hat sich verschärft. Der vor kurzem gefällte Schiedsspruch war von den Arbeitnehmern abgelehnt worden. Die Arbeitgeber hatten den Schiedsspruch angenommen und Verbindlichkeitserklärung beantragt. Diese wurde jedoch abgelehnt. Am Mittwoch nahmen in Stuttgart die Organisationen der Textilarbeiter in einer besonderen Konferenz zur Lage Stellung.

Ergebnislose Lohnverhandlungen im westoberschlesischen Kohlenbergbau.

Die Gewerkschaften hatten sich bei Kündigung des Lohnabkommens die Bekanntgabe ihrer Forderung bis zu den mündlichen Verhandlungen vorbehalten; eine Besprechung über den neuen Abschluß des Lohntarifs hat am 7. Mai stattgefunden. Bei dieser Gelegenheit wurden von Arbeitnehmerseite folgende Forderungen gestellt: 1. Gleichstellung der Löhne in den Erzgruben und Kokereien mit den Lohnsätzen der Steinkohlengruben, 2. Erhöhung der Löhne um 20 Prozent. Die Besprechungen verliefen ergebnislos. Die Verhandlung vor dem Schlichter soll am 14. Mai stattfinden.

Polnische Schienenlieferungen nach Jugoslawien.

Die Vereinigte Königs- und Laurahütte in Kattowitz wird sich an dem Schienenauftrag nach Jugoslawien beteiligen. Es handelt sich dabei um zwei Aufträge, und zwar um einen Auftrag von 13 000 Tonnen und einen zweiten von 50 000 Tonnen. Die Vereinigte Königs- und Laurahütte übernimmt von diesem Auftrag ein Drittel nach einem jetzt abgeschlossenen Vertrage mit der mitteleuropäischen Gruppe der Rohstahlgemeinschaft. Die Lieferungen erfolgen im Rahmen des Territorialschutzabkommens der Rohstahlgemeinschaft, das für diese Lieferungen die Teilnahme deutscher Firmen ausschließt.

Die Handelspolitik des Bürgerblocks.

Als die Reichsregierung im Jahre 1925 den neuen Zolltarif vorlegte, war die Sozialdemokratie die einzige Partei, die diesen Tarif aufs äußerste bekämpfte. Sie erklärte damals, daß man mit den im neuen Tarif vorgesehenen hohen Zöllen keine brauchbaren Handelsverträge machen könne, daß die übersetzten Zollsätze die deutsche Warenausfuhr schädigen und die Preise der deutschen Waren nur unnötigerweise in die Höhe treiben würde. Heute müssen wir feststellen, daß sich die Befürchtungen der Sozialdemokratie erfüllt haben. Kein anderer als der Reichswirtschaftsminister des Bürgerblocks, Dr. Curtius, mußte das zugeben. Die unbefriedigende Entwicklung auf dem Gebiet der Handelspolitik und auf dem Gebiet der deutschen Warenausfuhr zwang den Minister, öffentlich die von der Sozialdemokratie vorgeschlagene Politik als richtig anzuerkennen.

Der Reichswirtschaftsminister hat leider seiner Erkenntnis nicht die Tat folgen lassen. Er kündigte allerdings im Frühjahr 1927 in Hamburg den Abbau der industriellen Zölle an. Dieses Versprechen ist aber bis heute noch nicht von der Reichsregierung eingelöst worden. Sehr wahrscheinlich haben die Herren im Reichsverband der Deutschen Industrie die Stirn gerunzelt und vor diesem Stirnrunzeln brach der Mannesmut eines Ministers zusammen. Auch er weiß, daß seine Wahl in den Reichstag von den Beiträgen der Industrie zum Wahlfonds seiner Partei abhängig ist.

So ist es gekommen, daß von dem in Hamburg angekündigten Zollabbau heute in Deutschland nur noch wenig geredet wird. Schließlich haben findige Demokraten und Volksparteiler, die dafür bekannt sind, in den Parlamenten industrielle Interessen zu vertreten, entdeckt, daß man aus finanziellen Gründen die Zölle nicht abbauen könne. Den Beweis dafür erbringen sie nicht; sie können ihn auch nicht erbringen, denn der Ertrag der industriellen Zölle ist wenig bedeutend. Die Berufung auf die finanziellen Gründe beweist aber, daß die Vertreter der Industrie niemals um eine Ausrede verlegen sind, wenn es um ihre Interessenpolitik geht.

Wie mit dem Zollabbau ist es auch mit den Handelsverträgen gegangen. In seiner schon obenerwähnten Hamburger Rede versprach der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius so etwas wie eine neue Aera der Handelspolitik. Wie sieht diese Handelspolitik aus? Der Bürgerblock kann allerdings auf den Abschluß des deutsch-französischen Handelsvertrages verweisen. Aber haben die deutschen Unterhändler nicht alles getan, um die hohen deutschen Zollmauern unversehrt zu halten? Hat man nicht wichtige allgemeinwirtschaftliche Interessen geopfert, um die Eisenzölle zu retten? Eine gute Handelspolitik, die Rücksicht auf die deutsche Warenausfuhr nimmt, sieht anders aus.

Eine gute Handelsvertragspolitik hätte vor allem vermieden, den mit Spanien abgeschlossenen guten Vertrag durch einen weit schlechteren zu ersetzen. Auch das mit Italien getroffene Abkommen sieht derart aus, daß die Leiter der deutschen Handelspolitik seine Mangelhaftigkeit zugeben mußten. Mit Polen liegen wir seit drei Jahren im Zollkrieg und wir werden uns wohl, wenn die Rechtsparteien am Ruder bleiben, noch länger mit einem unserer besten Kunden bekriegen müssen, denn der Rechtsblock machte ausgerechnet Dr. Hermes zum Führer der deutschen Handelsdelegation. Hermes ist ein Mann, der den Großagrariern nahe steht, und der an dem Abschluß eines deutsch-polnischen Handelsvertrages nicht das geringste Interesse hat. Unbefriedigend ist auch der Vertrag, den die Rechtsblockregierung mit der Tschechoslowakei getätigt hat. Viel verheißend begannen die Verhandlungen mit Jugoslawien; aber die Rechtsblockregierung verstand nicht, die guten Chancen auszunutzen, weil sie in Rücksicht auf die deutschen Interessentenkreise, nicht bereit war, notwendige Konzessionen an die Wünsche und Forderungen Jugoslawiens zu machen.

Anstatt der bedenklichen und gefährlichen Politik der Zollübersetzung von 1925 zu brechen und eine großzügige Handelsvertragspolitik zu treiben, versuchte die Rechtsblockregierung, natürlich mit geringem Erfolg, durch allerlei kleine Mittel und Mittelchen die deutsche Warenausfuhr zu fördern. Wie sehr sich diese Regierung am deutschen Volk versündigt hat, mag daraus hervorgehen, daß jede Milliarde zusätzliche Warenausfuhr Hunderten Arbeitern in Deutschland Brot und Arbeit gibt. Kurzsichtige Interessenpolitik ging dieser Rechtsblockregierung über die Aufgabe, durch vermehrte Warenausfuhr den deutschen Arbeitsmarkt in Ordnung zu bringen. Der Profit rücksichtsloser deutscher Unternehmer lag ihr mehr am Herzen als die Sorge, das Heer der Arbeitslosen zu vermindern. Wollen wir eine wirkliche Wendung in unserer Handelspolitik herbeiführen, wollen wir die deutsche Warenausfuhr von ihren Hemmungen befreien, dann müssen andere Kräfte eingesetzt, dann muß der Einfluß der Zollinteressenten bei den Handelsvertragsverhandlungen ausgeschaltet werden. Die Arbeiterschaft wird am 20. Mai zeigen müssen, daß sie weiß, wie schlecht die Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches bisher geführt wurde und wie bitter notwendig eine Aenderung der bisher beobachteten wirtschaftsfeindlichen Grundsätze unserer Handelspolitik ist.

Wählt am 20. Mai Liste 1.

Monopolpreise oder nicht?

Auswirkung der Preisbindung.

Auf Grund der Bestimmungen des Kohlenwirtschaftsgesetzes müssen die Syndikate, wenn sie Preiserhöhungen vornehmen wollen, entsprechende Anträge an den Reichskohlenrat stellen. Der Reichskohlenrat setzt sich aus Beiräten der Unternehmer, der Arbeiter und der Verbraucher zusammen. Diese drei Gruppen beschließen nun, ob die beantragten Preiserhöhungen durchgeführt werden sollen. Gegen die Beschlüsse des Reichskohlenrats steht dem Reichswirtschaftsminister ein Einspruchsrecht, das sogenannte Vetorecht, zu. Auf die Regelung der Kohlenpreise haben also neben den Unternehmern auch die Arbeiter und Verbraucher Einfluß. Es liegt eine ausgesprochene Preisbindung vor.

Gegen diese Preisbindung laufen die Unternehmer seit einiger Zeit Sturm. Man kann sagen, daß ihnen die Beseitigung der Preisbindung mehr am Herzen liegt als die Kohlenpreiserhöhung. In der letzten Sitzung des Großen Ausschusses des Reichskohlenrats stellten sie den Antrag, die Festsetzung der Kohlenpreise wieder den Syndikaten zu überlassen. Um die Zustimmung der Verbraucher und Arbeiter für diesen Plan zu gewinnen, versprachen sie ihnen das Recht der Kontrolle. Die Verbraucher waren, wie der „Soz. Pressedienst" erfährt, auch geneigt, diesem Antrag zuzustimmen. Widerstand fand er bei den Arbeitnehmern. Sie schlugen den Sturm der Unternehmer auf eine der wichtigsten Bestimmungen des Kohlenwirtschaftsgesetzes ab. Sie mußten aber unter dem Zwang der Verhältnisse dem rheinisch-westfälischen Syndikat gewisse Zugeständnisse machen, so hat das Syndikat nach dem Beschluß des Reichskohlenrates das Recht, diejenigen Kohlensorten und diejenigen Verbraucherbezirke zu bestimmen, für die eine Preiserhöhung in Frage kommt. Auch die Erhöhung der Preise selbst ist dem Syndikat unter der Bedingung überlassen worden, daß der Durchschnittserlös je Tonne des gesamten Syndikatabsatzes nur um 1 Mark gesteigert wird. Was hat das Syndikat aber aus diesem Beschluß gemacht? Es führt tatsächlich für die Kohle und für die Gebiete, die für eine Preissteigerung in Frage kommen, eine Erhöhung der Kohle im Ausmaß bis über 4 Mark pro Tonne durch. Es liegt auf der Hand, daß durch eine solche Methode die Preisbindung und damit das ganze Kohlenwirtschaftsgesetz von innen aus ausgehöhlt und untergraben wird. Man nennt das harmlos „größere Beweglichkeit des Syndikats in der Preispolitik". In Wirklichkeit ist es ein Teilerfolg des Unternehmertums im Kampf um die Beseitigung der Preisbindung.

Gegen das Kohlenwirtschaftsgesetz und gegen die Preisbindung führen die Unternehmer immer wieder ins Feld, daß im Kohlenbergbau noch eine Zwangswirtschaft bestehe, während die anderen Industriezweige seit langem davon befreit sind. Die gegenwärtige Regelung im Kohlenbergbau aber als Zwangswirtschaft zu bezeichnen, ist eine völlige Verkennung des Kohlenwirtschaftsgesetzes und der industriellen Entwicklung in den letzten Jahren. Je mehr ein Wirtschaftszweig in seiner Gesamtheit kartelliert und vertrustet wird, desto mehr ergibt sich die Notwendigkeit, daß die Oeffentlichkeit, im Interesse der Gesamtwirtschaft, Einfluß auf die Produktion und vor allem auf die Preisbildung erhält. Zu den Wirtschaftszweigen, die fast hundertprozentig zusammengefaßt und zusammengeballt sind, gehört aber der Bergbau. Die Produktion und Geschäftsführung werden vom Syndikat geregelt. Gäbe es kein Kohlenwirtschaftsgesetz, so könnten die Bergbauindustriellen dem Lande — und zwar zum Schaden der Gesamtwirtschaft — die Preise diktieren. Es würde ihnen ein leichtes sein, die Preise übersetzt zu halten. Wo heute noch eine leichte Konkurrenz zwischen den einzelnen Revieren (Stein- oder Braunkohle) besteht, würde sie, wenn die Preisbindung im Kohlenwirtschaftsgesetz wegfiele, ohne Zweifel durch Verständigung der einzelnen Syndikate ausgeschaltet werden. Dasselbe gilt von der Konkurrenz der englischen Kohle. Kein Mensch wird daran zweifeln, daß in dem Augenblick, wo den deutschen Kohlenindustriellen Monopolpreise winken, der deutsche Kohlenbergbau sich mit den Engländern verständigt. Aus einem privaten Kohlenmonopol erwachsen aber solche Gefahren für unsere Wirtschaft, daß unter keinen Umständen auf das Recht der Preisbindung verzichtet werden kann.

Ob die Preisbindung aufrecht erhalten werden kann, hängt davon ab, welche Wirtschaftspolitik im Reiche in Zukunft getrieben wird. Werden die Rechtsparteien durch die Wahl am 20. Mai gestärkt, dann ist selbstverständlich damit zu rechnen, daß die Unternehmer ihre Wünsche durchsetzen. Nur eine starke Sozialdemokratie kann eine äußerst bedenkliche Entwicklung auf diesem Gebiete verhindern. Darum wählt am 20. Mai die Liste 1!

Die Bautätigkeit in Preußen im Jahre 1927.

178 375 Wohnungen Reinzugang.

In Nr. 17 der „Statistischen Korrespondenz" vom 4. Mai veröffentlicht das Preußische Statistische Landesamt die soeben fertiggestellten endgültigen Ergebnisse der Statistik der Bautätigkeit im Jahre 1927. Hiernach wurden in Preußen im Jahre 1927 insgesamt 132 602 neue Gebäude, darunter 80 328 Wohngebäude und 178 951 Wohnungen, darunter 176 988 in Wohngebäuden, errichtet. Die Bautätigkeit hat damit gegenüber dem Jahre 1926 eine bedeutende Zunahme erfahren. Die Zahl der neuerrichteten Wohngebäude war um 31,5 Prozent, die der übrigen Gebäude um 18 Prozent und die Zahl der Wohnungen um 40,5 Prozent größer, als 1926. Nach Berücksichtigung der Abgänge ergab sich ein Reinzugang von 178 375 Wohnungen, von denen 175 062 in Wohngebäuden lagen.

Die katastrophale Getreideausfuhr.

Die „Schlesische Provinzkorrespondenz" schreibt:

Die übertriebene Brotgetreideausfuhr von Deutschland nach Polen, die in den letzten Monaten infolge der Weigerung des Reichsernährungsministeriums, die Einfuhrscheine auf Roggen und Weizen wenigstens für ein paar Monate zu suspendieren, entstanden ist, nimmt immer katastrophalere Formen an. Nach den neuesten Zahlen hat sich der deutsche Weizenexport von 311 312 Doppelzentnern in den ersten drei Monaten 1927 auf 386 241 Doppelzentner in der gleichen Zeit dieses Jahres gesteigert. Die deutsche Roggenausfuhr gar ist von 159 447 Doppelzentner im ersten Quartal 1927 auf 693 001 Doppelzentner im ersten Quartal 1928 gestiegen. Im März dieses Jahres ist die Roggenausfuhr aus Deutschland sogar zehnmal so groß gewesen als im März des vorigen Jahres. Sie betrug in diesem März 315 732 Doppelzentner. Die Lage wird noch dadurch verschärft, daß umgekehrt die Einfuhr von Roggen im ersten Vierteljahr dieses Jahres beträchtlich geringer war als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Sie sank von 1 274 647 Doppelzentner auf 970 288 Doppelzentner.

Wie unnatürlich diese Verhältnisse sind, erkennt man, wenn man sich überlegt, daß Deutschland vorwiegend ein Industrieland mit großem Brotgetreide-Defizit ist und Polen vorwiegend ein Agrarland mit großem Brotgetreideüberschuß ist. Es zeigt sich, daß die bisher in Deutschland getriebene Zollpolitik die natürlichen Wirtschaftsbeziehungen geradezu in ihr Gegenteil umkehrt.

Daß übrigens diese unnatürliche Lage nicht eine vorübergehende Erscheinung ist, sondern Jahr für Jahr wiederkehrt, ergibt sich aus der Tatsache, daß in den drei Jahren vom 1. August 1924 bis zum 1. August 1927 von Deutschland nach Polen ausgeführt wurden: 57 000 Tonnen Roggen, von Polen nach Deutschland 100 000 Tonnen Roggen, Roggenmehl von Deutschland nach Polen 36 000 Tonnen, von Polen nach Deutschland 6000 Tonnen, Weizen von Deutschland nach Polen 59 000 Tonnen, von Polen nach Deutschland nur 39 000 Tonnen, Weizenmehl von Deutschland nach Polen 66 000 Tonnen, von Polen nach Deutschland 2000 Tonnen. Insgesamt hat also in dieser Zeit Deutschland nach Polen 218 000 Tonnen Brotgetreide ausgeführt und dafür von Polen nur 147 000 Tonnen Brotgetreide erhalten. **Das Industrieland Deutschland mit seinem Brotgetreidedefizit hat also dem Agrarland Polen mit seinem Brotgetreideüberschuß in dieser Zeit 71 000 Tonnen Brotgetreide mehr geliefert als es von ihm empfangen hat.** Auch beim Hafer ist es genau so. In der eben angegebenen Zeit führte Deutschland nach Polen 73 000 Tonnen Hafer aus, während Polen nur dafür 39 000 Tonnen an Deutschland lieferte.

Es ist also tatsächlich so, daß durch die Zollpolitik der letzten deutschen Regierung und der deutschen Reichstagsmehrheit Deutschlands Getreidedefizit noch künstlich vergrößert wird, anstatt es zu vermindern. Für uns Schlesier ist das umso schlimmer, als der größte Teil der überschießenden Ausfuhr Deutschlands nach Polen gerade aus Schlesien stammt und als darüber hinaus noch ein gleicher Ausfuhrüberschuß an Brotgetreide von Schlesien nach der Tschechoslowakei geht. Es liegt also sowohl im deutschen Gesamtinteresse als auch im besonderen Interesse Schlesiens, daß mit dieser Zoll- und Wirtschaftspolitik in Deutschland möglichst bald Schluß gemacht wird.

Offenbarung des Geheimnisses des persönlichen Einflusses

Einfache Methode, welche jeder benutzen kann, um die Kraft des Persönlichen Magnetismus, um Konzentration und Willensstärke zu entwickeln, sowie die Ausrottung übler Angewohnheiten lehrt, durch die wunderbare Wissenschaft der Suggestion. Ein 80 Seiten starkes Buch beschreibt klar diese allgemeine Methode und eine Psycho-Analytische Charakterdeutung frei für alle, die darum schreiben.

Die wundervolle Macht des persönlichen Einflusses, Magnetismus, Anziehungskraft oder Gedankenkonzentration, nennen Sie es, wie Sie wollen, kann sich eine Zweitel ein jeder aneignen, ganz ob jetzt wenig erfolgreich oder anziehend", sagt Herr Elmer Eliswurth Knowles, Verfasser des neuen Buches betitelt „Der Schlüssel zur Entwickelung der inneren Kräfte". Das Buch offenbart uns viele erstaunliche Tatsachen, betreffs der praktischen Tests und erklärt ein unvergleichliches System der Entwickelung des Persönlichen Magnetismus, der hypnotischen und telepatischen Kräfte, des Gedächtnisses und der Konzentration, der Willenskraft und wie unerwünschte Gewohnheiten zu beseitigen sind, durch die wunderwirkende Kraft der Suggestion.

Frl. Simone Maitre (Königin der Schönheit. Paris 1926) deren Bild hier erscheint, erklärt, daß die einfachste Persönlichkeit, durch die Entwickelung des Persönlichen Magnetismus, Liebe erwerben kann und daß sie selbst persönliche Anziehungskraft erlangte, durch das Studium des hier angegebenen Systems.

Mlle Simone Maitre

Das Buch, welches weit und breit kostenlos verteilt wird, enthält viele photographische Abbildungen welche zeigen, wie diese geheimnisvollen Mächte über die ganze Welt benutzt werden und wie Tausende und aber Tausende ihre Kräfte entwickeln haben, obgleich sie früher nichts davon geträumt, daß sie solche besaßen. Die freie Verteilung der 10 000 Exemplare wird von einem leitenden Brüsseler Institut unternommen und jeder Interessent kann eine Kopie kostenlos und portofrei erhalten.

Außerdem werden nicht nur die Bücher frei verteilt, sondern jeder, welcher sofort schreibt, erhält eine Charakterbeschreibung von 400 bis 500 Worten, von Herrn Knowles persönlich verfaßt.

Sollten Sie ein kostenloses Exemplar des Buches von Prof. Knowles nebst einer Charakterbeschreibung wünschen, brauchen Sie nur in Ihrer eigenen Handschrift den folgenden Vers abzuschreiben:

„Ich erstrebe einen durchdringenden Blick,
Und auch große Geistesstärke,
Senden Sie mir eine Charakter-Deutung,
Und die Einleitung zu ihrem Werke". 10820

Senden Sie auch Ihren Namen und Ihre Adresse in Druckschrift (unter Angabe ob Herr, Frau oder Fräulein) und adressieren Sie Ihren Brief an: Psychology Foundation, S. A. (Freie Verteilungsabteilung Dept. 2295), No. 18, rue de Londres, Brüssel, Belgien. Wenn Sie wollen, können Sie Briefmarken (Ihres eigenen Landes) im Werte von 50 Pf. für Porto, u. s. w. beifügen. Achten Sie darauf, daß Ihr Brief genügend frankiert ist. Porto nach Belgien beträgt 25 Pf.